



Ökonomie

EINE KRITISCHE HANDREICHUNG

Das Rätsel Mitte

Über das große Zentrum unserer Gesellschaft



ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Birgit Sauer: Der Mythos der politischen Mitte nützt der Rechten

Julia Hofmann: Sehnsuchtsprojekt Mitte

Franz Schuh: Aristoteles, der Gemeindebau, TV-Serien und die Mitte

**WER SORGT FÜR
GERECHTIGKEIT?**



FRAG UNS.

Die AK App mit dem Lexikon des Arbeitsrechts, mit Bankenrechner, Brutto-Netto-Rechner, Zeitspeicher, Urlaubsplaner, AK-Cartoons und mehr. Kostenlos erhältlich im App Store und Google play.

apps.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Editorial

Als Angela Merkel am Tag nach der Wahl vor die Presse trat, sah man auf ihrem Pult einen knappen Slogan: Die Mitte. Der österreichische Bundeskanzler Christian Kern sagte, die Mitte sei sein Zielpublikum, sie bestehe aus 95 Prozent der Bevölkerung. Der französische Präsident Emmanuel Macron gründete eine neue Bewegung, die er mit Politikerinnen und Politikern aus beiden Lagern des Zentrums besetzte. Es gibt kein politisches Ziel, den Rand zu besetzen. Alle wollen in der Mitte sein.

Geopolitisch betrachtet, steigen Mittelklassen in den Schwellenländern schneller auf als ihre Gegenstücke in den westlichen Demokratien; man kann (sieht man von Afrika ab) von einer globalen Umverteilung sprechen. Auch das spürt die hiesige Mitte und es macht sie nicht froh.

Die schwierigsten Frage beim Thema war, die Mitte überhaupt zu definieren; viele Texte widmen sich aus allen möglichen Perspektiven dieser Aufgabe. Klar ist, dass die Größe der Mitte von den politischen Bemühungen abhängt, sie zu vergrößern oder klein zu machen, sprich den Sozialstaat zu erhalten und ständig zu erneuern oder ihn abzuschaffen.

Ich denke, die vielen großartigen Autorinnen und Autoren, Gesprächspartnerinnen und -partner machen dieses Heft zu einer interessanten Quelle bei einem schwierigen, aber hochaktuellen Thema. Wenn nämlich die Mitte bröckelt, auch das lässt sich in diesem Heft nachlesen, dann wachsen die Extreme.

Zu danken ist Markus Marterbauer, Julia Hofmann und Adi Buxbaum von der AK, die mit mir diese Beilage konzipierten; zu danken ist auch Tanja Kowatsch und Maria Motter, die halfen, dass die Texte ihre Gestalt bekamen. Die Gestalter Raphael Moser und Dirk Merbach sorgten dafür, dass die Beilage besser aussieht denn je, die Illustratoren P. M. Hoffmann und Oliver Hofmann leisteten dabei wichtige Hilfe und Anna Goldenberg stand dem Herausgeber bei.

Und natürlich ist der AK Wien für finanzielle Unterstützung zu danken, die diese Beilage erst möglich machte.

ARMIN THURNHER

Inhalt

Was ist die Mitte

Birgit Sauer: Immer schön zusammenrücken Der Mythos der politischen Mitte nützt den extremen Rechten und schädigt Politik insgesamt	5
Armin Thurnher: Die Mitte im politischen Denken der Linken, vor allem im Denken des englischen Historikers Perry Anderson	6
Julia Hofmann: Sehnsuchtsprojekt Mitte Alle wollen dorthin, aber es ist nicht leicht, sie abzugrenzen. Nach oben geht's, aber nach unten?	9
Round Table. Wir brauchen ein differenziertes Bild des Staates! Claudia Gamon (Neos), Nina-Sophie Fritsch (Soziologin), Markus Marterbauer (Ökonom) und Peter Wieser (Statistiker) im Gespräch	10
	13

Aufstieg / Abstieg

Oliver Nachtwey im Gespräch Barbara Tóth besuchte den Soziologen in Frankfurt und sprach mit ihm über Abstiegsgesellschaft, 68er und die Rückkehr der Klassen	19
Lukas Hofstätter: Jenseits der globalen Mitte Ein globaler Blick auf das Thema Mitte. Wie verhält sich der Aufstieg der Mittelklasse in Indien und China zum Beispiel zu Afrika?	20
Mevlüt Kücüküyasar, Sandra Stern: It's social inequality, stupid! Migrantinnen und Migranten sind nicht nur ökonomisch benachteiligt, sondern vor allem, was ihre Chancen betrifft	24
Anna Goldenberg, Christopher Mavrič: So sieht sie aus, die Mitte Beispielsweise natürlich nur. Sechs Porträts von Menschen, die sich als Teil der Mitte fühlen	26
	28

Der Sozialstaat

Adi Buxbaum, Markus Marterbauer: Sozialstaat am Ende? Oder Spitze? Ein Exkurs in die überraschend vielfältige Welt der europäischen Sozialstaatsmodelle	35
Florian Blank: Österreich – Deutschland Zwei Nachbarstaaten, die mit Pensionen bei gleicher Ausgangsbasis unterschiedlich umgingen. Wer macht's besser?	36
Georg Feigl: Für eine neue Politik der Mitte Der Wohlstand und das Wohlergehen vieler haben sich von Wachstum längst entkoppelt. Dennoch bleiben Politik und Medien darauf fixiert.	39
Sybille Pirklbauer: Männer, Frauen und die Mittelschicht Was ist etwa, wenn eine Partnerschaft auseinandergeht? Dann kann vor allem für Frauen rasch der Abstieg drohen	40
Katharina Hammer, Walter Rosifka: Wohnen – ein Luxus? Der zunehmende Anteil Privater am Wohnungsmarkt schafft viele Probleme, gerade für die Mitte	42
Franz Schuh im Gespräch mit Armin Thurnher. Eine Tour d'horizon des Mittebegriffs von Aristoteles bis zu amerikanischen TV-Serien wie „The Middle“ und zur „Barbara Karlich Show“	44
	45

Köpfe

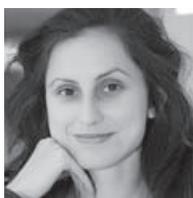
Pierre Bourdieu, porträtiert von Egon Christian Leitner Der Autor des Buchs „Des Menschen Herz. Sozialstaatsroman“ über den französischen Soziologen	49
Marie Jahoda, porträtiert von Christian Fleck Der Grazer Soziologe über die große Sozialpsychologin und Autorin der Studie „Die Arbeitslosen von Mariental“	50
Wilhelm Heitmeyer, porträtiert von Julia Hofmann Die Mitautorin dieses Hefts über den deutschen Soziologen, der vor Colin Crouch die Zustände der Postdemokratie diagnostizierte	52
Martha Nussbaum, porträtiert von Herlinde Pauer-Studer Die Wiener Moralphilosophin über das Werk ihrer US-amerikanischen Kollegin	54
Weitere Porträts wichtiger Ökonominnen und Ökonomen: Guy Standing, Christa Schlager, Jörg Flecker, Hilde Weiss, Ilse Arlt	56
Literatur zum Thema, rezensiert von Emmerich Tálos, Miriam Rehm, Stefan Ederer, Christian Klopff und Markus Marterbauer	58
Panorama der Mitte Ein eher heiteres Potpourri zum Abschluss beleuchtet, was Mitte außer einem politischen und gesellschaftlichen Begriff noch alles bedeuten kann	60
	62

Impressum

Falter 40a/17 Herausgeber: Armin Thurnher **Medieninhaber:** Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H., Marc-Aurel-Straße 9, 1010 Wien, T: 01/536 60-0, F: 01/536 60-912, E: wienzeit@falter.at, www.falter.at
Redaktion: Armin Thurnher **Herstellung:** Falter Verlagsgesellschaft m.b.H.; Layout: Marion Großschädl, Dirk Merbach, Raphael Moser, Andreas Rosenthal; Lektorat: Helmut Gutbrunner, Daniel Jokesch; Geschäftsführung: Siegmund Schlager; Anzeigenleitung: Sigrid Johler **Druck:** Leykam **DVR:** 047 69 86. Diese Beilage erscheint in Kooperation mit der AK Wien. Alle Rechte, auch die der Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten. Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.falter.at/offenlegung/falter ständig abrufbar



Florian Blank ist Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf



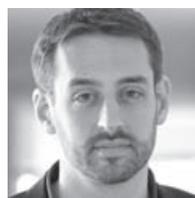
Romana Brait ist Referentin für öffentliche Haushalte in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und Mitglied im Vorstand des BEIGEWUM



Adi Buxbaum koordiniert sozialpolitische Analysen in der AK Wien und ist Lektor im Hochschulbereich



Stefan Ederer ist Ökonom und arbeitet zu den Themen Makroökonomie und europäische Wirtschaftspolitik in Wien



Georg Feigl ist Experte für Budget und EU-Wirtschaftspolitik in der AK Wien und Mitglied im Vorstand des BEIGEWUM



Ursula Filipič macht sozialpolitische Grundlagenarbeit in der AK Wien; Redaktion: Sozialpolitik in Diskussion



Christian Fleck ist Soziologe und Leiter des Archivs für die Geschichte der Soziologie in Österreich in Graz

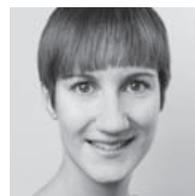


Anna Goldenberg ist Chefin vom Dienst beim Falter, berichtet dort über Medien und schreibt die wöchentliche Kolumne „Digitalia“

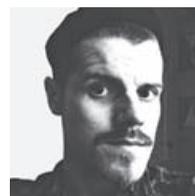


Katharina Hammer ist Referentin für den Bereich Soziale Stadt in der Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien

**Autorinnen
und Autoren**
Informationen über Menschen,
die an diesem Magazin mitgearbeitet haben



Julia Hofmann ist Referentin in der Abt. Wirtschaftswissenschaft der AK Wien und Lektorin an der Uni Wien



Oliver Hofmann Der Grafiker sorgte für Infografiken in einzelnen Geschichten



P.M. Hoffmann ist Illustrator und regelmäßiger Mitarbeiter des Falter. Er illustrierte Essays und zahlreiche Beiträge in diesem Heft



Lukas Hofstätter promoviert in Soziologie zu globalen Eliten in Frankfurt/Sydney



Christian Klopff ist stv. Abteilungsleiter in der Sektion für europäische, internationale und sozialpolitische Grundsatzfragen des Sozialministeriums



Mevlüt Küçükayasar Experte für Arbeitsmarktpolitik, absolviert das Management Trainee-Programm der Bundesagentur für Arbeit



Egon Christian Leitner, Herausgeber der Reihe „Auswege“; Autor von „Des Menschenherz. Sozialstaatsroman“ und „Bourdieu's eingreifende Wissenschaft“



Markus Marterbauer leitet die Abt. Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien, bloggt auf blog.arbeit-wirtschaft.at und kommentiert regelmäßig im Falter



Christine Mayrhuber Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo). Forscht zu Arbeitsmarkt, Einkommen und sozialer Sicherheit



Dirk Merbach ist als Falter-Art-Director für dieses Heft verantwortlich. Er lebt in Wien und Hamburg und arbeitete zuvor u.a. für die Süddeutsche Zeitung



Raphael Moser Der Produktionschef des Falter Verlags hat diese Beilage gestaltet, produziert und in den Druck gebracht



Herlinde Pauer-Studer lehrt Philosophie an der Uni Wien. Buch: „Weil ich nun mal Gerechtigkeitsfanatiker bin“. Der Fall des SS-Richters Konrad Morgen“



Sybille Pirklbauer ist Politologin und Mitarbeiterin in der Abt. Frauen & Familie in der Arbeiterkammer Wien mit Schwerpunkt ökonomische Themen



Josef Redl ist Redakteur für Wirtschaft und Politik beim Falter



Miriam Rehm Referentin für Makroökonomie und Verteilung in der Wirtschaftswissenschaft der AK Wien; Lektorin an der WU Wien



Christoph Reinprecht ist Professor für Soziologie an der Universität Wien



Walter Rosifka ist Wohnrechtsexperte in der AK Wien, Abteilung Konsumentenpolitik/Wohnen



Birgit Sauer ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien



Sandra Stern Mitbegründerin der UNDOK-Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung und dokumentiert Arbeitender



Emmerich Tálos ist Professor (i.R.) für Politikwissenschaft an der Universität Wien



Dennis Tamesberger ist Referent in der Arbeiterkammer Oberösterreich



Armin Thurnher ist Herausgeber und Chefredakteur des Falter, den er 1977 mit anderen gründete, und Autor zahlreicher Bücher



Barbara Tóth leitet die Ressorts Stadt- und Landleben beim Falter. Autorin zahlreicher Bücher, 2016 erhielt sie den Kurt-Vorhofer-Preis

Was ist die Mitte?

Politisch verheißt der Zug zur Mitte nichts Gutes, auch wenn ihm fast alle Parteien anhängen; er ist vielleicht nur ein anderes Wort für den Rechtsruck oder für das, was der britische Soziologe Colin Crouch mit dem Wort Postdemokratie bezeichnet. Andererseits wollen alle zur Mitte gehören, so kommt es, dass vom Standpunkt einer individuellen Lebensführung Zugehörigkeit nichts anderes bedeutet als die Uto-



pie, ein ruhiges, abgesichertes Leben führen zu können. Die Mitte ist so attraktiv, dass trotz steigender Ungleichheit sich immer mehr Menschen ihr zugehörig fühlen. Wie beurteilt man überhaupt, was Mitte ist und was nicht? Reicht das Einkommen dafür aus oder geht es vielmehr um Chancen oder um die Möglichkeit, ein glückliches Leben zu führen? Und wie denkt es sich so in der Mitte?

Immer schön zusammenrücken!?

Wie der **Mythos der politischen Mitte** der extremen Rechten nützt und Politik insgesamt schädigt

ESSAY: BIRGIT SAUER

In der Mitte, so scheint das Credo der großen Volksparteien in Europa zu lauten, ist es kuschelig-heimisch, dort tummelt sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der Hoffnung auf sozialen Aufstieg und dort seien deshalb die meisten Stimmen zu gewinnen. Diesem Mythos von der politischen Mitte huldigen nicht nur die konservativen Parteien, sondern auch die europäische Sozialdemokratie und teilweise auch die Grünen.

Die räumlich-metaphorisch beschriebene Bewegung hin zur Mitte erwies sich freilich als fatal für liberale Demokratien in Europa. Die Folgen wurden von dem britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch am Beginn des neuen Jahrtausends mit dem schwammigen Begriff der „Postdemokratie“ gefasst. Crouch meint damit den dramatischen Umbau demokratischer Institutionen, nämlich die Aushöhlung demokratischer Entscheidungsorgane, eine Entmachtung von Parlamenten und die Verlagerung politischer Entscheidungen in Gremien jenseits demokratisch legitimierter Institutionen. Phänomene wie sinkende Wahlbeteiligung, abnehmendes Interesse an verfasster Politik, die Erosion konstanter Parteidentifikation und damit die Zunahme von Wechsel- und Protestwählerschaft, schwindendes Vertrauen in politische Entscheidungsorgane und Akteure sowie wachsende Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen sind die Folgen dieser fundamentalen Transformation liberaler Demokratie, die die Bürgerinnen und Bürger zu bloßen Konsumenten eines zunehmend sozial unattraktiven politischen Angebots degradierte.

Der Beginn dieses Wandels liberaler Demokratie lässt sich allerdings bereits auf die 1970er-Jahre datieren. Der marxistische Demokratietheoretiker Johannes Agnoli schrieb schon 1968 ein Buch mit dem Titel „Die Transformation der Demokratie“. Auch der Politologe Klaus von Beyme sieht die Ursachen der Erosion westeuropäischer Demokratien in der Entstehung einer „politischen Klasse“ seit den 1970ern, die eher am eigenen Interesse des Machterhalts als an den Bedürfnissen der Wählerinnen und Wähler orientiert ist. Die Herausbildung von sogenannten Volksparteien und die Auflösung von klar unterscheidbaren Pro-



Johannes Agnoli beschrieb schon in den 1970ern den Wandel der Demokratie



Klaus von Beyme sieht in Protestparteien den Grund für den populistischen Zeitgeist



POST

demokratie



**ANGRY
WHITE MEN**



ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN

Fortsetzung von Seite 6

grammatiken hatten den schleichenden Verlust des Repräsentationspotenzials der Volksparteien zur Folge.

Vor diesem Hintergrund entstanden seit den 1970er-Jahren soziale Bewegungen und „Protestparteien“ – prominent in vielen europäischen Ländern grüne, in einigen Ländern, wie in Frankreich, aber auch rechte Parteien. Der niederländische Politologe Cas Mudde sieht in dieser Transformation der Parteienlandschaft die Ursachen für die Entstehung eines „populistischen Zeitgeists“, einer Neuprogrammierung der demokratischen Interaktion von Bürgerinnen und Bürgern und Parteien.

Diese Prozesse der politischen Entfremdung beschleunigten sich seit den 1990er-Jahren. Nicht zuletzt die Sozialdemokratie versuchte vergessen zu machen, dass die Idee einer Neuvermessung des politischen Raums der Mitte mit einem weiteren großen, globalen Transformationsprojekt verbunden war – dem Umbau europäischer Gesellschaften und Staaten unter dem Primat kapitalistischer Ökonomie. Neoliberale Globalisierung, globale Mobilisierung zur Migration, Ökonomisierung von Politik und Gesellschaft, Abbau europäischer Sozialstaaten, Deregulierung von Arbeit und eine Zunahme ungesicherter Erwerbsverhältnisse bildeten ein Gelegenheitsfenster für eine radikale Transformation liberal-repräsentativer Demokratien. Unter dem Diktat mächtiger ökonomischer Akteure schwanden die Handlungsspielräume gewählter Parlamente und Regierungen, sodass ein „zweiter Souverän“ entstand, wie die beiden Forscher am renommierten Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Jens Beckert und Wolfgang Streeck die globalen (Finanz-)Märkte bezeichnen. Daraus folgte eine Neuvermessung auch der sozialen Geografie, gleichsam ein gegenläufiges Wegstreben von der Mitte in vertikaler Perspektive, nämlich steigender Reichtum oben und zunehmende Armut unten.

Mit dem Begriff der „Politikverdrossenheit“ ist also die Abkehr von verfasserteiliger Partizipation oder des sogenannten „Protestwählertums“ nur unzureichend beschrieben, handelt es sich doch vielmehr um eine systematische Entfremdung von demokratischer Partizipation „von oben“. Die berühmte Theoretikerin Chantal Mouffe spricht von einer politischen Krise: Die Orientierung an einer politischen Mitte, insbesondere der sozialdemokratische Dritte Weg, trugen nach Mouffe dazu bei, dass das Politische stillgestellt wurde. Die Orientierung der Volksparteien am Konsens statt an politischer Kontroverse habe eine Entpolitisierung befördert.

Allerdings erweist sich die These der Entpolitisierung durch postdemokratische Verhältnisse als falsch, sind doch liberale Demokratien mit einer Repolitisierung „von rechts“ konfrontiert. Das Zusammenrücken in der Mitte, aber auch das soziale Auseinanderdriften, haben eine politische Leerstelle produziert, die rechtsextrem populistische Parteien durch antagonistische Mobilisierung, durch gezielte Provokationen und Tabubrüche zu füllen in der Lage sind. Die Basis dieser Repolitisierung bilden nicht mehr traditionelle Spaltungen zwischen links und rechts, sondern binäre und ausschließende Konstruktionen eines imaginierten „heartland“, wie es der britische Politologe Paul Taggart nennt, eines „Kernlands“ des „Wir“, das „Volk“, gegen „Andere“ – seien dies Migrantinnen und

Migranten, politische Eliten, „das“ Establishment, die sogenannte Lügenpresse, Schwule oder Feministinnen.

Das Erstarken des rechtsextremen Populismus liegt nicht zuletzt in den unbearbeiteten Widersprüchen des neoliberalen Kapitalismus begründet. Der Abbau sozialer Rechte bzw. sozial ausgleichender politischer Maßnahmen traf nämlich vor allem die arbeitende Bevölkerung – also die klassischen Wähler und Wählerinnen sozialdemokratischer Parteien –, die beim Umbau der politischen Geografie nicht in die Mitte rückte, sondern sozialen Abstieg erleben musste. Die Folgen sozialer Prekariisierung wurden weder materiell noch emotional abgefedert und lösten Verunsicherung sowie Angst um Erwerbsarbeit und Einkommen, um erworbene soziale Positionen und um erkämpfte soziale Rechte aus. Zudem sollten die Menschen im Neoliberalismus ein wettbewerbsorientiertes, gleichsam „unternehmerisches Selbst“ entwerfen, wie der Soziologe Ulrich Bröckling schreibt. Entsolidarisierung ist somit auch ein Effekt der neoliberalen Sozialisation zu Wettbewerb, Konkurrenz und Risiko.

Rechtsextreme Populisten sind im Kontext sowohl der Nichtbearbeitung von sozialer Ungleichheit als auch der Delegitimierung der Volksparteien diejenigen politischen Akteure, die offenbar Enttäuschungen und Ohnmachtsgefühle aufgreifen und in Wut gegen die Anderen umdeuten konnten. Und sie bieten auf der Basis dieser ausschließenden Deutungsmuster neue – national exklusive – Solidaritätsmuster an. Rechtsextrem populistische Parteien, so lässt sich mit dem Jenaer Soziologen Klaus Dörre sagen, sind „Bewegungen gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes“ sowie gegen die Enttäuschung über wohlfahrtsstaatlichen Abbau und drohenden Wohlstandsverlust. Strukturell ähnlich wie soziale Bewegungen der 1970er-Jahre sind rechte Parteien und Organisationen Teil neuer „postdemokratischer“, Empörungsbewegungen“ (Peter Ullrich).

Darüber hinaus ist der rechtsextreme Populismus in Europa – besonders deutlich auch in den USA – ein männliches Phänomen. Dies erklärt sich aus der Verunsicherung bestimmter – und durchaus nicht nur proletarischer – Männergruppen: Die systematische Aushöhlung des Wohlstands der Erwerbstätigen und die Absenkung des Familienlohns gingen einher mit der Integration von Frauen in den Erwerbsmarkt sowie mit der – zumindest partiellen – Auflösung des männlichen Ernährermodells. Mit dem neoliberalen Umbau kapitalistischer Gesellschaften erodierte auch hierarchische Geschlechterregime und es veränderten sich tradierte vergeschlechtlichte Lebensweisen, die tief in ökonomischen, sozialstaatlichen und lebensweltlichen Strukturen europäischer Nachkriegsgesellschaften verankert waren. Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung innerhalb von Familien sowie die Idee der heterosexuellen Kleinfamilie sowie die männliche Suprematie in der öffentlichen Sphäre wurden dadurch herausgefordert und infrage gestellt – und dies bei gleichzeitigem Sozialabbau und fehlenden Alternativangeboten zur männlichen Ernährerexistenz.

Der US-amerikanische Soziologe Michael Kimmel bezeichnet jene Gruppe von Männern, die diesen doppelten Verlust – der Klassen- und der Geschlechterposition – nicht verarbeiten können, als „angry

white men“, wütende weiße Männer, die ihre prekäre Klassenposition als Hass auf Frauen und auf Gleichstellungspolitik, vor allem aber auf Migranten und Migrantinnen neu definieren. Die sukzessive Negierung von sozialer Gleichheit, der Abbau sozialer Rechte für Arbeitende und damit die Ablehnung der tradierten parteipolitischen Eliten hat auch eine materielle Geschlechterkomponente.

In einem stetigen Prozess wurden somit die materiellen und emotionalen Voraussetzungen eines hegemonialen demokratischen Kompromisses umverteilender Wohlfahrtsstaatlichkeit zerstört, also der Verbesserungen für einen Großteil der Arbeitenden, wie sie die fordistischen Nachkriegsjahre kennzeichneten. Damit gingen auch die Grundlagen der Partizipation an liberal-demokratischen Verfahren verloren, nämlich politische Rechte, mit denen sich bis in die 1970er-Jahre soziale Verbesserungen erstreiten ließen. Rechtsextrem populistische Akteure bearbeiten nicht nur die gesellschaftlichen, auch geschlechtsspezifischen Grundlagen der Erosion liberaler Demokratie, sie zerstören zugleich auch weitere zentrale Grundlagen von Demokratie – nämlich Pluralität, Differenz, Gleichheit und Solidarität. Die direktdemokratischen Angebote, die alle rechtspopulistischen Akteure machen, die direkte Kommunikation von Donald Trump via Twitter oder die Forderung nach mehr direkter Demokratie der FPÖ, sind aber keine Alternativen für eine Re-Demokratisierung, für ein Wiedererlangen von Entscheidungsmacht und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Vielmehr besteht die rechtsextrem-populistische Bearbeitung der demokratischen Krise in neuen Ausschlüssen, in weiterbestehender Ungleichheit und in exklusiver, ausschließender Solidarität. Und die demokratiepolitischen Forderungen von Rechtspopulisten laufen auf autoritäre Lösungen hinaus, braucht doch das vom Establishment vermeintlich korruptierte Volk, braucht der „kleine Mann auf der Straße“ „echte“ und starke Führerschaft.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 definierten schließlich auch die politischen Eliten der EU das Konzept Demokratie neu, wie dies etwa in Angela Merkels Rede von einer „marktkonformen Demokratie“ zum Ausdruck kam. Tendenzen der Autokratisierung, wie sie in den Politiken der „Troika“ bzw. der „Institutionen“ gegenüber Griechenland oder im Europäischen Wirtschaftspakt (New Economic Governance) institutionalisiert wurden, bereiteten den Boden für die weitere Delegitimierung liberal-demokratischer Verfahren und Institutionen. Der Rechtswissenschaftler Lukas Oberndorfer macht einen „autoritären Konstitutionalismus“, der Soziologe Peter Ullrich einen „technokratisch verbrämten Autoritarismus“ als weitere Schritte des systematischen Abbaus liberal-demokratischer Institutionen und Rechte, von Pluralität, Anerkennung von Differenz und sozialem Ausgleich aus.

Das Scheitern (in) der politischen Mitte ist also ein Scheitern sowohl kapitalistischer Neoliberalisierung wie auch des mit dem Kapitalismus verknüpften ungleichen Geschlechterregimes. Demokratisierung – auch unter einer Geschlechterperspektive – kann daher nur gelingen, wenn die solidaritätszerstörenden Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung transformiert werden.



Der rechtsextreme Populismus ist ein männliches Phänomen – in Europa und besonders deutlich auch in den USA

BIRGIT SAUER



Klaus Dörre: Rechtsextrem Protest kommt aus der Enttäuschung über drohende Verluste



Michael Kimmel: „Angry white men“ definieren sich über Hass auf Frauen und Migrantinnen

Ein Kritiker der politischen Mitte

Der anglo-irische Historiker **Perry Anderson** durchmisst das intellektuelle Spektrum von rechts nach links

WÜRDIGUNG: ARMIN THURNHER

Man kann Mitte als Ort der Gesellschaft beschreiben; man kann sie zur moralischen Abwägung verwenden, oder man kann mit ihr politisches Denken bezeichnen. Eine Übung, die bei uns selten geworden ist, denn angeblich lösen sich die alten Zuschreibungen „links“ und „rechts“ auf. Gewiss ist es mühsam und erspart Denken, die Dinge nicht unvoreingenommen zu analysieren, sondern nach Zugehörigkeit zu einem Lager zu bewerten. Solches Lagerverhalten (Denken möchte man es nicht nennen) trägt einen guten Anteil zur österreichischen politischen Misere bei.

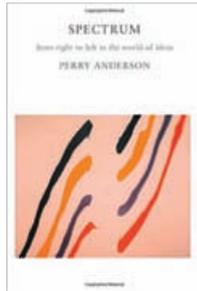
Lechts und links kann man bekanntlich nicht verwechseln, sagt Ernst Jandl, und Jürgen Habermas bemerkte einmal, man brauche bei dieser Frage nicht so viel herumreden, jeder wisse, was gemeint sei. Das stimmt schon, denn rechts ist in der politischen Praxis die Ideologie für Eliten, die Happy Few oder die wenigen, denen die wahre Erkenntnis gegeben ist, während links sich in die Bedürfnisse armer, an den Rand gedrängter Massen einfühlt. Links will ihnen geben. Rechts will ihnen nehmen. Und die Mitte ist der Versuch, sich per Kompromiss aus den entstehenden Gegensätzen herauszuhalten und akzeptable, wenn nicht glückliche Lebensverhältnisse für möglichst viele herzustellen, als linke und als rechte Mitte.

Politik greift immer auf intellektuelle Voraussetzungen und Traditionen zurück. Die politischen Wenden waren stets von Denkern vorgedacht: der keynesianische Wohlfahrtsstaat der Nachkriegsjahre. Der Neoliberalismus. Eurasia. Die Doktrin der humanitären Interventionen. Wie überraschend waren die USA, als sich herausstellte, dass die Alt Right ihre Ideologen hatte, die im Kabinett Trump tätig wurden! Wie bitter spürt die europäische Linke die Theorieferne ihres politischen Personals!

Der Versuch, die Welt des Denkens in rechts und links einzuteilen, ist aus verschiedenen Gründen schwierig und wird selten unternommen. Man muss eine umfassende Bildung besitzen, um den Überblick über das gesamte Spektrum politischen Denkens zu behalten. Der an der University of California in Los Angeles lehrende anglo-irische Historiker Perry Anderson behauptet, er sei kein Polyhistor. Seinen Überblick habe er sich aus technischen Gründen verschaffen müssen, aus den Notwendigkeiten der redaktionellen Praxis als Herausgeber der maßgeblichen linken Zeitschrift *New Left Review*, der er seit 1962 lange Jahre war.

Wie dem auch sei, der Marxist Anderson verfügt über einen globalen Horizont, der es ihm ermöglichte, Dutzende maßgebliche Bücher über den absolutistischen Staat, Indien, die Türkei, Italien, die europäische Linke, die Postmoderne, Gramsci, die Denker und Lenker amerikanischer Außenpolitik und jüngst über den Islam vorzulegen. Und eben auch ein Werk, *Spectrum* (2004), das sich mit dem Spektrum politischen Denkens befasst.

Die klassische Philosophie von Plato bis Nietzsche und praktische Notwendigkeiten



Perry Anderson: *Spectrum. From right to left in the world of ideas.* Verso Books, 2004, 398 S.

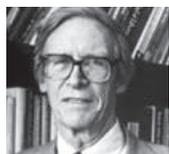
Perry Anderson, brillanter Historiker, scharfzüngiger Polemiker



Norberto Bobbio: Philosoph der Menschenrechte



Jürgen Habermas, Denker kommunikativen Handelns



John Rawls, Theoretiker der Gerechtigkeit

beim Regieren der Welt seien für die Denker der Rechten vordringlich, formuliert Anderson. Jene in der Mitte befassen sich in erster Linie mit normativen philosophischen Konstruktionen, also mit der (moralischen) Begründung dessen, was zu tun ist. Die Linke hingegen beschäftigt sich mit ökonomischen, sozialen, kulturellen Phänomenen der Vergangenheit und der Gegenwart.

Andersons Ordnung des intellektuellen Kosmos fällt selektiv und überraschend aus. Der Autor entschuldigt sich auch für Lücken des Buchs, etwa das Fehlen feministischer Positionen („kein ‚Anderes Geschlecht‘ in Sicht“, aber das werde nicht so bleiben) sowie auch für das Fehlen umwelt- und biotechnischer (man möchte ergänzen digitalkritischer) Perspektiven.

Dass Carl Schmitt, Leo Strauss, Michael Oakeshott und Friedrich August von Hayek die Rechte besetzen, ist zu verstehen. Dass der Publizist Timothy Garton Ash dazugechnet wird, überrascht. Anderson begründet es schlagend: nämlich wörtlich, mit Garton Ashs stiller Unterstützung der Nato-Option beim Entstehen eines neuen Mitteleuropas, das sich an demokratischen Werten orientiert, aber Russland ausschließt. Dass Garton Ash Margaret Thatcher beriet, ist hierzulande ebenfalls wenig bekannt.

Das Zentrum bevölkert Anderson mit Männern, die man üblicherweise der Linken zurechnet: dem italienischen Philosophen Norberto Bobbio, seinem deutschen Kollegen Jürgen Habermas und dem US-amerikanischen Rechtsphilosophen John Rawls. Andersons Argument, warum sie dennoch gemeinsam der Mitte angehören: Sie alle setzen darauf, dass eine Verständigung über Ideale und Notwendigkeiten einer Gesellschaft im Konsens, im herrschaftsfreien Diskurs hergestellt werden kann.

Der Konsens ist ein Ideal der Mitte; er schliesse auch eine Zugehörigkeit zur Linken nicht aus. Anderson aber macht auch die Haltung der Denker zum Imperialismus US-amerikanischer Prägung zum Prüfstein

seiner Beurteilung. Alle drei rechtfertigen bewaffnete Interventionen, und das macht sie, in seiner Interpretation, zu Angehörigen des „adjustable Centre“. Wie trocken Anderson argumentiert, zeigt ein Satz, mit dem er die Haltung des Westens zu Mitteleuropa zusammenfasst: „Drei Monate nachdem er Zentraleuropa verdaut hatte, entkorkte der Atlantische Pakt eine militärische Großoffensive auf dem Balkan.“ Andersons Zuordnungen mögen provokant erscheinen, sie öffnen einem auch die Augen.

Das meistzitierte Gedicht in der ersten Schockzeit nach Donald Trumps Amtsübernahme war „The second coming“ von William Butler Yeats, eine Klage des Auseinanderbrechens und Zerfalls, geschrieben nach dem Ersten Weltkrieg: „Turning and turning in the widening gyre / The falcon cannot hear the falconer; / Things fall apart; the centre cannot hold“. Der Kreisflug des Falken sei zu weit geworden, der Falkner könne ihn nicht mehr kontrollieren, das Zentrum halte nicht mehr. Seine unübertroffen coole Analyse von Emmanuel Macrons Sieg in Frankreich (*New Left Review* 105/2017) betitelte Anderson mit der Zeile: „The Centre can hold“, die Mitte hält doch.

Anderson beschreibt die Krise von Mittel-links und Mitte-rechts in Frankreich, und wie und warum es Macron gelang, als Doppelgänger des unbeliebtesten Präsidenten aller Zeiten, François Hollande, der die meistdiskreditierte Regierung anführte, eine neue Supermitte zu schaffen, in der Teile von Mitte-links und Mitte-rechts zueinander fanden. Nur eine Hoffnung können wir uns abschminken, sagt Anderson: dass der charismatische Banker Macron, was immer seine groß inszenierten europäischen Reden verlautbaren, der Europäischen Zentralbank oder der deutschen Dominanz ans Leder will. Deutschland ist die Mitte Europas, und Frankreich will nichts anderes, als Mitte sein. Mitte, das heißt: regiert von Eliten in Verwaltung und Finanz, auf Kosten der Ränder. **F**

Sehnsuchtsprojekt

ÖSTERREICHISCHE

Mitte

TEXT: JULIA HOFMANN

ILLUSTRATION/INFOGRAFIK:
OLIVER HOFMANN

Wenn man sich die politischen Debatten der letzten Monate ansieht, könnte man vermuten, die „Mitte“ sei der zentrale Begriff zur Beschreibung der Wählerschaft in Österreich. Beinahe jede Partei möchte als „Partei der Mitte“ wahrgenommen werden. Alle wollen die Mitte entlasten, fördern, schützen und unterstützen. Gleichzeitig bleibt die Definition, wer zur Mitte gehört, im politischen Diskurs meist sehr vage. Damit sich möglichst jeder und jede von den politischen Botschaften angesprochen fühlt – ob eine alleinerziehende Teilzeitkraft oder die Managerin in einem großen Unternehmen –, wird der Begriff der Mitte meist ohne nähere Eingrenzungen verwendet.

Allerdings gibt es eine Diskrepanz zwischen diesem politischen „Drang zur Mitte“ und der Alltagswahrnehmung der in Österreich lebenden Menschen. Heute glaubt die große Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher, dass es nur mehr ein „unten“ und ein „oben“ in der Gesellschaft gibt und dass die Einkommensverteilung in Österreich höchst ungerecht ist. Dies deckt sich auch mit dem relativ großen Ausmaß sozialer Verunsicherung im Land. Mehr als die Hälfte macht sich, Statistiken zufolge, Sorgen, dass sich der österreichische Arbeitsmarkt und das Sozialsystem in Zukunft verschlechtern. Rund 40 Prozent haben Angst um den Erhalt ihres Lebensstandards.

Gleichzeitig sieht sich die überwiegende Mehrheit der in Österreich lebenden Menschen aber dennoch weiterhin selbst als Teil der Mitte an. Während sich ärmere Personen tendenziell auf der sozialen Leiter hinaufstufen, stufen sich reichere Personen dabei weiter herab. Die Mitte wirkt damit als eine Art Sehnsuchtsprojekt, zu dem jeder und jede gehören will: die Ärmere, weil sie nicht ganz unten in der Gesellschaft stehen wollen, die Abstiegsgefährdeten, weil sie nicht nach unten fallen wollen, und die Reicheren, weil sie dadurch ihre privilegierte Stellung in der Gesellschaft verstecken können. Doch woher kommt dieser Drang hin zur Mitte in Österreich und lässt sich Österreich wirklich als eine Gesellschaft der Mitte begreifen?

Die „Mitte“ als Verheißung

Im gesellschaftlichen Diskurs wird die „Mitte“ meist als sehr positiv aufgeladener Begriff verwendet. Sie ist damit, wie es der deutsche Soziologe Berthold Vogel ausdrückt, ein „Produkt normativer Ordnungsvorstellungen“. Das heißt, dass die Mitte mit ganz spezifischen Vorstellungen von Gesellschaft verbunden ist. Man verbindet mit ihr vor allem die Vorstellung ei-

Über die willkürlichen Grenzziehungen bei der Beschreibung der Mitte. Nach oben ist alles klar, nach unten wird es schwierig

ner breiten „Wohlstandsgesellschaft“ und von wirtschaftlicher Prosperität. Das Bild von der Mitte ist damit auch eng mit der historischen Epoche des sozialen Aufstiegs und des Wohlstands für breite Teile der Bevölkerung (insbesondere der 1960er- und 1970er-Jahre) verbunden.

In dieser Zeit war die Vorstellung präsent, dass jeder und jede, etwa auch durch einen gut ausgebauten Sozialstaat, aus der Armut herauskommen und einen gewissen Lebensstandard erreichen kann (d.h. genügend finanzielle Mittel zu haben, um z.B. auf Urlaub zu fahren, sich ein Auto leisten zu können, den eigenen Hobbys nachgehen zu können etc.). Bis heute wirken diese Vorstellungen der „goldenen Epoche“ trotz steigender sozialer Ungleichheit und erhöhter Armuts- und Prekaritätsrisiken weiter nach.

Der Mitte-Diskurs ist jedoch nicht nur eine positive Verheißung, ein Ankerpunkt für eine „Wohlstandsgesellschaft“, und handelt von einem guten Leben für möglichst viele. Er trägt auch ein disziplinierendes Element in sich. Wer es nicht schafft, Teil der Mitte zu werden, gilt in Zeiten des neoliberalen Kapitalismus als selbst schuldig. Armut wird als individuelle Schande erachtet. Aus widrigen sozialen Bedingungen könne man sich herausarbeiten, wenn man nur wolle. Zur Mitte zu gehören bedeutet daher nicht nur, nicht arm zu sein, sondern gilt auch als „Beweis“ für die eigene Leistungsbereitschaft. Daher ist es nur allzu verständlich, wenn fast alle in Österreich lebenden Menschen zur Mitte gehören wollen.

Doch wer gehört denn nun tatsächlich zur Mitte? Wird die Mitte in Österreich

Per definitionem hat eine Mitte jedenfalls ein „oben“ und ein „unten“. Die Abgrenzung nach „oben“ fällt meist etwas einfacher als die Abgrenzung nach unten. Nach dem deutschen Sozialforscher Berthold Vogel lässt sich die Mitte vor allem durch ihren prekären Wohlstand von „oben“ abgrenzen: Nicht-Mitte, sondern reich, sind diejenigen, die von ihrem Vermögen gut leben können und nicht auf die eigene Erwerbstätigkeit und auf soziale Unterstützungsleistungen vom Staat angewiesen sind. Die Abgrenzung nach unten ist jedoch weit weniger klar. Absolute Armut bildet natürlich eine Grenze, aber Elemente der sozialen Verwundbarkeit findet man bereits in der (prekären) Mitte. Eine solche Abgrenzung nach unten ist auch politisch heikel: Schließlich sollte es nicht darum gehen, diejenigen, die ganz wenig haben, von denen, die etwas mehr haben, abzuspalten. Eine Tendenz, die man unter anderem im politischen Diskurs um die Mitte als sogenannter „Leistungsträger“ der Gesellschaft häufig findet: Hier sind die Leistungswilligen, dort die Leistungsunwilligen, hier die Steuerzahlenden, dort diejenigen, die vom Staat leben.

In der ökonomischen Debatte wird zur Beschreibung der Mitte meist auf die Einkommensverteilung zurückgegriffen. Man verwendet dafür die – zumeist kaufkraftbereinigten – bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen. In der EU-weiten Statistik zu Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC) wird die Zugehörigkeit zur „mittleren Einkommensgruppe“ mit einem Medianeinkommen zwischen 60 bis 180 Prozent definiert. Der Median ist der Wert, unter beziehungsweise über dem die Einkommen von jeweils der Hälfte der Menschen liegen, die sie beziehen.

Diese Eingrenzung bringt jedoch mehrere Probleme mit sich: Erstens werden die Grenzen sehr willkürlich und bei verschiedenen Forschungsarbeiten unterschiedlich gezogen. Warum nicht die Grenzen bei 60 bis 200 Prozent, wie die ILO (International Labour Organisation), oder 70 bis 150 Prozent, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), ansetzen? Zweitens bringt eine solche Abgrenzung mit sich, dass man ab einem Euro mehr oder weniger momentan entweder zur Mitte gehört oder eben gerade nicht mehr. Gerade bei zunehmend fluiden Lebens- und Arbeitsverhältnissen kann diese statische Abgrenzung zum Problem werden. Schlussendlich ist die Bandbreite von 60 bis 180 Prozent relativ breit gewählt. Die Lebensrealitäten sind bei einem Haushaltseinkommen von rund 14.000 Euro (60 %) bzw. rund 42.000 Euro (180 %) sehr unterschiedlich.

Fortsetzung nächste Seite



Die ‚Mitte‘ ist jene Gruppe, die man als Mitte abgrenzt

STEPHAN LESSENICH

eher kleiner oder größer? Ganz so leicht zu beantworten sind diese Fragen nicht, denn – ähnlich wie in der Politik – ist die Definition der Mitte auch in der wissenschaftlichen Debatte eher schwammig. Der Begriff der Mitte wird in der Soziologie zwar als einer der zentralen Begriffe zur Beschreibung der Struktur einer Gesellschaft herangezogen, aber oft gibt es keine klare Absprache darüber, wer die Mitte nun wirklich ist.

60–180%

Die „mittlere Einkommensgruppe“ liegt in Österreich bei einem Medianeinkommen von 60 bis 80 Prozent, das bedeutet Einkommen zwischen 14.000 und 42.000 Euro

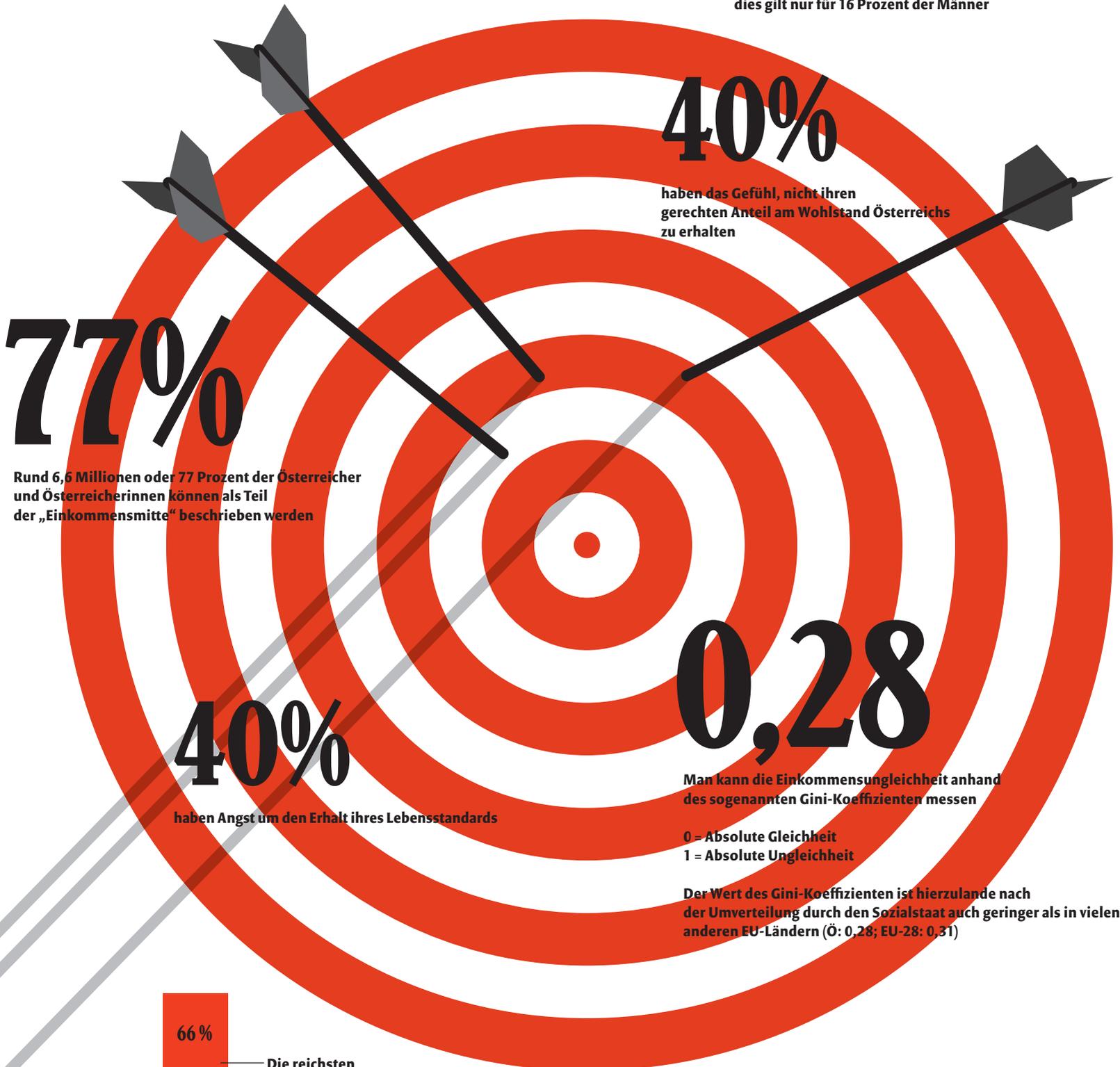
14.000–42.000 Euro

30%

Rund 30 Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich arbeiten in sogenannten „atypischen Beschäftigungsverhältnissen“ (nur befristet angestellt, als Leiharbeiter oder freie Dienstnehmerin tätig, in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt)



Besonders Frauen trifft diese Entwicklung sehr stark, rund die Hälfte von ihnen ist „atypisch“ beschäftigt, dies gilt nur für 16 Prozent der Männer



77%

Rund 6,6 Millionen oder 77 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen können als Teil der „Einkommensmitte“ beschrieben werden

40%

haben das Gefühl, nicht ihren gerechten Anteil am Wohlstand Österreichs zu erhalten

40%

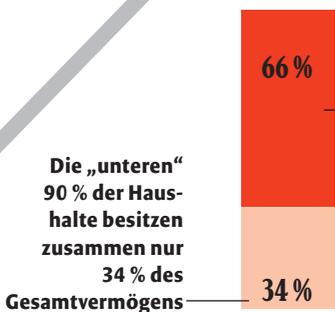
haben Angst um den Erhalt ihres Lebensstandards

0,28

Man kann die Einkommensungleichheit anhand des sogenannten Gini-Koeffizienten messen

0 = Absolute Gleichheit
1 = Absolute Ungleichheit

Der Wert des Gini-Koeffizienten ist hierzulande nach der Umverteilung durch den Sozialstaat auch geringer als in vielen anderen EU-Ländern (Ö: 0,28; EU-28: 0,31)



Die „unteren“ 90% der Haushalte besitzen zusammen nur 34% des Gesamtvermögens

Die reichsten 10% der Haushalte besitzen 66% des Gesamtvermögens

0,73

Berechnet man den Gini-Koeffizienten für Vermögen, liegt dieser bei 0,73, was einer sehr ungleichen Verteilung entspricht. Es gibt also nur eine sehr kleine Mitte beim Vermögen in Österreich



In Österreich gelten rund 1,5 Millionen Menschen als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, das sind rund 18% der Gesamtbevölkerung

Rund ein Drittel der Beschäftigten ist nicht mehr ganzjährig beschäftigt

Fortsetzung von Seite 10

In der Soziologie wird daher versucht, die Heterogenität der Lebenslagen und den sich stets „verändernden Durchgangsstationen“ (Pierre Bourdieu) methodisch gerecht zu werden. Dies passiert einerseits, indem die Einkommensmitte weiter ausdifferenziert wird. Insbesondere Personen, die zwar streng statistisch betrachtet nicht mehr als arm gelten, werden nicht gleich zur Mitte gezählt, sondern in einer prekären „Zwischenszone“ verortet. Darüber hinaus wird auch der alleinige Fokus auf das Einkommen kritisch betrachtet: Dieses reicht allein nicht aus, um die Lebensbedingungen von Menschen ausreichend beschreiben zu können. Es werden daher auch andere Indikatoren, wie die berufliche Stellung, das Arbeitsverhältnis (stabil oder prekär?), die Qualifikation, das Vermögen oder der Konsum zur Beschreibung der Mitte herangezogen. Je mehr Kriterien herangezogen werden, umso komplexer wird allerdings eine Beschreibung der Mitte. Wer rein statistisch arbeitet, gerät dann schnell einmal an die Grenzen der Daten.

Breite Einkommensmitte mit prekärer Aussicht

Sieht man sich – bei allen Bedenken – nun dennoch die Zahlen auf Basis der EU-SILC-Statistiken näher an, so zeigt sich bei der Verteilung der Einkommen in Österreich ein breiter „Bauch“ in der Mitte. Rund 6,6 Millionen oder 77 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen können als Teil der „Einkommensmitte“ beschrieben werden. Dieser Wert ist über die Jahre auch relativ stabil geblieben. Ein anderer Indikator ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit im Land. Dies wird meist gemessen am sogenannten Gini-Koeffizienten, der versucht, die Einkommensungleichheit in eine Zahl zwischen 0 (absolute Gleichheit) und 1 (absolute Ungleichheit) zu gießen. Dieser Koeffizient stieg in den Jahren vor der Krise in Österreich zwar leicht an, ist seither jedoch relativ konstant. Dessen Wert ist hierzulande nach der Umverteilung durch den Sozialstaat auch geringer als in vielen anderen EU-Ländern (Ö: 0,28; EU-28: 0,31).

Wenn man jedoch bedenkt, dass die Einkommen sehr stark mit den Veränderungen in der Arbeitswelt zusammenhängen, erscheint ein Blick in die Zukunft weniger rosig. Derzeit arbeiten rund 30 Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich in sogenannten „atypischen Beschäftigungsverhältnissen“. Das heißt, sie sind nur befristet angestellt, als Leiharbeiter oder freie Dienstnehmerin tätig, in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt; Tendenz steigend. Besonders Frauen trifft diese Entwicklung sehr stark, rund die Hälfte von ihnen ist „atypisch“ beschäftigt, dies gilt nur für 16 Prozent der Männer.

Ein Bericht des Wifo zeigt weiters, dass die Segmentierung am Arbeitsmarkt in Österreich zunimmt. Rund ein Drittel der Beschäftigten ist nicht mehr ganzjährig beschäftigt. Das trifft vor allem auf junge und migrantische Beschäftigte zu und hat erhebliche Auswirkungen auf die Lohnentwicklung: Die Löhne von nicht-ganzjährig Beschäftigten entwickeln sich, wie das Wifo zeigt, erheblich ungünstiger als jene der ganzjährig Beschäftigten. Auch der Anteil an der Gruppe der „working poor“ – also Personen, die trotz Arbeit unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen – ist jüngst wieder auf rund 310.000 Personen gestiegen. Generell



Bei der Verteilung der Einkommen in Österreich zeigt sich ein „breiter Bauch“



Trotz relativ geringer Unterschiede sehen wir auch in Österreich Ausfaserungsercheinungen an den Rändern

gelten rund 1,5 Millionen Menschen als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, das sind rund 18 Prozent der Gesamtbevölkerung. Schlussendlich gilt es auch die Entwicklung von Arbeitslosigkeit zu bedenken. Diese stabilisiert sich zwar in den letzten Monaten, allerdings waren laut AMS im Juli 2017 immer noch rund 300.000 Personen arbeitslos gemeldet und rund 70.000 befanden sich in Schulungen.

Wir leben also in einem Zeitalter zunehmender Prekarität und Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt. Auch wenn die „Einkommensmitte“ derzeit noch sehr breit ist, gilt es, diese Trends weiter im Blick zu halten, wenn man sich mit der Zukunft der Mitte in Österreich befassen möchte.

K(I)eine Vermögensmitte(n)

Während man beim Einkommen derzeit dennoch weiterhin von einer breiten Mitte in Österreich sprechen kann, sieht es beim Vermögen ganz anders aus. Das private Vermögen gilt in der Forschung mittlerweile als besonders wichtiger Indikator für den Lebensstandard, da es unabhängig von etwaigen Schwankungen beim Einkommen oder Unsicherheiten beim Arbeitsverhältnis den sozialen Status absichert. Wir wissen

auch, dass die Bedeutung des privaten Vermögens zunimmt, da die Generation, die jetzt in Pension geht, um einiges mehr privates Vermögen anhäufen konnte als die Generation davor. Damit gibt es auch um einiges mehr zu vererben.

Die Informationen zum privaten Vermögen sind jedoch eher spärlich – die meisten Menschen geben ungern Auskunft über ihre eigene finanzielle Lage. Die Österreichische Nationalbank hat im Auftrag der EZB vor einigen Jahren den Versuch gestartet, auf Basis von Befragungen Informationen über das private Vermögen der in Österreich lebenden Menschen zu generieren. Diese zeigen, dass das Vermögen in Österreich höchst ungleich verteilt ist. Die unteren 50 Prozent der Haushalte besitzen zusammen weniger als fünf Prozent des Gesamtvermögens. Die reichsten ein Prozent der Haushalte besitzen demgegenüber knapp 41 Prozent aller Vermögen. Berechnet man den Gini-Koeffizienten für Vermögen, liegt dieser bei 0,73, was einer sehr ungleichen Verteilung entspricht. Es gibt also nur eine sehr kleine Mitte beim Vermögen in Österreich.

Großes Vermögen wird meist auch nicht „selbst erarbeitet“, sondern vererbt. Viele Sozialwissenschaftler warnen daher auch vor einer zunehmenden Refeudalisierung sozialer Ungleichheit und dem Revival einer „Erbengesellschaft“. In einem jüngst erschienenen Bericht von Eurofound, der europäischen Agentur zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, gilt Österreich derzeit zwar noch als ein Land mit steigender sozialer Mobilität, allerdings

sind gerade beim Vermögen Tendenzen sozialer Schließung sichtbar.

Im letzten Sozialbericht konnten die beiden Ökonomen Pirmin Fessler und Martin Schürz auf Basis der erwähnten Vermögensdaten zeigen, dass es bei der Vermögensmitte in Österreich noch weitere Differenzierungen gibt: eine Hälfte mit etwas (mehr) Vermögen (über 86.000 Euro Nettovermögen) und eine weniger vermögende Hälfte (unter 86.000 Euro). Ausschlaggebend dafür, auf welcher der beiden Hälften man sich befindet, ist nicht etwa das Einkommen, sondern der Umstand, ob der Hauptwohnsitz besessen oder gemietet wird und ob geerbt wurde (insbesondere eine Immobilie). Das private Vermögen spaltet also die Mitte. Diejenigen mit etwas mehr Vermögen haben dadurch einen wesentlichen Startvorteil gegenüber denjenigen ohne bzw. mit nur geringem Vermögen. Bei gleicher Ausbildung, ähnlich (prekären) Jobs lebt z.B. ein Mitte 30-Jähriger in einer vom (vorgezogenen) Erbe gekauften Eigentumswohnung, während sich dir andere im gleichen Alter von befristetem Mietvertrag zu befristetem Mietvertrag hangelt. Dennoch gelten beide – rein statistisch betrachtet – als Teil der Mitte.

Breite Mitte oder soziale Spaltung?

In vielen Ländern Europas wird derzeit eine Diskussion über eine zunehmende soziale Spaltung und die Risiken einer „Abstiegsgesellschaft“ geführt, so der Soziologe. Das Gefühl, mit wachsender sozialer Ungleichheit im Land konfrontiert zu sein, nimmt auch bei den in Österreich lebenden Menschen tendenziell zu. Rund 40 Prozent haben darüber hinaus das Gefühl, dass sie nicht ihren gerechten Anteil am Wohlstand Österreichs erhalten. Dennoch schafft es der österreichische Sozialstaat derzeit noch, so stark umzuverteilen, dass sich das Ausmaß sozialer Ungleichheit nicht in der gleichen Härte zeigt wie in anderen Ländern. Müssten etwa ärztliche Leistungen und Medikamente privat finanziert werden, wäre dies für die meisten Menschen – neben den Miet-, Strom- und Heizkosten sowie den Kosten für Lebensmittel und so weiter – aus dem monatlichen Einkommen kaum zu finanzieren. Ohne Sozialstaat gäbe es daher wohl nur eine schmale Mitte in Österreich. Gleichzeitig trägt die Mitte über ihre Sozialversicherungsbeiträge einen großen Anteil dazu bei, dass der Sozialstaat in Österreich weiterhin existiert.

Trotz relativ geringer Einkommensungleichheit sehen wir aber auch in Österreich vermehrt Ausfransungserscheinungen an den Rändern; die Gründe dafür liegen in der hohen Arbeitslosigkeit und in den zunehmend prekären, nicht-existenzsichernden Jobs. Werden diese Phänomene zum gesellschaftlichen Standard, können sie die Stabilität der sozialen Ordnung ernsthaft gefährden. Es muss daher im Interesse aller – und vor allem auch der Mitte – sein, gute Arbeits- und Lebensbedingungen für alle und hochwertige öffentliche Dienstleistungen durchzusetzen. Gerade die Angehörigen der Mitte sollten sich dieser historischen Entwicklung bewusst werden und der Rückkehr zu einer Gesellschaft, in der man qua Geburt einen bestimmten Platz in der Gesellschaft einnimmt, entgegenwirken. Die Einführung einer Erbschafts- und Vermögenssteuer könnte diesen schon zu beobachtenden Trend tendenziell abschwächen.



Claudia Gamon

Neos-Nationalratsabgeordnete und Sprecherin für Gleichbehandlung, Forschung und Medien

Nina-Sophie Fritsch

Soziologin, forscht und lehrt an der Uni Wien mit Schwerpunkt Armut und soziale Ungleichheit

Peter Wieser

Ökonom und stellvertretender Leiter der MA 23 für Wirtschaft, Arbeit und Statistik

Markus Marterbauer

Ökonom und Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der Arbeiterkammer Wien

„Jeder beansprucht für sich, die Mitte zu repräsentieren“

Keine gesellschaftliche Gruppe wird politisch so umworben wie **die Mittelschicht**. Aber wer ist das überhaupt?

Die Geometrie liefert exakte Antworten. Der Mittelpunkt von Figuren lässt sich anhand von Formeln exakt bestimmen, selbst wenn nicht alle Größen bekannt sind. Die menschliche Gesellschaft produziert komplexere Gebilde als Quadrat und Dreieck. Die Mitte der Gesellschaft hat Koordinaten, die sich soziologisch, ökonomisch, politisch oder kulturell nur schwer festmachen lassen. Der Versuch einer Vermessung.

Falter: Mit der ersten Frage möchten wir uns an den Statistiker wenden: Herr Wieser, worüber reden wir, wenn wir von der Mitte der Gesellschaft sprechen – oder von der Mittelschicht? Können Sie uns hier bei einer Definition helfen?

Peter Wieser: Es gibt ja mehrere Möglichkeiten, sich dem Ganzen anzunähern. Das hängt auch von der Datenlage ab. Ich kann zum Beispiel den oder die Durchschnittsösterreicherin abbilden. Das Durchschnittsalter liegt ungefähr bei 40 Jahren, der häufigste Name ist Michael bei den Männern, Maria bei den Frauen. Als Ökonom und Statistiker versuche ich auch, über das Einkommen eine Mittelschicht zu bilden. Das Median-Einkommen liegt bei 2500 Euro brutto, also 50 Prozent verdienen weniger, 50 Prozent verdienen mehr.

Das ist das exakte Mittel.

Wieser: Ja. Wenn ich nun die oberen 25 Prozent und die unteren 25 Prozent der Einkommen ausschließe, erhalte ich jenen Ein-

INTERVIEW:
JOSEF REDL,
ARMIN THURNHER

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

kommensbereich, in dem die Hälfte der erwerbstätigen Österreicher, also zwei Millionen Menschen, liegen. Dann landet man halt ungefähr bei 1700 bis 3700, 3800 brutto. Das ist das Durchschnittseinkommen österreichischer Unselbstständiger inklusive 13. und 14. Monatsgehalt. Über Vermögen gibt diese Betrachtung keine Auskunft.

Und die Selbstständigen?

Wieser: Da ist die Datenlage viel schlechter. Über Selbstständige weiß man weniger, über die Vermögenslage weiß man auch nicht sehr viel. Was kann man noch sagen? Der häufigste Beruf ist im Handel. Frauen sind insbesondere im Einzelhandel dominant, im

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

Großhandel und im Kfz-Handel sind es die Männer. Also wenn man es so konstruiert, landet man bei: 40 Jahre, arbeitet im Handel, verdient 2500 im Median. So kann man sich einen Prototypen generieren.

Frau Fritsch, Sie haben sich in Ihrer Forschung stark mit der Mittelschicht beschäftigt: Was würden Sie noch ergänzen?

Nina-Sophie Fritsch: Wir haben die Einkommensverteilung in mehrere Schichten eingeteilt: Die Prekariatszonen sind in diesem Modell zwei Schichten. Jene, die unter 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen, leben in Armut, und jene, die 60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens verdienen, im Prekariat. Dann kommt die Mittelschicht oder wenn man eben so sagen will: 80 bis 140 Prozent. Personen mit einem Einkommen zwischen 140 bis 200 Prozent haben wir als obere Mittelschicht bezeichnet. Alles, was über 200 Prozent des Medianeinkommens liegt, ist in unserem Modell die Oberschicht.

Sie haben untersucht, wie sich die Mittelschicht in Deutschland und Österreich in den vergangenen Jahren verändert hat. Schrumpft die Mitte?

Fritsch: In Österreich sehr viel weniger als in Deutschland bzw. fast nicht. Wenn man den Fokus auf Österreich richtet, dann kann man natürlich über die letzten 20 Jahre einige Tendenzen und Dynamiken erkennen. Vergleicht man die Situation allerdings mit anderen europäischen Ländern, erkennt man, dass in Österreich die Risiken, aus der Mittelschicht zu fallen, deutlich niedriger sind als eben zum Beispiel in Deutschland. Die Mittelschicht schrumpft in den letzten Jahren nur um wenige Prozentpunkte.

Im Vergleich zu Deutschland?

Fritsch: In Deutschland nimmt die Mittelschicht in den letzten Jahren sehr viel stärker ab. Also da geht's von ungefähr 50 Prozent auf 44 Prozent.

Worauf führt man das zurück? Auf die Agenda 2010?

Fritsch: Es gibt viele verschiedene Komponenten: Hartz-IV-Reformen, Flexibilisierung der Arbeit, Prekarisierung der Arbeit, Minijobs – all dies hat es in dieser Form in Österreich nicht gegeben. Allerdings beobachten wir auch in Österreich langsam, aber sicher eine Zunahme von flexiblen – sogenannten atypischen – Beschäftigungsformen. Diese prekären Formen der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse sind im Steigen begriffen.

Markus Marterbauer: Ich würde ganz gern auf die Abgrenzung der Mittelschicht zurückkommen, denn Einkommen ist zwar eine wichtige Kategorie, aber bei weitem nicht die einzige. Zur Größe der Mittelschicht: Ich präferiere das Konzept einer ganz breiten Mittelschicht von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung, darunter sind die Armen und darüber sind die Reichen. Mittelschicht hat nicht nur mit dem Einkommen zu tun, sondern ganz breit mit dem Lebensstil, gesellschaftlichen und politischen Werthaltungen. Aber auch, woher bezieht man sein Einkommen? Die große Mehrheit der Leute lebt von Leistungseinkommen aus Arbeit, ob kleine Selbstständige oder unselbstständig Erwerbstätige. Selbst den Doppelverdiener-Beamten-Haushalt, der vielleicht sogar weit über diesen Einkommensgrenzen liegt, würde ich von der gesellschaftlichen Veror-

tung zur Mittelschicht zählen. Ich glaube, dass es ganz konstitutiv ist für die Mittelschicht, dass sie vom Leistungseinkommen aus Arbeit lebt und nicht von Kapitaleinkommen. Von Kapitaleinkommen leben in Österreich vielleicht ein, zwei Prozent, die ganz oben.

Oder auf der anderen Seite der Skala: von der Sozialhilfe.

Marterbauer: Richtig. Viele Menschen, die wir zu den 14 Prozent Armutsgefährdeten zählen, haben Anknüpfung an Arbeit und Sozialstaat, und Beschäftigung ist eine wichtige Chance, wieder in die Mittelschicht hineinzukommen.

Fritsch: Man begnügt sich oft mit der Einkommensvariable, weil sie generell leicht verfügbar ist. Bildung und Konsumverhalten spielen auch eine große Rolle, sind aber schwieriger zu messen.

Ein fast prekär beschäftigter Gymnasiallehrer wird wahrscheinlich einkommensmäßig aus der Definition herausfallen, aber am Wirtshaustisch oder in der Gemeinde wäre er eine Respektsperson.



Dass Parteien die Mittelschicht ansprechen, ist für mich eine Frage des politischen Marketings

CLAUDIA GAMON

Marterbauer: Im Selbstverständnis zählt er sich zur Mittelschicht. Das ist überhaupt eine interessante Frage: Wer zählt sich denn zur Mittelschicht? Eine Erkenntnis aus den Vermögensdaten der Nationalbank ist, dass selbst die ganz Reichen glauben, sie sind vom Vermögen her irgendwo in der Mitte. Offensichtlich gibt es vom Selbstverständnis her einen Trend zur Mitte.

Es gibt auch in der Politik einen Trend zur Mitte. Fast alle Parteien adressieren den Mittelstand. Weil man damit am meisten Menschen erreicht?

Claudia Gamon: Ja. Aber, dass Parteien die Mittelschicht ansprechen, das ist für mich eine Frage des politischen Marketings und hat nichts damit zu tun, ob man diese Menschen wirklich vertreten kann. Eben weil die Mittelschicht in politischen Fragen differenziert ist. Die Volksparteien sind diejenigen, die sich in ihren Inhalten Mehrheitsmeinungen annähern, die sich an Umfragen orientieren. Je kleiner die Partei, desto eher geht sie auf eine bestimmte Zielgruppe ein oder ist eine Single-Issue-Partei. Natürlich beansprucht jeder für sich selbst, die Mit-

telschicht zu repräsentieren, wobei damit ja sicher in jeder Partei andere Dinge gemeint sind. Neos könnte man wahrscheinlich eher in einer ideologischen Mitte verorten.

Es gibt in Österreich eine historisch gewachsene Mittelschicht und es gibt Volksparteien, die für sich in Anspruch nehmen, die Mitte zu vertreten. Warum zerbröseln die Volksparteien dann? Glaubt die Mittelschicht nicht an den Sozialstaat?

Marterbauer: Das Wachsen der Mittelschicht über die letzten Jahrzehnte hat ganz viel mit dem Sozialstaat zu tun. Es ist dem Sozialstaat, dessen Finanzierung auf Arbeitseinkommen basiert, gelungen, für breitere Bevölkerungsschichten ein gutes Leben zu ermöglichen. Dass auch die Aufsteiger aus unteren Einkommensverhältnissen gute Versicherungssysteme, gute soziale Dienstleistungen, eine Absicherung des Lebensstandards im Alter haben. Auf der anderen Seite sind die Lebenswelten dann doch ganz unterschiedlich. Und das ist das Problem für die Politik. Die Lebenswelt eines jungen Menschen, der gerade mit der Ausbildung fertig geworden ist, steht beim Einkommen vielleicht ganz schlecht da, weil er mehrere prekäre Jobs hat und dann sechs Monate arbeitslos ist bis zum nächsten unbezahlten Praktikum.

Das könnte eine Erklärung für die Ausbeutung des Prekariats sein: die Leute halten das so gut aus, weil sie sich sagen, wir gehören zum Mittelstand dazu. Und wenn nicht heute, dann morgen.

Fritsch: Ich glaube, dass die Denkweise gar nicht so sehr deterministisch ist, sondern dass eine prekäre Stelle während der Ausbildung oder des Studiums bzw. ein Praktikum mittlerweile fast schon dazugehört. In manchen Studiengängen sind Pflichtpraktika vorgesehen. Da kann man sich nicht aussuchen, ob man sie machen will oder ob man dafür bezahlt werden will – das ist mittlerweile häufig so. Der Berufseinstieg in einem Normalarbeitsverhältnis wie es in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren noch normal war, gelingt heute einfach seltener. Das Normalarbeitsverhältnis nimmt insgesamt auch deutlich ab. Teilzeitjobs werden mehr, prekäre bzw. flexible Beschäftigungsverhältnisse werden mehr.

Wenn der Sozialstaat ein Grund für die gute Lage in Österreich ist, warum haben Parteien wie die Neos oder die ÖVP eigentlich so viel auszusetzen am Sozialstaat? Weil er nicht nur sozial ist, sondern auch Staat?

Gamon: Ich sehe einen klaren Widerspruch zu unserer Position zum Sozialstaat und jener der ÖVP. Weil es einem Liberalen extrem wichtig ist, dass soziale Netze funktionieren. Wir stellen nur die Finanzierbarkeit bei der derzeitigen Ausprägung infrage, weil es uns darum geht, den Sozialstaat für Ausnahmesituationen fit zu machen. Problematisch ist es, in der Debatte um Sozialstaat eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Ausländer gegen Inländer oder Flüchtlinge gegen Inländer oder ganz schlimm auch der Kurs der ÖVP: EU-Ausländer gegen die Inländer. Da wollen wir klar dagegenhalten. Unsere Kritik am Sozialstaat österreichischer Bauart ist nicht, dass er für alle da ist, sondern dass er in der derzeitigen Ausprägung eben nicht mehr für die da sein kann, die es notwendig haben. Da geht es aber nicht um die Leistungen, die die Menschen in Anspruch nehmen können, son-

FOTOS:
CHRISTOPHER
MAVRIČ

dern um die Kosten der Verwaltung, die dahintersteht. Der Anspruch muss sein, dass der Sozialstaat möglichst effizient funktioniert. Sehen Sie sich an, wie gering der Anteil der Mindestsicherung an den Gesamtausgaben ist! Das ist ein verschwindend geringer Anteil. Aber wie kommt es, dass sich die Mitte von Ausgaben wie der Mindestsicherung bedroht fühlt?

Marterbauer: Wenn die ÖVP Steuern im Ausmaß von 15 Milliarden Euro oder die Neos gar 19 Milliarden senken wollen, dann heißt das notwendigerweise, dass diese Parteien gegen den Sozialstaat sind. Denn zwei Drittel aller Staatsausgaben entfallen auf Soziales, Bildung, Gesundheit. Und diese Milliardenbeträge können sie nur einsparen, wenn sie dort tief hineinschneiden. Ich finde das gut, wenn sie für einen breiten Sozialstaat sind, aber gleichzeitig kann man nicht Steuersenkungspläne im Ausmaß von 19 Milliarden haben. Das passt einfach nicht zusammen.

Gamon: Das halte ich für sehr undifferenziert. Man muss natürlich erklären, wo die Einsparungen gemacht werden, und nicht, wie die ÖVP einfach behaupten, man holt sich fünf oder sechs Milliarden übers Wirtschaftswachstum. Es kann ja niemand leugnen, dass gerade im Gesundheitssystem, ohne dass man auch nur eine einzige Leistung angreift, extrem viel Sparpotenzial drinnen ist.

Marterbauer: Auch im Gesundheitssystem kann man einsparen, aber das Geld brauchen wir dringendst, um das Pflegesystem auszubauen. Der Sozialstaat braucht das Geld.

Gamon: Ich würde behaupten, Förderungen haben nichts mit dem Sozialstaat zu tun.

Marterbauer: So einfach ist das nicht, Krankenhäuser zum Beispiel sind einer der größten Posten bei den Förderungen.

Gamon: Wir haben ein Förderniveau, das weit über dem EU-Schnitt liegt. Allein schon, wenn wir auf den EU-Schnitt zurückkommen, ist einiges drinnen.

Es gibt in Österreich eine gewisse Beharrungskraft – auch in sozialen Fragen. Das ist in einigen Aspekten der Sozialpartnerschaft lähmend. Andererseits hat sie Österreich Arbeitsmarkt- und Pensionsreformen wie in Deutschland erspart, die wahrscheinlich verstärkt zu Altersarmut führen werden.

Wieser: Es wird ein massives Problem haben, wenn die Leute mit den geringen Einkommen einmal in Pension gehen. Dieser Debatte wird sich Deutschland sicher stellen müssen. Wenn wir von der Mittelschicht, vom Mittelstand auch reden, dann müssen wir auch von verschiedenen politischen Modellen sprechen. In Deutschland lautet das Modell Bedarfsprüfung: bedarfsgeprüfte Mindestsicherung, bedarfsgeprüfte Pensionen. Das sozialdemokratische schwedische Modell war immer: Jeder ist gleich viel wert, jeder kriegt auch die Leistung. Heißt: Wenn ich viele Steuern zahle, kriege ich trotzdem Familienbeihilfe. Das schafft Legitimität, die Leute werden inkludiert, und zwar von allen sozialen Schichten, und das stärkt auch den Zusammenhalt.

Gamon: Wobei Sie zugeben müssen: Schweden ist ein unglückliches Beispiel für Sozialdemokraten, weil die ihren Sozialstaat und dann das Pensionssystem sehr radikal reformiert haben.

Wieser: Es gibt aber immer noch eine Volkspension. Ich habe meine Diplomarbeit darüber geschrieben. Das war natürlich



Beschäftigung ist eine wichtige Chance, wieder in die Mittelschicht hineinzukommen

MARKUS
MARTERBAUER



ein wesentlicher Umstieg, ist gar keine Frage. Trotzdem gibt es noch so etwas wie eine Volkspension, es gibt immer noch ein gutes soziales Netz. Sie haben ein paar Automatismen eingebaut, trotzdem ist es noch ganz ein anderes Modell als jenes, das beispielsweise jetzt in Deutschland oder im angelsächsischen Raum umgesetzt wird.

Wie sehen Sie als Soziologin die Identifikation der Mitte mit dem Staat oder Sozialstaat? Wenn man es nach objektiven Kriterien betrachtet, geht es den Leuten im internationalen Vergleich sehr gut. Wird das geschätzt?

Fritsch: Man weiß aus verschiedensten Studien, dass subjektive Selbsteinschätzung mit objektiven Kriterien nicht übereinstimmen muss. Zudem hängt die subjektive Einschätzung sehr stark vom Einkommen ab. Interessant ist allerdings auch, dass ein subjektives Unsicherheitsgefühl insgesamt tendenziell zunimmt. Und das wird im politischen Diskurs gezielt eingesetzt: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“, „Wir müssen schauen, dass es unseren Leuten gut geht“ – diese Dinge spielen auf eine subjektive Unsicherheit an und das funktioniert in einem populistischen Wahlkampf auch sehr gut. Auch wenn es uns im internationalen Vergleich sehr gut geht.

Hat die Unsicherheit auch damit zu tun, dass es innerhalb der



Eine Gesellschaft braucht kritisch denkende Individuen nicht nur in der Politik

NINA-SOPHIE
FRITSCH

Gesellschaft weniger gemeinsame Identifikationsmerkmale – wie zum Beispiel eine Klassenzugehörigkeit – gibt?

Fritsch: Die klare Zuschreibung: ich bin Arbeiterklasse, ich bleibe in der Arbeiterklasse, wird in postmodernen Gesellschaften aufgebrochen. Daher sind in der Soziologie auch andere Zugänge und Begrifflichkeiten entstanden, wie etwa der Begriff der Lebensstile oder der Milieus. Allein am wissenschaftlichen Diskurs merkt man, dass dieser Klassenbegriff eigentlich etwas ins Hintertreffen geraten ist.

Da gibt es aber wieder gegenläufige Thesen.

Fritsch: Dazu wollte ich gerade kommen. Umgekehrt fragen wir uns in der Forschung auch: Brauchen wir diesen Klassenbegriff nicht doch wieder stärker, um Realitäten erklären zu können? Z.B. wenn wir uns Bildungsverläufe anschauen: Wie durchlässig ist unser Bildungssystem denn wirklich? Und macht die Tochter oder der Sohn von einem Arbeiter tatsächlich den Uniabschluss oder nicht? Und wie leicht oder wie stark sind diese Chancen von sozialer Herkunft geprägt? Die Frage ist hier schon: Braucht es da nicht doch wieder diesen Klassenbegriff?

Gamon: Die Identifikation mit einer Klasse diene ja auch dazu, um politische Forderungen durchzusetzen. Vielleicht fehlt uns weniger die Identifikation mit einer Klasse oder dem Sozialstaat als eine Orientierung an gemeinsamen Werten unserer Gesellschaft. Wenn beispielsweise „gleiche Chancen im Bildungssystem“ als gemeinsamer Wert erkannt wird, lassen sich daraus leichter politische Forderungen ableiten. Ähnliches gilt auch für das Gesundheitssystem und für das Pensionssystem. Über die Wege, wie eine Gesellschaft einen gemeinsamen Wert erreicht, lässt sich ja diskutieren. Mir scheint jedoch: Wir können uns nicht mehr ausreichend mit gemeinsamen, gesellschaftlichen Werten einer liberalen Demokratie, mit Menschenrechten identifizieren. Das verursacht Sozialneid, der dann auch einen fruchtbaren Boden für politische Ängste, die im Moment geschürt werden, bildet.

Wieser: Es gibt zum Thema Sozialneid interessante Studienergebnisse, zum Beispiel bei der Binnenmigration. Man vergleicht sich immer mit den anderen. Wenn ich ein gutes Einkommen habe und mein Nachbar ein höheres Einkommen hat, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ich den Wohnort wechsle.

Marterbauer: Die Idee war gerade in Wien die soziale Durchmischung. Die Gemeindebauten sind ja bewusst auch in den 19. Bezirk gestellt worden. Zum geförderten Wohnbau in Wien haben alle Bevölkerungsgruppen Zugang. Ich halte das für ganz zentral, um den Austausch zwischen verschiedenen Schichten zu fördern, wenn man ähnliche Probleme hat, kommen die unterschiedlichen Leute in sozialen Kontakt und finden vielleicht gemeinsame Interessen und Lösungen.

Wieser: Um diese Nicht-Ghettoisierung beneiden uns viele Städte – da ist auch Geld dahinter. 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener wohnen in gefördertem Wohnbau. Andere Städte, die sehr auf privaten Wohnbau setzen, haben massive Probleme. Die Ortskerne sterben aus, es sind nur noch Touristen da. Also auch da ist wieder die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 15

Frage, wie ist die Herangehensweise? Mehr Staat oder mehr privat?

Marterbauer: Der soziale Wohnbau ist ein Bereich, in dem man wirklich eine breite Mittelschicht fördern kann. Aber auch das Schaffen von öffentlichen Räumen im weiteren Sinn, damit die Leute in Austausch miteinander kommen.

Vielleicht sollte sich die Arbeiterkammer in Mittelschichtkammer umbenennen!

Marterbauer: Wir vertreten die Interessen von fast vier Millionen Beschäftigten – wenn das nicht auch die Mittelschicht ist! Aber zurück zur Klassenfrage. Ich glaube, diese ist durch die neuen Daten zur Vermögensverteilung wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt. Wenn man sieht, dass bei uns in Österreich die obersten vier Prozent der Haushalte über 700 Milliarden Euro und damit mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens in Österreich besitzt, ist die Klassenfrage definitiv zurück.

Fritsch: Das ist dem Umstand geschuldet, dass es Daten zu Vermögen bis vor kurzem nicht wirklich gegeben hat.

Marterbauer: So lange es keine Vermögenssteuern gibt, gibt es keine zuverlässigen Daten!

Oliver Nachtwey vertritt die These von der Wiederkehr der Arbeiterklasse in einer reaktionären Form. Nicht mehr in einer progressiven, wie vor 70 Jahren. Dann hätten wir oben eine Eigentümerklasse und unten haben wir diese wieder wachsende, reaktionär gestimmte Arbeiterklasse.

Marterbauer: Das ist auch durch objektive Faktoren bestimmt. Die Arbeitsmarktlage ist für viele Leute, die nicht so gut ausgebildet sind oder neu auf den Arbeitsmarkt kommen, massiv schlechter geworden, vor allem seit Beginn der Finanzkrise. Im unteren Qualifikationsbereich gibt es kaum Einkommenszuwächse. Bei Arbeiterklasse würde ich ja als Erstes an die Zugewanderten, Migranten und Migrantinnen denken. Für sie ist die Lage auch schlechter geworden, etwa was die Integration ins Bildungssystem betrifft. Vor 30, 40 Jahren ist es gelungen, Kindern aus der Arbeiterklasse – dazu würde ich mich zählen – Matura und Studium zu ermöglichen. Heute ist die Integration ins Bildungssystem für Kinder aus den Arbeiterschichten viel schwieriger. Aufstiegschancen und soziale Mobilität sind gefährdet. Da haben sich die Dinge seit der Ara Kreisky verschoben.

Fritsch: An dieser Stelle sprechen wir von der Metamorphose von der Arbeiterin zur Migrantin. So wie früher für Mädchen und Frauen aus der Arbeiterschicht/-klasse höhere Bildungsabschlüsse seltener waren, ist es heute für Söhne aus Migrantenfamilien schwieriger, höhere Bildungsziele zu erreichen. Insgesamt haben Mädchen und Frauen die Jungs total überholt. Sie haben es viel mehr verstanden, Bildung als Sprungbrett zu benutzen, höhere Abschlüsse zu machen und darüber sozialen Aufstieg zu erfahren.

Marterbauer: Da gibt es sicher viele Instrumente, die man einsetzen kann, um dem zu begegnen. Am wichtigsten sind massive Investitionen ins öffentliche Bildungssystem, vor allem am Anfang der Bildungskarrieren und in Brennpunktschulen.

Gamon: Ich bin ganz Ihrer Meinung: Chancen in der Bildungskarriere stehen oder fallen mit den ersten paar Jahren, das fängt im Kindergarten an und mit dem Zugang zu



Wenn ich ein gutes Einkommen habe und mein Nachbar ein höheres Einkommen hat, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ich den Wohnort wechsle

PETER WIESER

Ganztagsbetreuung. Aber was die Investitionen betrifft, sieht die Realität so aus: Es gibt zwei Töpfe für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen in Österreich, die von den Bundesländern nicht ausgeschöpft werden. Hier sind wir ganz stark mit gesellschaftlichen Rollenbildern und Moralvorstellungen von Landespolitikern konfrontiert, die es verhindern, dass man Frauen Zugang zu Kinderbetreuung ermöglicht. Das ist wirklich ein Elend. Da geht es nicht darum, ob wir Geld im Sozialstaat dafür haben oder nicht, sondern dass wir immer noch darum kämpfen, dass es überhaupt einen Konsens dazu gibt, ob diese Leistungen notwendig sind. Das ist auch unsere Vorstellung vom Sozialstaat: Der Staat schafft Rahmenbedingungen, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, damit später andere Leistungen nicht mehr notwendig werden. Weil wir eben den Aufstieg für alle, die ihn wollen, vom Blick der Chancengerechtigkeit her ermöglichen. Da ist Bildung das Schlüsselsystem.

Wieser: Gerade die Kindergärten haben eine doppelte Funktion: Integrative Funktion und natürlich die Funktion von Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als selbst Betroffener: Wenn ich in Niederösterreich meine Kinder in den Kindergarten geben würde, hätte ich Probleme. Ich bin in Vollzeit berufstätig, und das ist in Wien überhaupt kein Problem und beitragsfrei ist es auch. Ich bin die Mittelschicht – zugegeben eher die gehobene Mittelschicht – aber ich profitiere davon zu 100 Prozent. Würde ich außerhalb Wiens wohnen, hätte ich ein Problem. Wie ist das zu argumentieren, außer mit ideologischen Scheuklappen? Und dass Österreich da ein Problem hat im Vergleich zu anderen Ländern, ist vielleicht historisch bedingt. In Frankreich gibt es überhaupt keine Debatte, dass dort auch Einjährige in den Kindergarten gehen.

Gamon: Ich finde, es soll jeder die Entscheidung treffen können, wie er das will.

Wieser: Das Angebot muss aber auch da sein. Das ist teilweise nicht da. Wenn der Kindergarten nur bis zwölf Uhr offen hat, geht sich nicht einmal ein Teilzeitjob aus.

Ist eigentlich das Idealbild der Gesellschaft eine Gesellschaft mit möglichst großer Mittelschicht?

Marterbauer: Ich glaube, der Anspruch einer Gesellschaft muss sein: Alle Bürgerinnen und Bürger haben ein gutes Leben. Das

muss das Ziel sein. Das gute Leben ist etwas Relatives. Das hat materielle Dimensionen beim Einkommen, das bedeutet Versorgung mit Wohnraum, Zugang zu öffentlichen Verkehrsverbindungen. Und das hat auch immaterielle Dimensionen wie Freizeit und Kultur.

Gamon: Ja zu einem guten Leben. Aber der unterschiedliche Zugang ist: Kann oder soll der Staat das gute Leben garantieren oder schafft der Staat die Rahmenbedingungen, damit ich selbst zum guten Leben komme. Das ist der ideologische Unterschied.

Marterbauer: Die ursprüngliche Idee des Sozialstaates war, dass sich die Gesellschaft soziale Absicherung organisiert, um den Risiken des Lebens zu begegnen ...

Gamon: Aber so ist es ja wirklich nicht mehr. Mittlerweile ist es die Selbstverwaltung des politisierten Staates und bis zu einem gewissen Grad auch des Parteienstaates. Das hat nichts mehr mit der Gemeinschaft der Versicherung zu tun.



Wo kriegt die Mittelschicht ihre Informationen her? Ich nehme an, sie werden nicht alle den Falter lesen

CLAUDIA GAMON

In einer absolutistischen Konzeption ist der Staat der Leviathan, an den wir alles delegiert haben, und er herrscht über uns und ermöglicht uns sozialen Frieden. In einer modernen Perspektive würde man sagen: „Wir sind der Staat.“ Nicht: „Wir sind das Volk“, sondern: „Wir sind der Staat.“ Das könnte ein politisches Ziel sein. Die Frage ist, wie man dazu kommt.

Wieser: Mariana Mazzucato hat es ja wieder aufgebracht: Der Staat ist nicht nur Bremser, gibt Geld aus, sondern hat Innovationen wie das iPhone und GPS und anderes mitinitiiert. Staat kann innovativ sein. Ich bin jetzt seit zehn Jahren im öffentlichen Dienst, da hat sich schon sehr viel getan. Man denkt sehr viel über neue Methoden nach, geht raus und redet mit Wissenschaftlern und Unternehmern. Man sieht sich als Partner: Wir helfen euch auch, ihr helft uns. Das schafft Arbeitsplätze.

Gamon: Man muss auch davon wegkommen, alles in einen reinen Widerspruch zu

setzen. Es kann ja sein, dass sich der Staat in einigen Bereichen zurücknimmt, um in anderen mehr leisten zu können. Das ist gerade in Wahlkampfzeiten nicht möglich, hier differenziert zu argumentieren.

Aber würde es nicht anders ausschauen, wenn die große Mitte diesen Staat als ihren akzeptiert?

Gamon: Das ist eine Frage der demokratischen Selbstermächtigung und auch, wie wir Politik gestalten. Ehrlicherweise muss man schon sagen: Die Politik ist sehr weit weg von den Bürgerinnen und Bürgern, weil es sehr wenige Möglichkeiten gibt mitzugestalten. Da rede ich jetzt gar nicht von den FPÖ-Fantasien, dass alles, was uns nicht passt, in eine direkte Abstimmung münden muss. Aber, wenn wir schon überall vor den Herausforderungen der sich verändernden Welt reden, müssen wir Politik auch den veränderten Gegebenheiten der Welt anpassen. Da muss es Möglichkeiten geben, neue

Formen der Bürgerbeteiligung zu etablieren, damit man einen Bezug zu dem Staat, wo man Geld reingibt und von mir aus wieder was rauskriegt, zu schaffen.

Marterbauer: Ein differenziertes Bild des Staates ist richtig. Ich finde den Staat auch nicht bedingungslos gut. Der Staat kennt bei den Lohneinkommen jedes Detail, aber über die Verteilung der Vermögen will er kaum etwas wissen.

Gamon: Das ist schön, dass wir uns einig sind!

Marterbauer: In einigen Bereichen, in anderen wieder gar nicht. Wie kann man sozusagen den Staat oder den Sozialstaat zu unserem machen? Die skandinavischen Länder, die ja Vorreiter beim Sozialstaat waren, haben das ganz stark über Volksbildung versucht. Dort war die Idee, erst die aufgeklärten Bürger können sich an der Gestaltung des Gemeinwohls beteiligen und deswegen

Fortsetzung nächste Seite

**Runder Tisch
in einem Hotel
in der Nähe von
Wien-Mitte**

**FOTOS:
CHRISTOPHER
MAVRIC**





Fortsetzung von Seite 17

muss man in Arbeiterbildungsvereine investieren. Die ganze Volkshochschulidee wurde dort geboren. Der Anspruch war, Bürger fit für den politischen Diskurs zu machen.

Fritsch: Mit dem Ergebnis, dass sie viele Rankings immer noch anführen. In Bildung zu investieren, war nie eine schlechte Idee, und Bildung wird auch sicher nicht weniger wichtiger werden. Wissen wird vielleicht das Einzige sein, wo uns Maschinen und Roboter schwieriger ersetzen können, um es jetzt mal plakativ auszudrücken. Die ungelerten, angelernten Hilfstätigkeiten werden Stück für Stück immer weniger werden. Das, was immer wichtiger wird, ist Wissen.

Gamon: Aber das sagen ja alle. Wer ist denn gegen Bildung? Mein Lieblingsbeispiel ist da die Schweiz. In der Schweiz gibt es halb so viele Studierende, aber für die öffentlichen Universitäten wird doppelt so viel ausgegeben wie in Österreich. In der Schweiz war immer schon klar: Bildung hat eine Priorität bei den Ausgaben, obwohl es dort zusätzlich auch noch Studiengebühren gibt. Wenn die österreichischen Unis von heute auf morgen über sieben Milliarden zur Verfügung hätten, dann würden sie auf der Straße tanzen, glaube ich.

Vielleicht mangelt es an der Vermittlung. Rousseau war der Meinung, dass Demokratie überhaupt nur in einem Gemeinwesen von einer gewissen Größe möglich ist. Massendemokratien haben ein Problem. Die politischen Parteien haben nicht mehr die Kraft, die sie früher hatten, um Inhalte zu transportieren.

Gamon: Das führt zu einer anderen Frage: Wo kriegt die Mittelschicht ihre Informa-

tionen her? Ich nehme an, sie werden nicht alle den *Falter* lesen.

Das kann man statistisch ausschließen.

Gamon: Gibt es überhaupt diese rationale, gut informierte, durch qualitativ hochwertige Informationen versorgte breite Mitte?

Fritsch: Es gibt ja grundsätzlich gut aufbereitete Informationen für alle. Man darf das Individuum aber nicht aus der Eigenverantwortung entlassen. Eine Gesellschaft braucht kritisch denkende Individuen nicht nur in der Politik. Ich kann ja auch meinen Steuerausgleich nur dann machen, wenn ich verstehe, was auf dem Formular steht und beurteilen kann, ob mich da jetzt jemand über den Tisch zieht oder nicht.

Marterbauer: Von der Angebotsseite bei den Medien gibt es ja doch zumindest den Anspruch. Wir haben in Österreich den öffentlich-rechtlichen ORF, der einen Bildungsauftrag hat und stark konsumiert wird.

Fritsch: Ich bin keine Mediensoziologin, aber es zeigt sich in einigen Studien, dass die jüngeren Generationen nicht mehr fernsehen, sondern sich ihre Informationen aus unterschiedlichen Kanälen holen.

Gamon: Das meine ich ja: Was bringt denn der gute öffentlich-rechtliche Content, wenn er nicht konsumiert wird? Das hilft uns dann auch nicht dabei, Fragen in gesellschaftlichen Herausforderungen zu lösen. Vor allem, wenn ein Teil des Befundes ist, dass wir ein Informationsdefizit haben und mit Fake News kämpfen. Andererseits ist die Entwicklung von Online-Medien ja auch eine Demokratisierung. Man hat dadurch für eine breite Bevölkerung einen ganz anderen Zugang zu Medien geschaf-

Die Mittelschicht als Versuchsfeld in Ökonomie, Soziologie und Politik

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC



In jedem Fall wird die Grundlage der Entscheidungen breiter, wenn auch die zweite Hälfte der Bevölkerung Berücksichtigung findet

MARKUS
MARTERBAUER

fen. Man könnte sagen, dass vor 60 Jahren das Problem eben nicht war, dass die Menschen nur *Krone* und *Österreich* und *Heute* gelesen haben, sondern sie haben gar nichts gelesen. Entschieden haben die, die die qualitativen Medien gelesen haben. Das war auch nicht besser, es war eine andere Situation. Jetzt haben wir einen demokratisierten Zugang zu Informationen, aber es wird aufwendiger für Politik und Medien, diese Informationen an den Empfänger zu bringen.

In Skandinavien gibt es offensichtlich ein positiveres Nationalstaatsbewusstsein – hat das auch mit Medien zu tun?

Gamon: Schweden hat jedenfalls eine extrem hohe Presseförderung. Sie haben eine ähnliche Bevölkerungsgröße und die Presseförderung ist gerade erst erhöht worden.

Wieser: Jedes Land hat seine eigene historische Entwicklung. Schweden ist in vielen Bereichen ein Sonderfall.

Marterbauer: Vielleicht auch deshalb, weil in Schweden Frauen ganz früh in den politischen Prozess integriert worden sind.

Gamon: Weil Frauen bessere Entscheidungen treffen?

Marterbauer: In jedem Fall wird die Grundlage der Entscheidungen breiter, wenn auch die zweite Hälfte der Bevölkerung Berücksichtigung findet.

Darauf können wir uns wohl abschließend einigen: Die Mitte ist dann stabil, wenn sie möglichst großen Teilen der Bevölkerung ein möglichst hohes Maß an Chancengleichheit und Teilhabe bietet.

Aufstieg

Abstieg

Klasse – wer sagt das noch gern? Als soziologisches Konzept schien „Klasse“ ausgedient zu haben, eben weil sich die Gesellschaft zu einer großen Mitte hin zu entwickeln schien, mit schmaler Ober- und wenig beachteter Unterschicht. Diese Einschätzung könnte vorschnell gewesen sein. Es grassiert das Stichwort von der Abstiegs-gesellschaft. Die globale Mittelklasse, die in Indien und China an Wohl-



stand gewinnt, wirkt sich im Westen auf den Abstieg der Arbeiterklasse aus. Dass die Klassenfrage nicht verschwunden ist, sondern globale Züge angenommen hat, zeigt die Lage der Migrantinnen und Migranten, die in unserer Gesellschaft deutlich die schlechtesten Chancen haben. In sechs Porträts zeigen wir zudem, wie vielfältig und vielgestaltig die gesellschaftliche Mitte aussieht.

„Der Tipping Point ist erreicht“

Oliver Nachtwey hat mit dem Buch über die „Abstiegsgesellschaft“ die Gegenwartserzählung für die Generation X vorgelegt. Aus seiner Sicht hat sich der Neoliberalismus überholt

Oliver Nachtwey hat in seinem Bestseller „Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne“ das Lebensgefühl der in den 1970er- und 1980er-Jahren Geborenen zusammengefasst. Sie mühen sich ab, können aber nicht den Wohlstand aufbauen, den die Elterngeneration noch schuf. Richtig rebellisch macht sie das aber auch nicht. Nachtwey ist selber in Kind dieser Zeit, was er in seinem blendend geschriebenen Buch als Soziologe beschreibt, kennt er zum Teil aus seinem eigenen Umfeld. Ein Gespräch über den langen Schatten des Neoliberalismus, neue soziale Bewegungen und den österreichischen Wahlkampf.

Falter: Herr Nachtwey, mit dem Slogan „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht“ startete die SPÖ in den Nationalratswahlkampf und erntete viel Kritik dafür. Haben wir verlernt, klassenkämpferisch zu denken?

Oliver Nachtwey: Auch ich habe mich über den Slogan gewundert. Ich habe schon verstanden, was die Absicht war. Jeremy Corbyn hatte den genialen Claim „For the many, not the few“, und das war dann die österreichische Übersetzung. Er soll wohl Verteilung, Gerechtigkeit ansprechen, aber man kann ihn semantisch auch so interpretieren, dass er an den Besitzindividualismus appelliert. Das steht mir zu! Ich hau jetzt mal auf den Tisch! Aber Gerechtigkeit ist immer eine Frage von kollektiven Aushandlungen. Gruppen agieren miteinander, es geht um Kompromissfindung. Der Slogan ist gut gemeint, aber sicher nicht optimal.

Die SPÖ hat lange auch damit geliebäugelt, das Thema Sicherheit zum Hauptthema ihres Wahlkampfes zu machen. Wäre das ein Fehler gewesen?

INTERVIEW:
BARBARA TÓTH

Zur Person
Oliver Nachtwey, Jahrgang 1975, studierte Volkswirtschaft. Der Fellow am Frankfurter Institut für Sozialforschung lehrte und forschte an den Universitäten Jena, Trier und Darmstadt. Seit August 2017 ist Nachtwey Inhaber der Professur für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel. Für sein Buch „Die Abstiegsgesellschaft“ (2016) erhält Nachtwey 2017 den von der Friedrich-Ebert-Stiftung vergebenen Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Nachtwey: Ich denke ja. Die Sozialdemokratien stehen in Konkurrenz zum Rechtspopulismus. In Österreich ist das nicht nur die FPÖ, sondern auch die Liste Sebastian Kurz. Der ist ja eine Figur, die man sich nicht ausdenken kann.

Wie meinen Sie das?

Nachtwey: Er ist wie aus einem Thomas-Mann-Roman entsprungen. Als 30-Jähriger mischt er die Politik mit viel Chuzpe und wenig Substanz auf. Es ist mir noch nicht klar, wie das funktioniert. Aber zurück zum Thema: Es gibt diese große Verunsicherung im Mittelstand. Ökonomisch aber auch in Fragen der politischen Repräsentation. Wer sind wir? Was ist unser Status? Wer repräsentiert uns? Wo sind unsere Zukunftsperspektiven? Hat unser Beruf noch Zukunft? Unsere Vorstellung von Familie? Dass es uns einmal besser geht, haben viele schon abgeschrieben. Die alten Formen der politischen Repräsentation wirken auf viele nicht mehr passend.

Und die Sozialdemokratie zerreibt es?

Nachtwey: Die Sozialdemokratie ist häufig wie ein Flipperball, der von der Dynamik in den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Magnetismen von einer in die andere Richtung geworfen wird. SPD-Kandidat Martin Schulz hat anfangs auf das Thema soziale Gerechtigkeit gesetzt, schoss wie eine Rakete in den Himmel und fiel kurze Zeit später wie ein Stein zu Boden. Corbyn wurde am Anfang belächelt, aber er war kohärent in seinen Forderungen nach dem Ausbau des Sozialstaates, mehr Chancen für die Jugend, Umverteilung, klarer Linie beim Flüchtlingsthema. Wenn die Sozialdemokratie das Thema Gerechtigkeit nicht durchzieht, wirkt sie nicht mehr glaubwürdig.





**Oliver Nachtwey im
Gastgarten seines
Lieblingscafés, des
Crumble, in Frankfurt**

In Ihrem Buch „Die Abstiegsgesellschaft“ schließen Sie mit einem hoffnungsvollen Gedanken: es werde neue, solidarische Bewegungen geben. Das Buch erschien 2016, sind Sie immer noch so optimistisch?

Nachtwey: Für mich als Beobachter ist interessant, wie schnell sich die Entwicklung vollzogen hat. Ich habe 2014 begonnen, an diesem Buch zu schreiben. Damals gab es die Occupy-Bewegung und den arabischen Frühling. Beides war neu. Soziale Fragen wurden mit Demokratiefragen verbunden, sehr viele Prekäre engagierten sich. Dann kamen mehr und mehr die Wutbürger auf, und mit ihnen ein gewisser kleiner Autoritarismus, eine Verachtung demokratischer Verfahren, getragen von einer technischen Intelligenz.

Sie geben den Akteuren dieser technischen Intelligenz den schönen Namen „Expertenbürger“.

Nachtwey: Der Expertenbürger ist ein Protesttypus, der viel mit der Mentalität des Ingenieurs zu tun hat und dem Glauben an technische Lösungen, die Politik überflüssig machen könnten. Er ist ungeduldig und hat ein generelles Misstrauen gegenüber politischen Prozessen. Bei den Wutbürgern können ursprünglich progressive Anliegen regressiv Züge annehmen. Bei Pegida, die sich als „patriotische Europäer“ bezeichnet haben, hatte man anfangs sogar einen starken Bezug zum Schutz von Frauen. Absurd, wie sich weiße, konservative ältere Männer plötzlich für Frauenrechte einsetzen, wenn es darum geht, sie vor Fremden zu schützen.

Nach Ihrem Buch groß geworden sind Figuren wie Donald Trump oder

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 21

Emmanuel Macron, Politiker, die sich jenseits von links und rechts geben. Wie ordnen Sie diese Phänomene ein?

Nachtwey: Ich sehe zwei Entwicklungen. Zum einen sind die neuen solidarischen Bewegungen tragischerweise schnell verpufft. Occupy etwa. Auch, weil sie sich ohne klassische, linke Repräsentationsverfahren konstituieren wollten. Ohne Organisationen, ohne Sprecherinnen. Als Occupy New York ein Auto geschenkt bekam, stellte sie das vor ein unlösbares Problem. Wie anmelden, wenn wir nicht einmal ein Verein sind? Wer kontrolliert die Autoschlüssel? Wer zahlt für Benzin? Ähnlich ging es Occupy Frankfurt. Der verständliche, antiinstitutionelle Impuls hat das Weiterbestehen dieser Bewegungen verhindert, auch wenn einiges davon in den USA in der Bernie-Sanders-Bewegung aufging.

Zum anderen?

Nachtwey: Durch die Flüchtlingsbewegung entstanden neue rechtspopulistische Bewegungen. Die Globalisierung hat nationalstaatliche Ideen zunichte gemacht, die Linke hat keine neue, solidarische Antwort darauf, was wiederum den Identitären Raum für ihre Themen gibt. In Deutschland hatten wir jetzt lange das Gefühl, eine riesige rechte Welle geht durchs Land. Gleichzeitig gibt es eine riesige soziale Bewegung, die aber nicht als solche gezählt wird: die Willkommenskulturbewegung. Zehntausende engagieren sich, nicht unter einem Dach, sondern vor Ort, in Cafés, in Anlaufstellen, zu Hause. Das war ein anderes, leises, aber genauso mächtiges Aufbegehren.

Aber die Willkommenskulturbewegung blieb politisch ohne Antwort?

Nachtwey: Die Linke in Deutschland hat es aufgenommen, aber sie hatte damit zu kämpfen, dass ein Teil ihrer Wähler selbst große soziale Ängste hatte. Natürlich ist das auch ambivalent, weil die Flüchtlingsbewegung von einem eher bürgerlichen, christlichen – nicht im religiösen Sinne – Milieu getragen wurde, das es sich auch leisten kann. Der ungelernte Leiharbeiter war da nicht dabei. Eventuell kann man die Wahlbewegung für Alexander Van der Bellen als eine Ausformung dieses unsichtbaren Willkommenskultur-Netzwerkes ansehen. Jedenfalls hat sich die Gesellschaft wieder sehr stark politisiert.

Warum reden wir bei sozialpolitischen Themen nach wie vor so oft über Flüchtlinge und nicht über Verteilungsgerechtigkeit?

Nachtwey: Beides ist Teil eines globalen Umbruchs. Migrationsströme gehören zur Globalisierung dazu. Es gibt massive Abstiegsängste, aber keiner der politischen Akteure hat das offen thematisiert. Auch die Sozialdemokratie hat nach Ende des regulierten Kapitalismus der 1950er- und 1960er-Jahre der Liberalisierung das Wort geredet. Der Sozialstaat hat sich verändert. Er ist kein wachsender Kuchen, an dem alle teilhaben können, sondern er schrumpft und ist kostbares Gut. Flüchtlinge werden aus der Sicht der Leute, die jetzt die Rechtspopulisten wählen, zu unproduktiven Mitessern, die von außen kommen. Deswegen gibt es einen Zusammenhang zwischen den Flüchtlingen und der sozialen Frage. Wer die soziale Frage nicht angeht, muss damit rechnen, dass sich die Debatte weiter in Richtung Flüchtlinge und Wohlfahrtsstaatschauvinismus verschiebt.



Sebastian Kurz ist wie aus einem Thomas-Mann-Roman entsprungen. Als 30-Jähriger mischt er die Politik mit viel Chuzpe und wenig Substanz auf

OLIVER
NACHTWEY

Nachtwey wollte lange Zeit Journalist werden und schreibt heute in klarer, verständlicher Sprache über komplexe Themen

Kennen Sie persönlich das Gefühl des sicheren Wachstums, das von der Angst vorm Abstieg abgelöst wird?

Nachtwey: Mein Großvater väterlicherseits war noch Arbeiter in einer Fahrradfabrik im Ruhrgebiet. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat er eine kleine Werkstatt aufgemacht. Dort, wo ich aufwuchs, sah ich im Haus gegenüber auf seine Werkstatt, im Erdgeschoß unseres Hauses befand sich die Konditorei meiner Großeltern mütterlicherseits. Mein Vater hatte kein Abitur. Er machte eine Lehre als Fernsehetelektriker. Mein Großvater war noch CDU-Ratschherr in seinem Dorf, also konservativ. Mein Vater gründete noch die Junge Union und trat gleichzeitig der Gewerkschaft bei, weil er seine Lehre als zu monoton empfand. Er wollte nicht nur Fernseher schleppen, sondern auch etwas lernen. Er machte dann an der Abendschule die Matura nach, studierte und war am Ende seiner Laufbahn Geschäftsführer eines mittelgroßen Elektrounternehmens. Er erlebte einen sozialen Aufstieg, so wie seine ganze Generation. Er fuhr am Anfang eine Ente, am Ende einen Audi A6.

Und Ihre Mutter?

Nachtwey: Meine Mutter war zuerst die Alleinverdienerin. Sie arbeitete in einer Sparkasse an der Kassa, damit mein Vater studieren konnte. Sie lebten also nicht das männliche Ernährermodell. Sie sagte immer zu mir: Papa macht Strom, ich mach Geld, das brauchen alle Menschen. Da haben wir uns sicher gefühlt.

Sie sind also ein typisches Produkt der deutschen Nachkriegsordnung. Wie kam es, dass Sie sich mit der Abstiegsellschaft befassten?

Nachtwey: Es gab verschiedene Stränge, die sich zu einem Bild verdichteten. Viele Befunde aus meiner arbeitssoziologischen Forschung konnte ich auch im sozialen Nahbereich wiedererkennen. Auf den Festen meiner Eltern, bei denen sich die ganzen Aufsteiger aus der Generation meines Vaters trafen, die jetzt alle im Wohlstand leben, beobachtete ich, wie sich die Themen verändert haben. Früher protzte man so ein wenig herum, was man nicht alles materiell oder kulturell erreicht hatte. Man ging in die Oper, es wurde zum Statussymbol. Reisen, Anschaffungen, solche Sachen. Plötzlich fingen sie an, sich anders über die Kinder zu unterhalten. Es schlich sich so eine Sorge ein. Nach dem Internat, Studium und den Praktika im Ausland kam dann nicht mehr automatisch der tolle Job. Dann kamen erste Kündigungen in meinem Bekanntenkreis dazu.

Vermutlich ein gut gebildeter Freundeskreis?

Nachtwey: Ich wollte lange Zeit Journalist werden. Freunde von mir arbeiten beim Stern und beim Spiegel. Schon vor der Finanzmarktkrise begann diese Umbruchwelle. Später existierten Magazine wie die Brigitte ohne angestellte Redakteure. Aber als ich begann, die regressive Moderne zu erforschen, war das eher ein Zufall. Ich hatte meine Doktorarbeit über die deutsche und britische Sozialdemokratie geschrieben, es ging nicht um Parteien-, sondern um Sozialgeschichte. Dann bin ich in die Arbeitssoziologie gegangen und habe mit Leiharbeitern begonnen zu sprechen. Das war soziologisch hochinteressant, persönlich wirklich schwierig. Wenn man mit Menschen spricht, die die gleiche Arbeit nebeneinander-

der ausüben und bis zu 50 Prozent weniger verdienen. Oder Fälle von Arbeitern, die outgesourct wurden und dann zu schlechteren Konditionen wieder eingestellt werden. Diese Hilflosigkeit, die Brutalität im Umgang mit ihnen, die kleinen Demütigungen im Betrieb – das war für mich ein Moment der Erkenntnis. Hier geht es nicht um geringe Einkommen und soziale Unsicherheit alleine, sondern um Statusverlust, um mangelnde Anerkennung und Würde. Es entstanden eine neue Klassifikation von Arbeit und ein neues gesellschaftliches Zukunftsbild: Man verlor den Optimismus, dass es den eigenen Kindern einmal besser gehen werde. Und dann habe ich mich viel mit Modernisierungstheorie beschäftigt.

Sie kommen aus dem Marxismus?

Nachtwey: Das merkt man mir an, ja. Ich fand aber, er hatte immer gewisse Schwächen. Seine Prämisse war, dass die Verhältnisse sich verschlechtern würden. Er konnte nicht einfangen, warum es durchaus auch eine Steigerung der Lebensqualität in der sozialen Moderne nach dem Zweiten Weltkrieg gab. Der britische Soziologe T. H. Marshall beschreibt diese Evolution an zivilen, politischen und sozialen Bürgerrechten – in meinen Augen – sehr gut, aber auch er glaubte im Grunde an eine fortschreitende Gleichberechtigung, wenn auch mit Abstrichen. Aber meine Erfahrung mit den Leiharbeitern passte da gar nicht dazu, da hakte die Theorie der Modernisierung gewaltig und der Marxismus war hier wieder überzeugender. Als ich eine Studie zur Occupy-Bewegung machte, mit mehr als 1000 Befragten, zeigte sich, dass ein Großteil der Teilnehmer prekär beschäftigt und überqualifiziert war. Das ist etwas wirklich Neues. Sie waren postkapitalistisch orientiert, aber keine Aufsteiger im engeren Sinne mehr. Anders als die Träger der neuen sozialen Bewegung in den 1970er-Jahren, weil damals war es noch die neue Mittelklasse, die die Ökologie- und Friedensbewegung ausmachte. All das fasste ich dann unter dem Begriff „regressive Moderne“ und „Abstiegsgesellschaft“ zusammen.

Jetzt reden alle vom kommenden Aufschwung. Ist die Phase der regressiven Moderne damit vorbei?

Nachtwey: Als Ulrich Beck sein Buch „Risikogesellschaft“ 1986 geschrieben hat, meinte er, die Klassen spielen keine Rolle mehr, weil die Gesellschaft sich wie in einem Fahrstuhl allesamt nach oben bewegt. Seine These hielt noch fünf Jahre. Er war einfach viel zu drastisch. Manchmal entstehen soziologische Arbeiten nicht inmitten, sondern am Ende einer Epoche. Ich würde mich freuen, wenn auch mein Buch das Ende einer Epoche markiert. Wir also das Ende der Abstiegsgesellschaft erleben und das Pendel zurückschwingt.

Glauben Sie daran?

Nachtwey: Jein. Es gibt mehrere Dimensionen. Der Aufschwung ist schon da. Aber wer profitiert davon? In der Politik hat so eine Art Publikumsbeschimpfung stattgefunden. „Uns geht’s doch gut!“, „Wir wachsen doch!“, hören wir. Aber spüren das die Menschen bei den Mieten? In ihrer Geldbörse? Das hinterlässt ein seltsames Gefühl, fast verhöhrend. Die Unternehmensgewinne sind da, aber wo landet der Wohlstandsgewinn? Er landet relativ wenig beim unteren Einkommensdrittel. Von 1992 bis 2011 sind die Durchschnittseinkommen

in Deutschland gesunken. Wir spüren Anzeichen von Deflation, die Löhne sind zu niedrig, die Zinsen bei null. Der Kapitalismus ist in einer Art Eigenblutdoping angekommen. Es wird Geld ins System hineingepumpt. Die Vermögenspreisinflation ist enorm. Wir sehen das an den Börsen. Die Hauspreise explodieren. Gleichzeitig ist die Debatte sehr ahistorisch. In der sozialen Moderne hatten wir Wachstumsraten über zwei Dekaden von vier Prozent. Jetzt reden wir vom Aufschwung bei 1,9 Prozent. Also Hochkonjunktur ist das keine. Als ich VWL studiert habe, war die Kennzahl drei Prozent Wachstum, um einen Stellenaufbau von Vollzeitbeschäftigten zu sichern. Das ist die Ambivalenz unserer Situation. Ja, wir haben einen leichten Aufschwung, es werden wieder Beschäftigungsverhältnisse aufgebaut, aber wenn man genau hinschaut, sind viele Teilzeitjobs dabei. Meistens Frauen, auch viele Leiharbeiter in sehr autoritären Verhältnissen. Der Aufschwung ist deshalb prekär, er ist nicht nachhaltig. Das gehört mitreflektiert, sonst wird die Politik als sehr, sehr unehrlich empfunden. Das Beunruhigendste ist: Mit der Nullzinspolitik hat man das letzte Mittel zur Bekämpfung einer neuen Finanzkrise aus der Hand gegeben. Wir verschießen gerade unser ganzes Pulver. Wenn eine große Krise aus den USA oder China kommt, ich weiß nicht, was dann passiert.

Wie nachhaltig sind die neoliberalen Formatierungen in unserer Gesellschaft, die die letzten beiden Jahrzehnte stark geprägt haben?

Nachtwey: Die neuen Jobs, die jetzt entstehen, stammen aus dieser neoliberalen Epoche: meist flexibel, auf Zuruf, ohne große Absicherung. Ich beschäftige mich gerade viel mit der digitalen Ökonomie und der Start-up-Kultur. Der religiöse Charakter der digitalen Ökonomie aus dem Silicon Valley ist beeindruckend. Er ist die Vorlage für so vieles in der Gegenwart. Emmanuel Macron sagte, er will die französische Nation wie ein Start-up führen. Er hat sich ein Placet geben lassen, dass er den Arbeitsmarkt liberalisieren darf, ohne die Gesetze dem Parlament vorzulegen. Ihr Sebastian Kurz schwimmt auch auf der Start-up-Modewelle. Helplink, Uber etc – diese neuen Unternehmen basieren alle auf Kontingenzarbeitskraft. Man ist nur noch lose mit der Firma verkoppelt. Das ist die ökonomische Zukunft. Eine klassische Mitgliedschaft in einem Betrieb mit Sozial- und Krankenversicherung gibt es dann nicht mehr. Natürlich gibt es Menschen, die mit diesem Phänomen sehr gut umgehen können. Es gibt in Deutschland ein Buch „Wir nennen es Arbeit“, das diese Ich-AGs heroisiert. Diese neuen Formen entstehen übrigens nicht, indem man die alten Formen abschafft, etwa Kollektivverträge, weil das würde zu große Proteste der Gewerkschaften hervorrufen. Nein, man umgeht sie, man baut völlig neue Strukturen parallel dazu auf, wie Bypässe. Bosch und Siemens steigen bereits ein. F & E wird zum Start-up-Modell aufgebaut. IBM hat zertifizierte Programmierer eingeführt, die für sie programmieren dürfen, sich aber um jeden Auftrag bewerben müssen.

Warum werden Start-ups und ihre Kultur trotzdem so gehypt?

Nachtwey: Wir alle lieben unser iPhone. Auch ich. Das ist ja das Problem mit dem Neoliberalismus. Er kommt ungemein schick daher und sieht gut aus. Er ist dia-

bolisch genial gestrickt. Liberalisierung an sich hat schon so eine Doppeldeutigkeit. Deshalb gibt es auch keinen Weg zurück in die soziale Moderne. Bis 1968 war Homosexualität in Deutschland verboten, bis 1977 konnten Männer für die Frau den Arbeitsvertrag kündigen. Das kann man sich kaum vorstellen. Der Neoliberalismus ermöglicht eine gewisse Mündigkeit und Autonomie, die am Freiheitswunsch der 68er anknüpft. Wenn man sich schließlich auf den Neoliberalismus einlässt, bekommt man zuerst diese Goodies, es ist wie bei einem Tauschgeschäft. Gleichzeitig zahlt man den Preis, dass man viel abhängiger vom Markt wird

Das heißt, die 68er, die viele noch immer verehren, haben kräftig ihren Beitrag zum Sieg des Neoliberalismus geleistet?

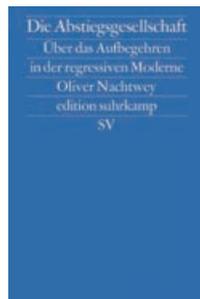
Nachtwey: Ich verehere die leider gar nicht mehr. Jürgen Habermas hat 1961 eine Studie über deutsche Studenten gemacht, in der er zum Schluss kam, dass sie recht autoritär sind und deshalb nicht revoltieren würden. Wenige Jahre später sah das dann ganz anders aus. Aber wenn man sich die deutschen Alt-68er anschaut, hat Habermas am Ende vielleicht doch recht behalten. Sie nahmen an der Revolte als künftige Elite teil. Wir sitzen übrigens in Daniel Cohn-Bendits altem Stammcafé hier in Frankfurt. Aber sie sind im Grunde sehr maskuline, autoritäre Persönlichkeiten. Im Alter bleibt offenbar das Autorität mehr übrig. Deswegen bin ich skeptisch.

Was konkret haben sie für den Neoliberalismus geleistet?

Nachtwey: Wir unterscheiden verschiedene Kritikformen: die Sozialkritik und die Künstlerkritik. Bei den 68ern fiel beides zusammen, und das machte sie so stark. Die künstlerische Forderung nach Autonomie traf auf die soziale Forderung nach Gerechtigkeit. Und der Neoliberalismus sagte: Wir können das Autoritäre nicht restaurieren. Wenn wir den Feind nicht besiegen können, umarmen wir ihn und nehmen ihm seinen Partner weg. Peu à peu schieben wir die Sozialkritik weg. Deshalb sind wir heute sehr energisch, wenn es um unsere Autonomie geht, aber weniger engagiert, wenn es um die soziale Frage geht. Autonomie kann immer individuell verhandelt werden, die soziale Frage nur schwer. Sie braucht das kollektive Handeln. Auch wenn die SPÖ auf ihren Plakaten es uns jetzt gerade anders erzählt.

Jetzt wächst bereits die dritte Generation nach 68 mit diesen Prinzipien auf. Ist es unumkehrbar?

Nachtwey: Ich würde sagen, dass der Tipping Point erreicht ist. Ich beschäftige mich seit 15 Jahren mit dem Neoliberalismus. Damals war das eine echte Nischendebatte von ein paar neomarxistischen Politikökonom. Inzwischen ist die Gesellschaft sensibilisiert. Die Millenials wollen sich zum Beispiel nicht mehr dem Markt vollständig aussetzen. Viele Arbeitsmarktxperten beklagen, dass diese Generation sich nicht mehr so ausbeuten lassen und selbstoptimieren will, ihre Work-Life-Balance hochhält und zuerst nach Sabbaticals und nicht nach Überstunden fragt. Die Situation ist offen. Es sieht nicht danach aus, als hätten wir eine neue starke Linke, die die Gesellschaft in mehr Gerechtigkeit trägt. Aber es dreht sich auch nicht alles klar in Richtung Rechtspopulismus. **F**



Oliver Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Edition Suhrkamp, 264 S., € 18,50

Der deutsche Soziologe Oliver Nachtwey versucht in diesem Buch, die große Gegenwartserzählung vorzulegen: Was macht unsere Gesellschaft heute aus? Es geht ihm vor allem um Deutschland, aber viele Beobachtungen sind auf Österreich – und andere europäische Länder – problemlos übertragbar. Viel ist derzeit von der Überheblichkeit der Eliten die Rede, die nicht verstehen wollen, warum der „White Trash“ rechte Populisten wählt. Nachtwey hält sich nicht mit Befindlichkeitsanalysen auf, sondern zerlegt klug und stringent die sozioökonomischen Zusammenhänge der „Abstiegsgesellschaft“: Postdemokratie, neue Unterschicht, prekäre Arbeitsverhältnisse, stagnierender Kapitalismus, Selbstausschöpfung und Neoliberalismus

Die Frage, wie denn der Prozess der Globalisierung, welcher seit nun fast vier Jahrzehnten heftig debattiert wird, zu beurteilen sei, wird oft auf den Aspekt materieller Verteilung reduziert: Wer gewinnt, wer verliert an Einkommen durch Freihandel und globale Märkte?

Ein Problem bei dieser Herangehensweise ist, dass es sich schon im Rahmen kleiner Nationalstaaten wie Österreich über die Auswirkung von Globalisierung trefflich streiten lässt. Dabei geht es nicht nur um die Schwierigkeit, korrekte Zahlen zu ermitteln und den Einflussfaktor „Globalisierung“ exakt zu bestimmen, sondern auch um die normative Grundfrage, welche Art der Verteilung denn eine gerechte wäre.

Ein gerade in der Ökonomie beliebtes Hilfsmittel ist es, den Details einer Definition von „Gerechtigkeit“ aus dem Weg zu gehen und sich auf die Entwicklungen in der „Mitte“ zu konzentrieren, da sich diese Position naturgemäß als Referenzpunkt für „nicht zu viel und nicht zu wenig“ anbietet. Dementsprechend versteht sich die Mehrheit der Bevölkerung selbst stets als Teil der gesellschaftlichen „Mittelklasse“, unabhängig von ihrer tatsächlichen Position in der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Auch im Diskurs über Globalisierung kommt so der Frage nach der Entwicklung einer „globalen Mittelklasse“ eine wichtige Rolle zu. Der Ökonom Homi Kharas (2017) spricht etwa davon, dass sich eine „globale Mittelklasse“ bildet, welche momentan etwa 3,5 Milliarden Menschen umfasst, und prophezeit ein Wachstum dieser Klasse um etwa 150 Millionen Menschen pro Jahr. Mit Konsumausgaben von etwa 35 Billionen Dollar pro Jahr ist diese Klasse einer der zentralen Wachstumsfaktoren der globalen Ökonomie.

Allerdings, wie so oft bei Fragen sozialer Ungleichheit, ist vieles eine Frage der Definition. Für Kharas umfasst diese Mittelklasse Haushalte, deren Einkommen von ca. 14.600 bis ca. 146.000 US-Dollar pro Jahr reicht, oder ein tägliches Einkommen, welches einer Kaufkraft zwischen zehn und 110 Dollar (jeweils in Kaufkraftparität) pro Tag und Person entspricht. Diese sehr breite Definition reicht also von jenen, die gerade absoluter Armut entkommen sind, bis zu den oberen Mittelklassen westlicher Länder, die materiell mehr als abgesichert sind.

Eine derart weit gefasste Gruppe ist jedoch sehr unterschiedlichen Dynamiken ausgesetzt. Als Beispiel kann etwa die Entwicklung der Arbeitseinkommen in den OECD-Staaten seit der Finanzkrise von 2007 dienen: In den drei Jahren von 2007 bis 2010 nahmen die Einkommen der untersten zehn Prozent um rund 16 Prozent ab, die mittleren Einkommen sowie jene der oberen zehn Prozent um rund fünf Prozent. Seit 2010 ist zwar wieder eine leichte Steigerung zu verzeichnen, doch auch diese verläuft äußerst ungleich: Während die untersten zehn Prozent nur rund zwei der verlorenen Prozentpunkte wiedergutmachen konnten, stiegen mittlere und obere Einkommen wesentlich stärker. In Summe sanken untere Einkommen in der OECD in der gesamten seither vergangenen Dekade um 14 Prozent, mittlere Einkommen um rund ein Prozent, jene der oberen zehn Prozent stiegen leicht

Jenseits der globalen Mitte – Dynamiken globaler Ungleichheit

an. Während für Kharas die Größe und das Wachstum der „globalen Mittelklasse“ für den Erfolg von Globalisierung stehen, zeigt sich in der Entwicklung der Arbeitseinkommen innerhalb der OECD, dass selbst die wohlhabendsten Teile dieser Gruppe – und dies schließt die unteren zehn Prozent der Einkommensbezieher in westlichen Ländern ein – äußerst unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben. Insbesondere westliche Mittel- und Unterschichten treibt seither eine Angst vor sozialem Abstieg, die oftmals als Erklärung für das Erstarken des Rechtspopulismus gesehen wird.

Noch deutlicher werden diese Unterschiede im globalen Vergleich und über einen längeren Zeithorizont. So zeichnet der Weltbank-Ökonom Branko Milanović ein differenzierteres Bild. In seinem im vergangenen Jahr erschienenen Buch „Global Inequality – A New Approach for the Age of Globalisation“ analysiert er die Einkommensentwicklung im globalen Maßstab.

Auch er spricht von einer „globalen Mittelklasse“, macht diese jedoch an der relativen Einkommensentwicklung in den vergangenen 30 Jahren fest. Seine Analyse zeigt, dass die relativen Zuwächse an



Die globale Mittelklasse hat ihre ökonomische Lage deutlich verbessert; das ist auf Indien und China zurückzuführen. In Afrika sieht es noch ganz anders aus, und die ärmeren Schichten im Westen stagnieren überhaupt

ANALYSE: LUKAS HOFSTÄTTER

Einkommen am stärksten für jene ausgefallen sind, die sich zwischen der 40-Prozent-Marke und der 70-Prozent-Marke in der globalen Einkommensverteilung befinden: Diese konnten ihre Einkommen in den letzten 30 Jahren zwischen 60 und 80 Prozent steigern. Die Entwicklung verlief jedoch anders für diejenigen, die in der globalen Einkommensverteilung zwischen dem 75. und 95. Prozentrang liegen. Diese Gruppe ist zwar verhältnismäßig wohlhabender, allerdings nahmen diese Einkommen nur geringfügig zu beziehungsweise stagnierten sie sogar. Am oberen Ende dieser Verteilung findet sich wiederum eine Gruppe von Gewinnern der Globalisierung: So stieg das Einkommen des „globalen obersten Prozents“ in den letzten drei

Dekaden um 65 Prozent und damit fast so stark wie jene der „globalen Mitte“.

In dieser Analyse fällt erstens die Form der Verteilung auf: Diese entspricht der Form des liegenden Buchstaben „S“ oder, bildlich ausgedrückt, einem Elefanten mit erhobenen Rüssel. Eine derartige „Elefanten-Kurve“ ist für Einkommensverteilungen äußerst ungewöhnlich: Betrachtet man vergleichbare Daten für einzelne Länder, steigt die Veränderung der Einkommensverteilung in der Regel kontinuierlich an. Eine derart diskontinuierliche Verteilung weist darauf hin, dass die zugrundeliegenden Einflussfaktoren nicht gleichmäßig auf die untersuchte Population wirken.

Betrachtet man nun die „Gewinner“ in der Mitte der globalen Einkommensverteilung genauer, so fällt auf, dass diese Gruppe vor allem die Mittelschichten in Ländern wie China, Indien, Thailand und Indonesien umfasst. Diese „emerging economies“ sind zum einen sehr bevölkerungsreich und weisen zum anderen ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum auf. Gleichzeitig sind es vor allem die Unterschichten und unteren Mittelschichten westlicher Länder, deren Einkommen in den letzten drei Dekaden de facto nicht gewachsen sind.

Während für Kharas beide Gruppen zur „globalen Mittelklasse“ gehören, zieht Milanović daraus die Schlussfolgerung, dass die Diagnose einer globalen Mittelklasse mit Vorsicht zu genießen ist, da sie zeigt, dass die Einkommenschancen in der globalen Ökonomie nach wie vor vom Herkunftsland bestimmt werden.

Dies wird auch noch einmal deutlich, wenn man sich anstatt der eindrucksvollen relativen Einkommenssteigerungen der „globalen Mittelklasse“ das absolute Niveau der Einkommensverteilung betrachtet. Trotz der großen Zuwächse ist das Pro-Kopf-Einkommen etwa der chinesischen Mittelschicht immer noch geringer als jenes der untersten zehn Prozent in den Vereinigten Staaten oder in Europa. Zudem ist die Ungleichheit im weltweiten Maßstab nach wie vor größer als diejenige innerhalb einzelner Länder: Im globalen Vergleich liegt das Jahres-Medianeinkommen (das Einkommen genau in der Mitte der Verteilung) bei rund 1400 US-Dollar pro Person (in Kaufkraftparitäten), das des globalen obersten Prozents bei rund 71.000 US-Dollar.

Die Entwicklung der „globalen Mittelklasse“ lässt sich also vor allem auf das Wirtschaftswachstum Chinas und Indiens und den damit verbundenen Aufstieg weiter Teile der jeweiligen Bevölkerung aus absoluter Armut zurückführen. Der große Anteil dieser Länder an der Weltbevölkerung verleiht diesem Prozess globale Bedeutung. Dabei bleibt oftmals unangesprochen, dass eine derartige Entwicklung etwa in Afrika nicht abzusehen ist und das Aufschließen der asiatischen Mittelschichten der Stagnation der Einkommensentwicklung der ärmeren Schichten in der westlichen Welt gegenübersteht.

Betrachtet man nun im Unterschied die zweite Gruppe an „Gewinnern“ der Globalisierung, jene an der Spitze der globalen Einkommensverteilung, so sind drei Aspekte zu beachten. Zum ersten ist dies die Datenlage. Die Zahlen zu Einkommen stammen vor allem aus Haushaltsbefragungen, in denen Spitzenverdiener meist unterrepräsentiert sind. Die tatsächlichen

Einkommen des obersten Prozents müssen daher geschätzt werden. Stützt man sich ausschließlich auf die Daten von Haushaltsbefragungen, so vereinigt das einkommensstärkste Prozent der globalen Bevölkerung rund 15 Prozent des weltweit verfügbaren Einkommens in sich. Der französische Ökonom Gabriel Zucman schätzt jedoch aufgrund von Steuerdaten, dass der wahre Wert eher bei rund 29 Prozent liegt.

Diese Gruppe umfasst weltweit rund 70 Millionen Menschen, wovon etwas weniger als die Hälfte in den USA leben, gefolgt von der EU sowie Ländern wie Kanada, Japan und Korea. In Deutschland gehören rund zwei Prozent der Bevölkerung zu dieser Gruppe, in Ländern wie Russland, Brasilien und Südafrika rund ein Prozent. Auch die Spitzenverdiener aus China und Indien gehören dazu, allerdings stellen diese dort einen noch geringeren Anteil an der Landesbevölkerung.

Der zweite Aspekt betrifft Eigentum: So besitzt das reichste Prozent der Weltbevölkerung rund 46 Prozent des weltweiten Vermögens. Dies ist ein zentraler Unterschied zur „globalen Mittelklasse“ und auch zu den Mittelschichten in der westlichen Welt: Deren Pro-Kopf-Vermögen ist im Vergleich zu jenem des reichsten Prozents vernachlässigbar. Im Vergleich zu Einkommen ist Besitz also wesentlich ungleicher verteilt. Dies gilt auch innerhalb der reichen westlichen Länder. So besitzt die ärmere Hälfte der Bevölkerung etwa in Österreich nach Daten der Arbeiterkammer nur rund zwei Prozent des Gesamtvermögens, in Deutschland nach Berechnungen des DIW nur rund eineinhalb Prozent.

Der dritte Gesichtspunkt, den es zu beachten gilt, ist, dass selbst innerhalb dieser kleinen Gruppe große Unterschiede existieren. Diese lassen sich durch repräsentative Statistiken jedoch kaum mehr erfassen. Anhand anderer Quellen, etwa der Liste an Milliardären, die vom amerikanischen Magazin *Forbes* herausgegeben wird, lässt sich jedoch eine kleine Gruppe von 1424 Personen identifizieren, deren geschätztes Vermögen eine Milliarde pro Kopf übersteigt. Insgesamt kontrollieren diese Superreichen rund 5,4 Billionen Dollar und damit etwas mehr als zwei Prozent des globalen Gesamtvermögens. Zur Einordnung dieser Größe: Dies entspricht mehr als dem Doppelten des Gesamtvermögens Afrikas. Im Verlauf der letzten 30 Jahre hat sich die Anzahl an Personen in dieser Gruppe ungefähr verdoppelt und deren Vermögen inflationsbereinigt verfünffacht.

Insgesamt hat die Konzentration an Einkommen und Vermögen global sowie unter den Reichsten also stark zugenommen. Während die relativen Zuwächse an der Spitze der globalen Einkommensverteilung jenen der globalen Mitte entsprechen, sind die absoluten Unterschiede nach wie vor enorm. Zudem verfügt die „globale Mittelklasse“ kaum über Vermögen, wodurch sich der Abstand zur globalen Spitze kaum überbrücken lässt. Milanović und andere identifizieren daher die globale Ökonomie als vom Prinzip „the winner takes it all“ gekennzeichnet.

In der Gesamtbetrachtung zeichnen diese Studien also ein äußerst widersprüchliches Bild der Entwicklung globaler Ungleichheit in den letzten 30 Jahren: Auf der einen Seite steht der Aufstieg weiter Tei-

le der Bevölkerung der großen asiatischen Länder aus absoluter Armut. Dies kann zumindest in Ansätzen als Entstehung einer „globalen Mittelklasse“ interpretiert werden, allerdings ist diese zum einen auf wenige, bevölkerungsreiche Länder begrenzt und zum anderen noch immer weit vom Einkommens- und Wohlstandsniveau der Mittelklassen der westlichen Welt entfernt. Auch hat sich an der Einkommenssituation gerade in den ärmsten Regionen der Welt relativ wenig verändert.

In den reichen Ländern des Westens hingegen sind die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten einer Dynamik aus Einkommensstagnation und damit einhergehendem wirtschaftlichem Abstieg ausgesetzt. Allerdings existiert dort größtenteils noch ein wohlfahrtsstaatliches Netz, welchem in Anbetracht der Einkommensverluste gerade der letzten zehn Jahre eine bedeutende Rolle in der sozialen Absicherung zukommt. Auf der anderen Seite stehen diese Entwicklungen eine zunehmende Einkommens- und Vermögenskonzentration gegenüber. Dies betrifft nicht nur das oberste Prozent in der globalen Verteilung, sondern vor allem eine kleine Gruppe von Superreichen, welche ihre Position in den letzten 30 Jahren wesentlich verbessern konnten.

Milanović warnt eindrücklich vor den politischen Konsequenzen dieser Polarisierung: So geht mit derart großem Reichtum in den Händen Weniger auch eine Konzentration politischer Macht einher, welche allein durch den unerreichbaren Abstand zwischen Arm und Reich die Demokratie von innen auszuhöhlen droht. So stärkt die Angst vor ökonomischem Abstieg antidemokratische Tendenzen in westlichen Ländern. Wenn Wohlstand unerreichbar scheint, sinkt die Motivation für politische Beteiligung. Verbunden mit den unvergleichlich besseren Möglichkeiten der Reichen ihre Interessen durchzusetzen, besteht die Gefahr nachhaltiger politischer Instabilität.

Milanović sieht zwei Möglichkeiten, Ungleichheit zu reduzieren. Erstens zeigt die Erfahrung Indiens und Chinas, dass Wirtschaftswachstum einen wichtigen Beitrag zur Verminderung absoluter Armut leisten kann. Aktuelle Entwicklungen deuten darauf hin, dass die asiatischen Ökonomien auch weiterwachsen werden. Hier steht die Welt allerdings vor großen ökologischen Problemen. So muss dieses Wachstum mit einer nachhaltigen Strategie der Schadstoffvermeidung und damit einhergehend veränderten Konsummustern kombiniert werden. Außerhalb Asiens sind zudem Wachstumsimpulse kaum absehbar.

Zweitens sieht er vor allem die westlichen Wohlfahrtsstaaten gefordert, für eine Verringerung der Ungleichheit zu sorgen: Einerseits sind es deren Mittelschichten, die von der Dynamik der Globalisierung aufgegeben werden und daher auf eine Stabilisierung ihrer Situation angewiesen sind. Andererseits sind es die westlichen Länder, aus denen sich die Superreichen primär rekrutieren. Eine stärkere Vermögensbesteuerung hätte hier, spiegelbildlich zum Wirtschaftswachstum bevölkerungsreicher Länder, einen großen globalen Effekt. Dafür wäre allerdings politischer Druck „von unten“ und eine starke politische Organisation der „Verlierer“ der Globalisierung notwendig. **F**

Foto links:
Das ist die Reaktion eines Mädchens in einem Supermarkt in Shanghai, als es den Preis einer von Vera Wang gestalteten limitierten Edition der Barbiepuppe sieht: 1499 Renminbi (€150,-)



1424 Personen kontrollieren ein Vermögen von 5,4 Billionen Dollar, das entspricht dem Doppelten des Gesamtvermögens von Afrika

It's social inequality, stupid!

Lebensrealitäten von Migrantinnen und Migranten werden nicht hinreichend erkannt, wenn man nur auf das Einkommen achtet. Worauf es ankommt, ist Chancengerechtigkeit. Da sieht es übel aus

ANALYSE: MEVLÜT KÜCÜKYASAR
UND SANDRA STERN

Begriffe wie „Mittelstand“ und „Mittelschicht“ haben Hochkonjunktur. Wer mit diesem „Sehnsuchtsprojekt“, wie es Julia Hofmann treffend nennt, gemeint ist, bleibt meist vage. Die meisten Migrantinnen und Migranten in Österreich sind es jedenfalls nicht.

Soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu und ist mehr denn je eines der wesentlichen Probleme der Gegenwart. Innerhalb von Staaten vergrößert sich die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr. Die daraus resultierende Armut und die Hoffnungslosigkeit bilden den Anstoß für internationale Migrationsbewegungen. Migration und soziale Ungleichheit sind auch in Österreich eng miteinander verwoben. In der wissenschaftlichen und politischen Debatte bleibt dieser Zusammenhang jedoch oft unbeachtet. Und das, obwohl Migration, eines der am heißest diskutiertesten politischen Themen unserer Zeit, eine Folge von sozialer Ungleichheit ist. Grenz- und Migrationsregime verstärken und setzen soziale Ungleichheit auf nationalstaatlicher Ebene fort. In jenen Zuwanderungsländern, wo der Geburtsort und der soziale Hintergrund der Familie eine entscheidende Grundlage für die Höhe des zukünftigen Einkommens der Kinder bilden, entsteht eine Spirale ohne Ende. Aus diesem Anlass werden im vorliegenden Artikel einige Aspekte der sozialen Ungleichheit von Migrantinnen und Migranten dargestellt und mit jenen der Mehrheitsbevölkerung verglichen.

Dramatisches Einkommensgefälle

Betrachtet man die Einkommenssituation von Erwerbstätigen in Österreich, so sind bereits auf den ersten Blick deutliche Unterschiede erkennbar. Das Netto-Medianeinkommen von Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft lag laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria im Jahr 2015 bei 2195 Euro monatlich. Das bedeutet, 50 Prozent aller Erwerbstätigen mit österreichischem Pass hatten ein darüber liegendes Einkommen, das Einkommen der anderen 50 Prozent lag darunter. Das Medianeinkommen von Vollzeit-Erwerbstätigen mit einem bulgarischen oder rumänischen Pass hingegen lag deutlich darunter (1534 Euro). Mit knappen 1700 Euro fiel das Medianeinkommen von Erwerbstätigen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien (außer Slowenien und Kroatien) etwas höher aus. Betrachtet man sonstige Staaten, ergibt sich, trotz großer Streuung bei den Fallzahlen, ein ähnliches Bild (1655 Euro). Nicht nur der Pass

macht einen Unterschied beim Einkommen, sondern auch der eigene Geburtsort sowie jener der Eltern (der sogenannte „Migrationshintergrund“). Es zeigen sich beträchtliche Einkommensunterschiede zwischen Erwerbstätigen, die selbst oder deren Eltern in Österreich geboren wurden (1956 Euro), und jenen, die selbst oder deren Eltern an einem anderen Ort zur Welt gekommen sind (1607 Euro). Und wenig überraschend, gleich welche Staatsangehörigkeit, gleich welcher Geburtsort, egal ob Vollzeit oder Teilzeit, Frauen verdienen immer erheblich weniger als Männer.

Zieht man die Definition der EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) heran, umfasst die „Mittelschicht“ alle Einkommen zwischen 60 und 180 Prozent des Medianeinkommens. Obwohl aus Bulgarien oder Rumänien Zugewanderte im Schnitt monatlich über 650 Euro weniger Einkommen als österreichische Staatsangehörige verfügen, würde man sie in dieser Definition zur „Mittelschicht“ zählen. Fokussiert man auf das Einkommen, wird die gesellschaftliche Benachteiligung mancher Gruppen verschleiert. Ein positiv aufgeladenes Bild der Mittelschicht wird präsentiert. Der eigentliche Fokus sollte aber vielmehr auf die Chancengerechtigkeit gerichtet werden.

Selektives Bildungssystem

„Mittelschicht“ sollte vielschichtig und multidimensional verstanden und nicht nur über das Einkommen beschrieben werden. So spielt etwa das private Vermögen, wie es Julia Hofmann ausführt, eine besonders wichtige Rolle, um den eigenen sozialen Status abzusichern. Und auch Bildung ist ein äußerst wichtiger Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Mit dem Bildungsabschluss steigt das Einkommen, und die Gefahr, arbeitslos zu werden, verringert sich.

Vergleicht man Bildungsabschlüsse von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sieht man laut dem Nationalen Bildungsbericht für Österreich auch hier eine deutliche Schieflage. Kinder mit Migrationshintergrund gehen im Schnitt später in den Kindergarten, besuchen seltener maturaführende Schulen und sind häufiger in polytechnischen Lehrgängen sowie in der Neuen Mittelschule vertreten. Kinder ohne Migrationshintergrund finden sich überdurchschnittlich häufig in Lehr- und Fachschulausbildungen wieder. Knapp zehn Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne jeglichen Abschluss. Bei anderen sind dies etwa zwei Prozent.

Auch im Zeitverlauf sind kaum Änderungen in der Bildungsstruktur zu erkennen. So ist der Anstieg des Bildungsniveaus bei der migrantischen Bevölkerung eher auf die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus anderen EU-Staaten zurückzuführen. Insgesamt ist das Bildungsniveau zwar gestiegen, für Bildungsunterschiede ist der

sozioökonomische Hintergrund der Familie immer noch der wichtigste Erklärungsfaktor. Grund dafür ist das in höchstem Maße selektive Bildungssystem in Österreich. Bildung kommt hierzulande Erbgut gleich. Bildungswege von Kindern sind durch das Bildungsniveau der Eltern vorgezeichnet.

Segmentierter Arbeitsmarkt

Im Hinblick auf die Chancen am Arbeitsmarkt ist eine ähnliche Schieflage zu beobachten. Wie Trends der letzten Jahrzehnte vor Augen führen, stehen Menschen mit Migrationshintergrund in geringerem Ausmaß im Erwerbsleben und sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Laut dem „Statistischen Jahrbuch“ der Statistik Austria und der ÖAW lag 2016 die Arbeitslosenquote insgesamt bei 9,1 Prozent, wobei die Arbeitslosigkeit der ausländischen mit 13,5 Prozent deutlich höher als jene der österreichischen Staatsangehörigen (8 Prozent) ausfiel. Türkische Staatsangehörige sowie Drittstaatsangehörige waren mehr als doppelt so häufig arbeitslos (19,9 Prozent bzw. 27 Prozent) als österreichische. Besser ausgebildete Arbeitskräfte haben es leichter, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, wohingegen Menschen mit fehlenden formalen Qualifikationen immer seltener eine Beschäftigung finden. Migrantinnen und Migranten sind von dieser Entwicklung am stärksten betroffen, zumal sie häufiger maximal einen Pflichtschulabschluss haben. Doch auch Migrantinnen und Migranten mit hohen Bildungsabschlüssen sind mit Problemen am Arbeitsmarkt konfrontiert. Knapp ein Viertel aller Beschäftigten mit Migrationshintergrund fühlte sich im Jahr 2014 überqualifiziert. Bei Personen ohne Migrationshintergrund war das knapp ein Zehntel.

Fehlende Netzwerke, die fehlende Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sowie das in vielen Köpfen verankerte Bild des serbischen Gastarbeiters am Fließband oder der türkischen Putzfrau führen dazu, dass qualifizierte Migrantinnen und Migranten unterqualifiziert eingesetzt werden. Eine Studie des Sozialministeriums untersucht 2013 die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten auf dem österreichischen Arbeitsmarkt in Bezug auf Entlohnungsunterschiede und Jobchancen und fand bei beidem Hinweise für Diskriminierung.

Diskriminierung per Gesetz

Die Segmentierung des Arbeitsmarkts hängt nicht zuletzt mit gesellschaftlichen Ausschlussmechanismen zusammen. So werden Migrantinnen und Migranten per Gesetz diskriminiert. Das heißt, nicht nur Menschen mit einem ausländisch klingenden Namen sehen sich durch Personalbüros diskriminiert. Das Recht, in Österreich zu arbeiten, hängt vom jeweiligen Aufenthaltstitel ab. Aktuell gibt es 28 verschiedene Aufenthaltserlaubnisse, von denen

2195

Euro betrug das mittlere Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit österreichischem Pass 2015

1534

Euro betrug das mittlere Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit rumänischem Pass im gleichen Zeitraum

1700

Euro betrug das mittlere Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Erwerbstätigen aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien

Quelle: Statistik Austria



Fehlende Netzwerke, die fehlende Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sowie das in vielen Köpfen verankerte Bild des serbischen Gastarbeiters am Fließband oder der türkischen Putzfrau führen dazu, dass qualifizierte Migrantinnen und Migranten unterqualifiziert eingesetzt werden

gleichheiten im politischen Interesse liegt, sind Zäune und Kriegsschiffe im Mittelmeer fehl am Platz. Ebenso ist das vorgeschobene Bild einer „gesellschaftlichen Mitte“ kontraproduktiv. Es deckt soziale Ungleichheit in der Gesellschaft, auf nationalstaatlicher sowie auf globaler Ebene, eher zu. Eine Politik im Sinne einer inklusiven Gesellschaft, also einer Gesellschaft, in der alle Menschen dieselben Zugangs- und Teilhabechancen haben, muss nach Fluchtursachen und gesellschaftlichen Ausschlussmechanismen fragen und erfordert einen scharfen Blick auf ökonomische und soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft: Wer profitiert von Niedriglohnarbeit rund um den Globus?

Das sind zum einen nach Profit strebende Unternehmen, das sind zum anderen aber auch breite Teile der Bevölkerung. Ohne die Arbeit von (migrantischen) Frauen in Gesundheits- und Sozialberufen wäre der Sozialstaat nicht aufrechtzuerhalten. Mittlerweile ist auch mehrfach erwiesen, dass Migrantinnen und Migranten mehr ins Sozialsystem einzahlen, als sie herausbekommen. Ohne sie, die ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, wäre das Konsumverhalten der sogenannten „Mittelschicht“ nicht länger möglich.

Chancengerechtigkeit für alle

Ein wichtiger Schritt, um sozialer Ungleichheit zu entgegnen, ist die Beseitigung von Diskriminierung beim Zugang sozial benachteiligter Gruppen zu Bildung und zum Arbeitsmarkt. Und das ist im Sinne aller. Denn die jetzige Situation führt unweigerlich zu Lohn- und Sozialdumping. Gewerkschaften müssen sich daher nicht zuletzt im Sinne ihrer eigenen Mitglieder dafür einsetzen, dass alle Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Dafür müssen sie sich gegenüber migrantischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern öffnen. Wie es zuletzt Roman Hebenstreit, Vorsitzender der Gewerkschaft *vida*, in einem Interview gegenüber der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* auf den Punkt brachte: „Wir bilden die Gesellschaft nicht mehr ab. Wenn wir so weitermachen, reduziert sich die Gewerkschaftsbewegung auf ein immer stärker schrumpfendes Segment.“

Mit dem Konzept der „Mitte“ sollen möglichst viele Menschen angesprochen werden. Gesellschaftsverändernd wirkt dieses Konzept jedoch nicht. Denn eine Politik, die mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen will, muss sich mit den Lebensrealitäten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und mit sozialer Ungleichheit, die sie teilweise selbst mitproduziert, auseinandersetzen. Gesellschaftliche Teilhabe hat mit gleichen Rechten zu tun. Das Wahlrecht von Migrantinnen und Migranten auf Betriebsebene wurde bereits erstritten. Davon sollte man lernen. Das Wahlrecht auf kommunaler und nationalstaatlicher Ebene ist der logische nächste Schritt. **F**

Knapp zehn Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne jeglichen Abschluss. Bei anderen sind dies etwa zwei Prozent

ein Großteil den Arbeitsmarktzugang beschränkt oder gänzlich verwehrt. Auch in der EU gelten sogenannte „Übergangsfristen“ für den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt – aktuell für Menschen aus Kroatien. Restriktive Migrations- und Beschäftigungsgesetze erhöhen nicht nur die Ausbeutbarkeit und Erpressbarkeit erheblich, sie haben auch häufig undokumentierte Arbeit und Scheinselbstständigkeit zur Folge. Ein beschränkter Arbeitsmarktzugang führt letztlich wiederum zu Dequalifizierung und einem höheren Risiko von späterer Arbeitslosigkeit. Der häufig beschränkte oder fehlende Arbeitsmarktzugang zementiert daher die ohnehin schon nachteilige Ausgangslage vieler Migrantinnen und Migranten ein und weist sie bestimmten Arbeitsmarktsegmenten zu.

Auch auf europäischer Ebene wurde verabsäumt, Lohnniveaus bzw. Mindesteinkommen anzugleichen. Stattdessen wird die Flexibilisierung von Arbeit vorangetrieben und das Ausnutzen von unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen europäischen Ländern als Wettbewerbsfaktor akzeptiert. Damit wird nicht nur die europäische Integration, sondern auch die Bildung eines sozialen Europa erschwert. Wenn die Verringerung von sozialen Un-



Wer ist die Mitte?



In Österreich gehören mindestens zwei Millionen Menschen zur Mitte. Ihr **zugehörig fühlen sich fast alle. Hier lernen Sie sechs von ihnen kennen**

PORTRÄTS:
ANNA GOLDENBERG

FOTOS:
CHRISTOPHER MAVRIČ

Unsere sechs Porträtierten verbindet nicht viel. Der Auftrag an die Autorin lautete, Menschen zu finden, die sich der Mitte zugehörig fühlen. Da dies sehr viele Menschen tun, konnte die Auswahl nur zufällig vorgenommen werden. Es wurden eine arbeitslose moldawische Innenarchitektin, ein bekannter Wiener Winzer, eine autoaffine Pensionistin, ein technikbegeisterter Veranstaltungstechniker, eine auf Social Media spezialisierte Kommunikationsexpertin und ein als Einmannunternehmen arbeitender Möbelbauer. So vielfältig die Auswahl, so spannend das Ergebnis. Optimismus auch in engen ökonomischen Verhältnissen ist allen Befragten gemeinsam. Und alle reflektieren ihren gesellschaftlichen Status durchaus. Sie wissen, wo sie stehen. Oder sie glauben es zu wissen, denn die meisten Menschen stufen sich in Bezug auf die Mitte nicht richtig ein (siehe Gespräch auf Seite 13).



Julia Tucinskaia, 32, arbeitslos



Julia Tucinskaia besucht eine zehnwöchige Schulung beim Akademikerzentrum des AMS Wien

Die Reihen der Schreibtische sind leer, nur der Geruch, Parfüm und Schweiß, verrät, dass der Unterricht gerade erst zu Ende gegangen ist. Durch das Fenster sind die Hochhäuser in Kaisermühlen zu sehen. Julia Tucinskaia setzt sich in einen dunkelblauen Drehsessel. Seit einer Woche ist sie jeden Tag hier im Akademikerzentrum des Arbeitsmarktservice Wien, erzählt sie, und lernt Vertriebsmanagement. In Moldawien studierte die heute 32-jährige Innenarchitektur und arbeitete anschließend bei einer kleinen Innenausstattungsfirma.

Vor fünf Jahren kam sie nach Österreich, um an der englischsprachigen Lauder Business School einen Master in International Management zu machen. Danach arbeitete sie bei einer russisch-österreichischen Anlagefirma im Marketing. Vor einem Jahr kündigte sie. Sie wollte endlich richtig Deutsch lernen. Während sie Deutschkurse besuchte, sah sich Tucinskaia weiterhin nach Jobs um. Ständig musste sie die Deadlines, die sie sich selbst setzte, nach hinten verschieben. Bis Dezember wollte sie etwas haben. Bis Februar. Bis August. Bis November.

„Alles ist in Ordnung“, sagt Tucinskaia. Frustrierende Stellensuche hin oder her, sie habe trotzdem, was sie brauche. Deshalb sieht sie sich als Angehörige des Mittelstands – und das zieht sich durch ihr bisheriges Leben. Tucinskaia wuchs im sowjetischen Chişinău auf, ihre erste Sprache ist Russisch, der Vater arbeitete als Ingenieur, die Mutter als Lehrerin. Sie hatten so viel wie die meisten anderen auch. Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden die Zeiten schwer. „Ich habe gelernt, was Nein ist“, sagt Tucinskaia und erinnert sich an eine Barbie, die sie sich wünschte, aber nicht bekam. Trotzdem empfand sie sich nicht als arm, denn ihren Freundinnen ging es ähnlich. Niemand besaß eine Barbiepuppe.

Im Gegenteil, eigentlich ging es ihr immer verhältnismäßig gut: Während viele Eltern in anderen Ländern Arbeit suchten und die Kinder allein zurückließen, gab es bei Tucinskaia stets jemanden, der bei ihr blieb. Und nur wenige ihrer Kindheitsfreunde studierten wie sie im Ausland. Um sich Studiengebühren, 363 Euro pro Semester, und Unterkunft leisten zu können, musste Tucinskaia neben dem Studium arbeiten. Tucinskaias Eltern, die mittlerweile getrennt leben, besitzen je eine Eigentumswohnung, ein Sommerhaus, ein Auto. Tucinskaia hat das alles nicht. „In unserer Kultur haben alle eine Eigentumswohnung“, sagt sie. „Es ist logisch für mich.“ Sobald sie wieder ein sicheres Einkommen hat, will sie gemeinsam mit ihrem Partner, einem Programmierer, eine Wohnung kaufen. Sie werden dafür einen Kredit aufnehmen müssen.

Jemand klopft an die Glastür des Schulungszimmers. Es werde jetzt zugesperrt. In der Lobby erzählt Tucinskaia weiter, was sie begeistert, der russische Verein, für den sie Marketing macht, die russisch-jüdische internationale Konferenz Limmud, die sie nächstes Jahr erstmals nach Wien bringen will, die Digitalagentur, bei deren Aufbau sie ihrem Freund hilft. Materiell mag sie weniger haben als ihre Eltern, doch Chancen, ist sie sich sicher, hat sie viele. **F**



Seinen Weinkeller in Stammersdorf hat Fritz Wieninger vor kurzem aufwendig renoviert

Fritz Wieninger, 51, Unternehmer

der kümmert sich um den Heurigen in Stammersdorf, seine Frau macht die Finanzen.

Da der Großteil seines Anbaus biodynamisch ist, ist verhältnismäßig viel Handarbeit nötig. In der Hochsaison mietet Wieninger deshalb Leiharbeiter aus Ungarn, Rumänien und Polen an. 40 Menschen hackeln dann auf dem Weingut, 25 sind es im Winter. Wieninger selbst verbringt seine Tage damit, zwischen den Gütern hin- und herzufahren, zu schauen, ob alles läuft, vorzuarbeiten und die Arbeit einzuteilen. Sein Handy läutet häufig. Dann sagt er Sätze wie: „First we do Gemischter Satz completely.“ Oft ist Wieninger international unterwegs, um seine Weine anzupreisen.

Seit wenigen Jahren hat das Stammersdorfer Weingut einen Verkostungsraum, der Weinkeller zudem eine Besucherplattform mit Schildern, die die Vorgänge erklären. Für den aufwendigen Umbau nahm Wieninger Kredite auf; auch die neue Füllanlage, die er sich vor kurzem anschaffte, ist per Kredit finanziert. Ein Ehepaar mit einem Kind spaziert hinein und fragt auf Englisch nach einer Tour. Eine Mitarbeiterin führt sie herum. „Ich bin vielleicht kein KV-Angestellter“, sagt Wieninger, „aber auch nicht ein Großverdiener.“ Er sieht sich als Teil der Mittelschicht, weil er Investitionen im Voraus planen müsse. Die kleinen Dinge des Lebens, die seien außen vor, aber: „Ich könnte mir nicht einfach so ein Auto kaufen.“

Fragt man Wieninger, ob er sich vom Staat gerecht behandelt fühlt, beklagt er die kalte Progression, die hohen Lohnnebenkosten, das Verschleichen von Steuern ins Ausland. „Ich kann mein Weingut nicht nach Bratislava verlegen“, sagt er. „Wir sind die Deppen, die hier noch Steuern zahlen.“ Irgendwelche Steuern müssen schon sein, fügt er hinzu, aber er fühle sich gebremst. Für einen weiteren Weingarten hat es aber zuletzt doch noch erreicht.

Neben den meterhohen Metallfässern wirkt das kleine Fass aus dunklem Holz fehl am Platz. Man muss genauer hinsehen, um die Schnitzerei darauf zu erkennen, eine Gruppe von Menschen, die um einen Tisch sitzt und trinkt. Die Inschrift gratuliert Fritz Wieninger zur Matura. Wieninger, heute 51, tätschelt das Holz. Das habe er damals von den Eltern bekommen, sagt er. Jetzt reift darin Rotwein. Auch seine Mutter habe so ein Fass, das ihr zur Matura geschenkt wurde.

Wieninger wuchs im Heurigenbetrieb seiner Eltern auf, ein paar Häuser vom Weingut auf der Stammersdorfer Straße. Der Heurige ist schon seit dem 19. Jahrhundert im Familienbesitz. Weil das von ihm erwartet wurde, besuchte er die HBLA für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg und überlegte kurz, ob er studieren sollte. Den Heurigenbetrieb übernehmen wollte er nicht. Stattdessen verbrachte er ein halbes Jahr im kalifornischen Napa Valley und half bei der Weinernte mit. Als er wieder zurückkehrte, wuss-

te er, dass er auch ein Weingut betreiben wollte. Er bebaute den 30 Hektar großen, elterlichen Weingarten und hatte 1987 seine erste Ernte.

30 Jahre später verwaltet er mehr als die doppelte Fläche und produziert 400.000 Flaschen Wein pro Jahr, die in 42 Länder exportiert werden. Im Jahr 2014 übernahm er das Grinzinger Weingut Hajszan Neumann, zu dem auch das Wirtshaus Amador's gehört. Den Buschenschank Wieninger am Döblinger Nussberg betreiben die Eltern in der Pension, sein Bru-

Elisabeth Brandau, 60, Pensionistin



Für Elisabeth Brandau symbolisierte das eigene Auto immer die Freiheit

Das Auto ist der Inbegriff der Freiheit“, sagt Elisabeth Brandau. Vielleicht, mutmaßt sie, sei das aber nur für sie so, weil sie in den 1970er-Jahren, der Zeit des wachsenden Wohlstands und Fortschritts, erwachsen wurde oder weil sie Fortbewegung und Verkehr immer schon faszinierten. Im siebenten Wiener Gemeindebezirk aufgewachsen, studierte Brandau nach ihrer Matura Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt auf Transportwesen. Sie arbeitete bei einer Spedition, beim Autofahrerclub ARBÖ und die letzten 17 Jahre bis zu ihrer Pensionierung im Juni in der Abteilung Verkehrswirtschaft des ÖAMTC, wo sie die Interessen der Mitglieder vertrat.

Bis jetzt fühle sich die Pension wie ein verlängerter Sommerurlaub an, sagt Brandau. „Ich warte auf den Tag, an dem der Wecker klingelt.“ Doch langweilig werde ihr nicht, glaubt sie. Am Wochenende fährt sie zu ihrem Partner ins Burgenland. Und wenn die Enkelkinder zu Besuch sind, bringen sie die sorgfältig eingerichtete Gemeindeförderung im 15. Bezirk schon einmal ordentlich durcheinander. Früher dachte sie, mit Glück würde sie vielleicht einmal ein Enkelkind haben. Jetzt sind es innerhalb von sieben Jahren vier geworden, ein fünftes ist unterwegs. Ihnen einmal etwas Geld übrig zu lassen wäre fein, sagt sie, ob sich das ausgehen wird, ist eine andere Frage. Jetzt hat sie zwar einen kleinen finanziellen Polster, zwei Kurzurlaube hat sie sich etwa in den letzten Monaten schon geleistet, zuletzt nach Italien. Große Sprünge, wie sie es nennt, sind aber nicht drinnen. Und was, wenn sie einmal selbst Hilfe braucht? „Für eine 24-Stunden-Pflege wär es nie genug“, sagt sie. „Ich denk nicht darüber nach, was kommen könnte, und versuche es zu verdrängen.“

So entspannt wie jetzt war es nicht immer. Ihre zwei Kinder zog sie über weite Strecken allein („Alleinerziehend? Sagen wir, alleinverdienend“) groß, während sie in Spitzenzeiten, etwa, wenn der Benzinpreis stieg, 50 bis 60 Stunden pro Woche arbeitete. Weil die öffentlichen Schulen keine Ganztagesbetreuung anboten, steckte Brandau den Sohn und die Tochter in eine Privatschule. Ferien, Schulsachen, Gewand, das Geld war oft knapp.

Als Angehörige der Mitte sah sie sich trotzdem immer. „Mein Vater hat es in den Mittelstand geschafft und da waren wir dann als Familie.“ Er hatte als Lehrling bei Siemens begonnen und es zum Abteilungsleiter geschafft. Sie gehörten nicht zu den Reichen, die nie über Geld redeten, oder zu den ganz Armen, die nichts besaßen. Außerdem hatten sie ihre Werte: Die Freiheit, selbst zu entscheiden, was sie aus ihrem Leben machen wollte, war ein wichtiger Teil des Weltbilds, das die Eltern ihr vermittelten. Dazu gehört die Toleranz gegenüber anderen: „Jeder kann leben, wie es ihm gefällt. Ich möchte nicht, dass mir jemand sagt, wie ich leben soll.“

Ganz leicht fällt das Brandau aber nicht. Ihr Sohn weigerte sich etwa lange, den Führerschein zu machen und ein Auto zu kaufen, obwohl er mit drei Kindern am Stadtrand von Wien lebt. Sie hingegen hat immer ein Auto besessen, es symbolisierte für sie die Freiheit, jederzeit wegfahren zu können. Doch sie ließ dem Sohn seine Freiheit, es anders zu sehen. F



Lukas Drabina gefällt seine abwechslungsreiche Arbeit als Ton- und Veranstaltungstechniker

Lukas Drabina hat die Technikerkrankheit. Geht er abends mit Freunden in eine Bar oder einen Club, kann er ihnen zunächst einmal nicht zuhören. Seine Aufmerksamkeit ist nämlich auf die Decke gerichtet. Wo sind die Lautsprecher? Welches Modell hängt dort? Ist es ein außergewöhnliches, kommt es schon einmal vor, dass er ungefragt einen Vortrag darüber hält. Seine Freunde nehmen es gelassen, sagt er. Sie kennen seine Leidenschaft.

Dabei hatte sich Drabina auf der HTL Mödling auf Mechatronik spezialisiert. Wie seine Mutter, die als Laborantin arbeitet, sollte er einmal im Prothesenbau tätig sein. Doch die Musik faszinierte ihn schon immer mehr. Er wollte wissen, wie diese produziert wird, und absolvierte daher eine Tontechnikerausbildung am Wiener SAE Institut. Bei Punkrockbands fing er an, arbeitete für „keine Gage, gratis Alkohol und Unterkunft“. Dieses „Rock'n'-Roll-Leben“ habe ihm großen Spaß

gemacht, erzählt er. Als das Lokal The Loft am Lerchenfeldergürtel 2009 eröffnete, wurde er deren Haustechniker. „Es war meine Spielwiese“, sagt Drabina. Seine Wochenenden verbrachte er dort. Unter der Woche arbeitete er als Verkäufer beim Musikhaus Klangfarbe.

„Das war irgendwann zu viel“, sagt Drabina und zündet sich mit einem Bunsenbrenner eine Zigarette an. Er sitzt auf einem Klappstuhl vor der Lagerhalle der Eventtechnikfirma ALC

Lukas Drabina, 33, Veranstaltungstechniker

Eventsolutions im 21. Bezirk. Auf dem Parkplatz stehen zwei Lieferwagen, deren Seitenwände mit dem Logo der Firma bedruckt sind. Bei ALC hat Drabina angefangen mitzuarbeiten, als er noch die anderen beiden Jobs hatte. Bis vor kurzem war er dort als freier Dienstnehmer tätig, ist nun angestellt und leitet Projekte. Er mag die Abwechslung: ständig neue Menschen, andere Orte, variierende Arbeitszeiten. Von privaten Feiern bis zur Ausstattung von Festivals übernimmt die Firma Events aller Größenordnungen in ganz Österreich.

„Ich stehe früh auf, trink Kaffee, geh arbeiten, komm nach Hause, trink ein Bier und geh schlafen.“ Sein Leben, sagt Drabina, sei dem seiner Eltern ähnlich, eine hart arbeitende Familie eben. Die Eltern sind in Polen aufgewachsen, Drabina kam in Wien zur Welt und wurde zweisprachig erzogen. Fragt man Drabina, warum er sich zur Mittelschicht zählt, vergleicht sein Umfeld mit einer Pyramide: über ihm die Kunden, die mehr Geld haben als er, unter ihm die Stagehands, die Hilfskräfte oder „durchführenden Organe“, wie er sie nennt, die weniger verdienen. Er ist in der Mitte und mit seiner Situation durchaus zufrieden. „Noch mehr Verantwortung muss ich nicht haben“, meint er. Mietwohnung im 15. Bezirk, Auto, Urlaub, das geht sich alles aus. „Ich dreh nicht jeden Euro um“, sagt er. Nur für größere Anschaffungen, etwa einen Computer, müsse er sparen.

Der relative finanzielle Komfort kommt zu dem Preis, dass er jede Arbeit in seinem Bereich annehmen muss. Deshalb war es mit dem Urlaub dieses Jahr auch so eine Sache: Eigentlich wollte er Anfang September nach Griechenland fliegen, hatte schon alles gebucht, doch dann kam ein Projektauftrag. Also blieb er da. Und arbeitete.

Sigrid Dworak,

39,

Kommunikationsexpertin



Sigrid Dworak gründete das Onlinemagazin *wien:null* über kostenlose Veranstaltungen in Wien

Sigrid Dworak zieht ein beschriebenes Blatt Papier aus der Tasche. Sie hat darüber nachgedacht, was die Mitte der Gesellschaft für sie bedeutet. „Es gibt keine allgemeingültige Definition“, fängt Dworak an. Die Mitte sei durchlässig und verändere sich permanent. „Ökonomisch bedeutet es, du bist nicht arm und nicht reich. Wenn meine Waschmaschine kaputt ist, kann ich mir eine neue Waschmaschine leisten.“ Sie macht eine kurze Pause. Chancen, Entscheidungsfreiräume und Entwicklungsmöglichkeiten gehören auch dazu, sagt sie dann.

Das alles, erklärt die 39-Jährige, treffe auf sie zu. Viel davon hat sie ihren Eltern zu verdanken, die ihr ermöglichen zu studieren, aber gleichzeitig keinen Druck ausübten, sondern ihr überließen, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Dworak wuchs in einem kleinen Ort nahe dem oberösterreichischen Enns auf und kam mit 19 Jahren nach Wien, wo sie Theater-, Film- und Medienwissenschaften sowie Publizistik studierte. Ihr war klar, dass sie es mit diesem Abschluss ohne zusätzliche Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt schwer haben würde. Das sei ein Grund gewesen, warum sie stets während des Studiums arbeitete, etwa bei Theaterprojekten oder einem Streetfashion-Magazin.

Ihre erste Vollzeitstelle nach dem Studium kam rasch, als Fotoredakteurin bei *News*. Anschließend arbeitete sie bei einem Projekt, das niederösterreichische Jugendliche zum Lesen bewegen sollte, in der Redaktion von *W24*, im Kundenservice von Wiener Wohnung und, aktuell, in Kommunikation und Social Media bei einem Medienunternehmen. „Natürlich hätte ich den Wunsch, mich einmal in einem Unternehmen entwickeln zu können“, sagt sie. Andererseits ist sie durchaus dankbar, dass sie Erfahrungen und Expertise in unterschiedlichen Bereichen erworben hat. „Ich glaube, ich habe weniger Angst vor einem Jobwechsel als andere.“

Zurück zu Dworaks Definition der Mitte: „Ganz wichtig ist auch noch die aktive Teilhabe an der Gesellschaft.“ Sie verbringt einen guten Teil ihrer Freizeit damit, dies auch anderen zu ermöglichen. Vor sechs Jahren begann sie, auf einer Facebook-Seite Veranstaltungen in Wien zu sammeln, die nichts oder sehr wenig („bis zum Preis einer Melange“) kosteten. Daraus wurde das Onlinemagazin *wien:null*. Zwei Jahre lief eine gleichnamige Fernsehshow auf *W24*, die Dworak mitproduzierte; auch in der *Bezirkszeitung* lief drei Jahre lang eine Kolumne.

Seit 2016 hat ein weiteres ihrer Projekte endlich eine professionelle Homepage: „Die Fräuleins vom Amt“, eine Jobbörse für den Kunst-, Kultur- und Medienbereich. Es begann als E-Mail-Newsletter, den Dworak an Freunde versandte, und wurde zu einer Facebook-Seite mit über 11.000 Followern. Veröffentlicht werden nur Angebote mit einem fairen Gehalt. Eine Bekannte hat diese Aufgabe mittlerweile übernommen, Dworak bleibt also noch Zeit, als Mentorin an der Universität Wien Studierende zu unterstützen.

Warum macht sie das eigentlich alles? „Bildung ist der Schlüssel“, sagt sie. Es sei ihr nun mal wichtig, Wissen weiterzugeben, fügt sie hinzu, der sorgfältig beschriebene Notizzettel neben sich. Und ein großer Spaß sei es außerdem. **F**



In seiner Floridsdorfer Werkstatt fertigt Wolfgang Ure Möbel und Kunst an

Wolfgang Ure bewegt sich durch die Halle und erklärt geduldig die Funktion jedes Geräts. Die Maschinen sind riesig. Damit schneidet er die Metallplatten, hier fügt er Kanten hinzu, dort macht er gleichmäßige Rundungen. Es ist laut in der ehemaligen Fabrikshalle in dem Floridsdorfer Gewerbepark, denn Ure teilt sich die Werkstatt mit Restauratoren, die gerade lautstark nackte Engelfiguren reparieren. Außerdem läuft das Radio.

Seit elf Jahren fertigt Ure hier Möbel und Kunst an. „Schwere Ausstattung“ heißt sein Einmannunternehmen, und auf der Tür zu seinem Büro hängt ein Plakat mit Fotos einiger seiner Designs. Die Bar im Gürtellokal Rhiz etwa, die Regale im Kaufhaus Schiepek, dem Schmuckgeschäft in der Innenstadt, oder der Gartenzaun des Café Berg im neunten Bezirk. Alle Bestandteile aus Metall stellt Ure selbst her. Für die übrigen Mate-

rialien verlässt er sich auf ein „Netzwerk von befreundeten Betrieben“, wie er es nennt. Teils entwirft Ure die Stücke selbst, teils entstehen sie gemeinsam mit dem Kunden. Für zahlreiche Künstler, wie den Multimediakünstler Peter Kogler oder den Bühnenbildner Bernhard Hammer führt er Auftragsarbeiten durch.

Was ihn auszeichnet, ist, dass er nicht nur ein Top-Spezialist auf seinem Gebiet ist, sondern auch versucht,

Wolfgang Ure, 55, Möbelbauer

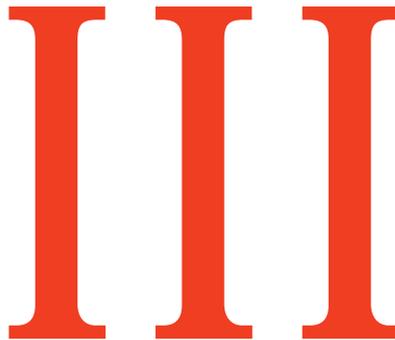
für jeden eine persönliche Lösung zu finden, erklärt er, als er sich in seine Küche, gegenüber vom Büro, setzt. Das Kreischen der Schleifmaschine ist nun gedämpft. Der Holztisch, die gepolsterte Bank und die Stühle, die geschwungene Kleiderstange und die metallene Küchenzeile mit den vielen Laden, alles hat er selbst angefertigt. Wie die meisten seiner Produkte sind sie Einzelstücke oder Kleinserien. Die Stückzahl ist meist gering. „500 Stühle würde ich nicht schaffen“, sagt er. Rund 60 Stunden pro Woche verbringt er in seiner Werkstatt. Nach seinem HTL-Abschluss arbeitete er in der Kunststoffindustrie, war für die Produktionsorganisation zuständig. Nach einigen Jahren merkte er, dass es ihm fehlte, etwas mit seinen Händen zu tun. Gemeinsam mit einem befreundeten Künstler richtete er sich eine Kellerwerkstatt ein und begann zu experimentieren. Was er herstellte, gefiel den Leuten, die Nachfrage stieg, und er beschloss sich selbstständig zu machen.

Er habe keine Imperien, sagt er, aber er sei zufrieden. Steuerzahlen ist für ihn ein Synonym für Mittelstand, also gehört er dazu. „Geld hat etwas Virtuelles“, sagt er. Real ist für ihn das Materielle, mit dem er täglich arbeitet. „Da tu ich mir natürlich leicht“, fügt er hinzu. Er habe schließlich, was er brauche. Irgendwann, meint er, wäre ein Juniorpartner fein, denn seinen Einsatz im Betrieb kann er kaum auf 20 Wochenstunden reduzieren, wenn er einmal weniger arbeiten möchte. Seine beiden Töchter sind noch im Teenageralter. Den Betrieb zu übernehmen würde er nie von ihnen einfordern.

Dass ihn seine Arbeit nach so vielen Jahren noch immer befriedigt, sieht er als Privileg. „Ich geh gerne auf Urlaub und komme gerne zurück“, sagt er. „Ich jammere nicht.“ Vielleicht, mutmaßt er, stelle ihn das außerhalb der Mitte. Oder? Er denkt kurz nach. „Ich glaube eigentlich, sehr viele sind zufrieden.“

Der Sozialstaat

Europäischer Sozialstaat? Die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten sind noch immer vorbildlich, während es Griechenland nicht einmal schafft, den Minimalanforderungen der EU-Kommission zu genügen. So viel kann gesagt werden: Länder mit einem guten Sozialstaat stehen an der Spitze der Wohlfahrtspyramide, auch Österreich gehört zu ihnen. In der Pensionsfrage steht es besser da als Deutschland. Das

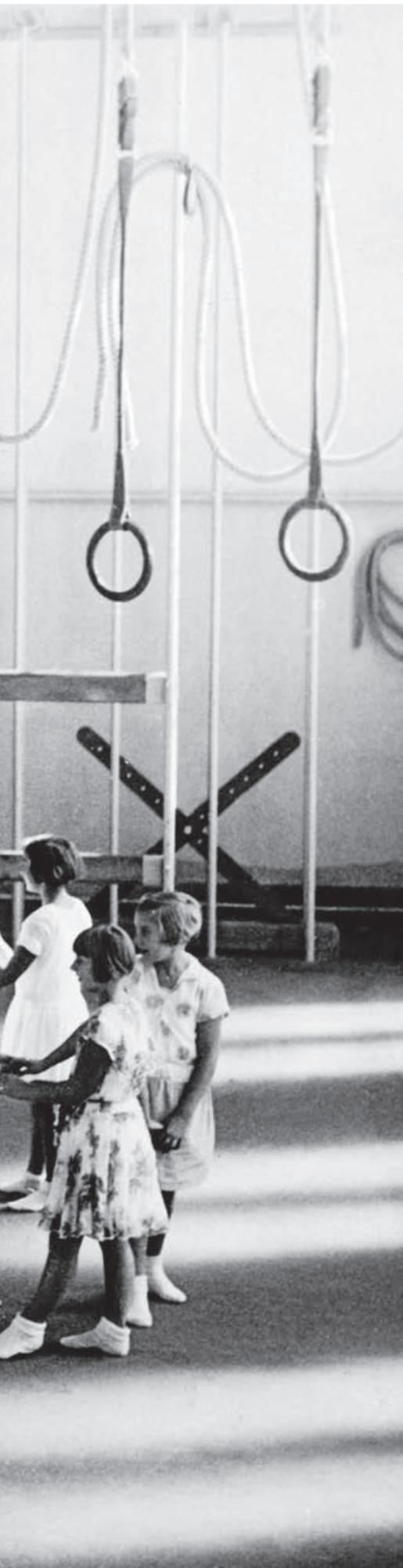


Wachstumsparadigma allein erweist sich in der Wohlfahrtspolitik als nicht mehr ausreichend. Unter dem Genderaspekt betrachtet zeigt sich: Frauen sind seltener oberhalb der Mitte zu finden als Männer. Der Wohnungsmarkt darf nicht den Privaten überlassen werden. Spricht man mit einem Essayisten, kommt man vom Gemeindebau schnell zu amerikanischen TV-Serien.

ÖSTERREICHS SOZIALSTAAT:



Am Ende oder EU-Spitze?



Ein „europäisches Sozialmodell“ – gibt es so etwas überhaupt? Über die Vielfalt im sozialen Europa

BILANZ:
ADI BUXBAUM,
MARKUS
MARTERBAUER

Früher Sozialstaat: Mädchenturnstunde im Roten Wien, 1930 in der ersten, nach dem Krieg eröffneten Schule in Kagran

Die Finanzkrise spart nicht mit Herausforderungen für Europa: hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Ungleichheit, wachsende Unsicherheit. Traditionell hätte die Antwort „Europäisches Sozialmodell“ gelautet: Schutz der Menschen durch soziale Sicherungssysteme kombiniert mit einem investierenden Sozialstaat.

Kein Zweifel, im Vergleich mit den USA oder gar den Ländern des globalen Südens ist die soziale Absicherung in Europa unvergleichlich gut. Hier bestehen fast überall funktionierende Gesundheitsversorgung, Instrumente zur Armutsbekämpfung, kollektiv finanzierte Systeme zur Unterstützung im Alter und meist auch handlungsfähige soziale Institutionen.

Je konkreter aber die Frage gestellt wird, desto klarer kommen die Unterschiede auch zwischen den EU-Staaten zum Vorschein. Wie mit wachsender Ungleichheit zwischen Arm und Reich, grassierender Arbeitslosigkeit, notwendiger sozialer Unterstützung für Familien, im Alter, bei Pflegebedürftigkeit oder sozialer Mobilität umgegangen wird, unterscheidet sich zum Teil drastisch. Vor allem seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise ist in vielen vor allem südeuropäischen Ländern harscher Sozialabbau die Praxis der europäischen Sparvorgaben.

Die vielen Gesichter des Wohlfahrtsstaates

Wie ein Sozialstaat konkret funktioniert und welche Aufgaben er wahrnimmt, ist letztendlich eine Frage des gesellschaftlichen Konsenses und der politischen Machtverhältnisse, die sich von Land zu Land unterscheiden und mit der Zeit auch ändern. Ein gut ausgebauter Sozialstaat kann viele Aufgaben erfolgreich lösen, wie vor allem die skandinavischen Länder vorzeigen: Sei es die Absicherung von Menschen in schwierigen Lebenslagen (etwa bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit), den Erhalt von sozialem Frieden, die Inklusion benachteiligter Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft, die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung in Krisenzeiten oder die Unterstützung für ein emanzipatorisches Wirtschafts- und Sozialprojekt.

Anderen Mitgliedsländern gelingt es heute nicht einmal mehr, die seitens der Europäischen Kommission erklärten Minimalanforderungen zu erfüllen, jene „3 S“ von Sozialschutz, Stabilisierung und Sozialinvestitionen. Griechenland kann nach den selbstverschuldeten wirtschaftspolitischen Fehlern und der gescheiterten Rosskur durch die europäischen Institutionen als mahnendes Beispiel dienen. Ist angesichts dieser Unterschiede sozialer Fortschritt für alle Menschen in der EU überhaupt noch denkbar?

Traditionell werden vier Modelltypen europäischer Wohlfahrtsstaatsregime hinsichtlich ihrer Merkmale und Performanz unterschieden: das nordische Modell, das liberale Modell, das kontinentaleuropäische Modell und das rudimentäre Modell.

Das nordische Modell, für das Schweden und Dänemark stehen, ist an den Maximen Chancengleichheit und Gleichstellung der Menschen („equality“) ausgerichtet: hoher Sozialschutz in der Pensions- oder Arbeitslosenversicherung, gut ausgebaute soziale Infrastruktur bei Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Pflege und ein universeller Charakter beim Leistungszugang, der allen Menschen Absicherung und Förderung garantiert. Für das liberale Modell stehen Großbritannien und Irland, wo über Jahrzehnte der allgemeine Sozialstaat infrage gestellt wird. Vielfach werden sozialstaatliche Aktivitäten auf die Armutsbekämpfung reduziert. Statt sozialstaatlicher Ausgleichsmechanismen und bewusster Umverteilung stehen Vertrauen auf die Marktkräfte und private Absicherung im Mittelpunkt. Das Ergebnis: „Poor services for poor people“.

Ähnlich trist ist es um die materielle Absicherung der Menschen im Rahmen des rudimentären Modells bestellt, das in vielen osteuropäischen Ländern, nach den drastischen EU-Kahlschlägen aber auch im europäischen Süden dominiert: Sozialstaatliche Traditionen und Institutionen fehlen oder wurden gekappt, soziale Schutzleistungen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit geopfert und der Umgang mit sozialer Bedürftigkeit in die familiären Netze zurückgespielt.

Zwischen den gut ausgebauten Systemen in Skandinavien und den Minimalstandards in der südlichen und östlichen Peripherie Europas liegt das kontinentaleuropäische Modell, das etwa in Frankreich, Deutschland und Österreich betrieben wird: Es setzt vor allem auf das Sozialversicherungsprinzip, das über den Lebenszyklus besonders Menschen mit einer guten Arbeitsmarktintegration, guten Einkommen und durchgängigen Erwerbskarrieren absichert. Hingegen führen unterbrochene Erwerbskarrieren und prekäre Beschäftigung oft zu ungenügender sozialer Absicherung. Dagegen hilft neben aktiver Beschäftigungs- und Mindestlohnpolitik vor allem der Ausbau sozialer Dienstleistungen von Kinderbetreuung über Gesundheit bis Pflege, also die Annäherung ans skandinavische Modell. Österreich ist hier weiter vorangekommen als die anderen Länder der Gruppe und hat vor allem in Bezug auf die soziale Absicherung im Alter die Nase gegenüber Deutschland weit vorn.

Von den vier genannten Modellen können nur das nordische und das kontinentaleuropäische Modell den Anforderungen von Sozialschutz, Stabilisierung und Sozialinvestitionen gerecht werden. Hier sichert der Sozialstaat nicht nur gegen Armut ab, sondern bildet eine der Grundlagen für das Entstehen einer breiten Mittelschicht. Hingegen sind das liberale und das rudimentäre sozialstaatliche Modell weit zurückgefallen: Von Verlässlichkeit der Systeme und von einer Planbarkeit des Lebens kann keine Rede mehr sein. Leistungsumfang und Leistungshöhen wurden teils so stark verringert, dass die Sicherung eines minimalen Lebensstandards nicht mehr ge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

währleistet ist. Damit hat die Mittelschicht oft ungeschützt die Abstiegsgefährdung vor Augen.

In der Bewertung des österreichischen Sozialstaates ergibt sich ein paradoxes Bild. In Österreich selbst wird von liberaler und konservativer Seite ein Bild der Unfinanzierbarkeit und Ungerechtigkeit gezeichnet. Doch international mausert sich der österreichische Sozialstaat zum Vorbild, das auch wissenschaftlichen Untersuchungen standhält.

Österreich: Zu Hause kritisiert, international gelobt

Die Analysen der OECD lassen keinen Zweifel daran, dass der österreichische Sozialstaat sowohl unter Gesichtspunkten der von ihm getätigten Ausgaben als auch in Bezug auf das Ergebnis in Form von sozialer Absicherung und Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung im internationalen Spitzenfeld liegt.

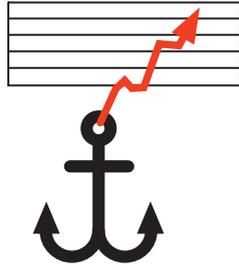
Herbert Obinger vom Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen kommt nach dem internationalen Vergleich von 30 Indikatoren zum Schluss, dass in Österreich trotz konservativer Strukturmerkmale die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates überdurchschnittlich hoch ist. Mit Erstaunen konstatiert er: Die guten Ergebnisse im internationalen Vergleich stehen in Kontrast zu einem rufschädigenden Sozialstaatsdiskurs in Österreich selbst.

Nicht anders schätzt dieses Verhältnis der Soziologe Bernd Marin ein, der bislang um ein kritisches Wort zur Selbstgefälligkeit der Sozialstaatsdiskussion in Österreich kaum verlegen war. Seine jüngste Untersuchung, die er im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung gemeinsam mit Jan Arpe verfasst hat, wird mit „Österreich zwischen gut und besser: Soziale Inklusions-Bilanz in vergleichender Sicht“ betitelt. Und dort heißt es prominent: „Insgesamt wird Österreich seinen Ambitionen und seinem Selbstbild als sozial einigermaßen fortschrittliches, in Einzelbereichen mitunter sogar vorbildliches Land mit vergleichsweise eher umfassender gesellschaftlicher Einbindung der Bürger und einem erträglichen Ausmaß an wahrgenommener Ungerechtigkeit durchaus gerecht.“

Die gute soziale Absicherung der Menschen in Österreich hat nicht nur einen Wert, sondern auch einen Preis. Betrachtet man das Niveau der sozialstaatlichen Ausgaben, so weist Österreich mit etwa 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) die sechsthöchste Sozialquote der EU auf. Mehr für Sozialschutz wird in Frankreich, Dänemark, Finnland, den Niederlanden und in Belgien ausgegeben. Neben der hohen Effektivität und Leistungsfähigkeit lässt sich auch eine fast verblüffende Beständigkeit der Sozialausgaben konstatieren: Seit Mitte der 1990er-Jahre bewegt sich die Höhe der Sozialquote in einem stabilen Band zwischen 28 und 30 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Es scheint wenig überraschend, dass eine an der europäischen Spitze liegende Sozialquote nicht mit der Abgabenquote Lettlands (29 Prozent) finanzierbar ist. Österreich weist mit 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts deshalb in der EU auch den fünfthöchsten Anteil von Steuern und Beiträgen am BIP auf, nach Belgien, Frankreich, Dänemark, Finnland und gleichauf mit Schweden.

In der politischen Diskussion dominiert die Befürchtung, hohe Sozialausgaben und



Das Sozialsystem als Anker

Beim verfügbaren durchschnittlichen Haushaltseinkommen (minus Abgaben, plus Transfers und Dienstleistungen) liegt Österreich mit knapp 22.000 Euro hinter Luxemburg an zweiter Stelle der EU-Länder



Soziale Ungleichheit

Kürzungen in der deutschen Pensions- und Arbeitslosenversicherung unter der rot-grünen Bundesregierung führten zu einem massiven Anstieg von Ungleichheit – anders als in Österreich



Bildung wird nach wie vor „vererbt“

Aber man muss sich vor Augen halten, wie es aussähe, müssten die Leute ihre Bildung aus eigener Tasche finanzieren

hohe Abgabenlast würden die wirtschaftliche Entwicklung bremsen und damit wieder die Finanzierbarkeit des Sozialstaates gefährden. Doch die Daten beweisen auch hier das Gegenteil: Österreich verfügt mit fast 37.000 Euro über das vierthöchste BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards, nach Luxemburg, Irland, den Niederlanden und knapp vor Dänemark, Deutschland und Schweden.

Im Vergleich mit anderen EU-Ländern ist vor allem der materielle Lebensstandard in der Mitte der Gesellschaft besonders hoch: Das verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf misst das Einkommen nach Abzug der Abgaben und Hinzurechnung von Sozialtransfers und sozialen Dienstleistungen für den Haushalt in der Mitte der Gesellschaft: Dabei liegt Österreich mit knapp 22.000 Euro hinter Luxemburg an zweiter Stelle der EU-Länder, gefolgt von Schweden und Dänemark und mehr als ein Drittel über dem EU-Durchschnitt.

Offensichtlich gehen hoher Lebensstandard in der Mitte der Gesellschaft, wirtschaftlicher Erfolg und hohe Produktivität mit einer hohen Sozial- und Abgabenquote einher. Gesellschaften mit hohem Einkommen und hoher Wirtschaftskraft präferieren soziale Dienstleistungen hoher Qualität: zum Beispiel im Bildungssystem, in der Mobilität und bei der sozialen Sicherheit. Deshalb ist in reichen Ländern wie Österreich die Sozialquote höher als in armen und, um das zu finanzieren, auch die Abgabenquote.

Erfolgsmix für eine breite Mittelschicht

Die Vermeidung von Armut ist ohne Zweifel eine zentrale Aufgabe jedes Sozialstaats. Doch in den Zielvorstellungen seiner Architekten und Architektinnen in Österreich und Skandinavien gingen die Ansprüche weit darüber hinaus: Für entscheidend wurde eine gute soziale Absicherung für die breite Mittelschicht, die von Arbeitseinkommen lebt, erachtet. Das wird bis heute grosso modo auch erreicht.

Denn die Mittelschicht zahlt viel in den Sozialstaat ein, bekommt aber auch viel wieder zurück. Sind die Menschen jung, beschäftigt, gesund und ohne Kinder, dann zahlen sie primär in das soziale Sicherungssystem ein. Kommen dann die Kinder, wird man einmal krank oder arbeitslos und geht man schließlich in Pension, befindet man sich in der Auszahlungsphase. Das ist die typische sozialstaatliche Verteilungswirkung über den Lebenszyklus. Gleichzeitig kommt es zu einer solidarischen Umverteilung zwischen den Menschen, die das Glück eines guten Jobs und einer langen Gesundheit haben, und jenen, die von den Risiken des Lebens getroffen werden. Der soziale Zusammenhalt wäre auf eine harte Probe gestellt, würde der Staat nicht umverteilend und ausgleichend eingreifen.

Der Sozialstaat sorgt auch für Optimismus bei den Menschen, wenn er glaubwürdig Sicherheit im Lebensstandard vermitteln kann. Das ist entscheidend für das Gelingen des wirtschaftlichen Strukturwandels und Modernisierungsprozesses: Schon historisch konnte gezeigt werden, dass es die Länder mit sicherer sozialer Basis im eigenen Land waren, die sich besonders früh an den internationalen Handel wagten. Und auch heute stehen jene Länder wie Schweden, Dänemark und Österreich an der Spitze der weltweiten Wohlstandspyramide,

die über einen guten Sozialstaat verfügen. Denn erst soziale Sicherheit ermöglicht es, sich auf Neues einzulassen, sie fördert Aufgeschlossenheit und Innovation, die Ingredienzien wirtschaftlichen Erfolgs.

Alleine die Vorstellung, wie die Gesellschaft in Österreich aussähe, wenn nur mehr das Bankkonto über Schlüsselfragen des Lebens ausschlaggebend wäre, reicht als Argument für den Sozialstaat. Wer könnte sich eine länger dauernde Ausbildung oder die Gründung einer Familie leisten? Welche Kinder gingen in Kindergärten oder zur Schule? Wer hätte genug Geld, um sich eine notwendige Zahn- oder Krankenbehandlung zu leisten? Wie würden wir im Alter über die Runden kommen und wie würden wir gepflegt werden? Die Sozialruine würde wohl rasch auch zur Demokratie- und Wirtschaftsruine, wie nicht zuletzt die österreichische Geschichte der 1930er-Jahre gezeigt hat. Österreich liegt politisch richtig, wenn möglichst vielen Menschen ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und eine gute Chance auf wirtschaftliche und soziale Teilhabe gewährt werden.

Dies ist nicht selbstverständlich, denn nicht nur in den südeuropäischen Krisenländern wurde der Sozialstaat zurückgebaut. Auch die unrühmlichen Kürzungen in der deutschen Pensions- und Arbeitslosenversicherung unter der rot-grünen Bundesregierung haben zu einem massiven Anstieg der Ungleichheit in einem der reichsten Länder der Welt geführt. Warum ist die Sache bei uns besser gelaufen? Dazu haben wohl auch institutionelle Besonderheiten wie die starke Konsensorientierung, die Einbindung der Sozialpartner und starke Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beigetragen.

Wirklich alles eitel Wonne?

Dass vieles gut funktioniert, ist beruhigend. Vor allem das Pensionssystem hebt sich im EU-Vergleich positiv ab, aber auch das Gesundheitssystem und der Ausbau von Kindergärten und Schulen. Andererseits gibt es Probleme und Herausforderungen, die nicht zu vernachlässigen sind: Bildung wird nach wie vor „vererbt“, das Angebot an leistbarem Wohnraum hält nicht mit dem starken Bevölkerungswachstum Schritt, beim notwendigen Ausbau des Pflegesystems fehlt ohne Erbschaftsteuer das Geld, das männliche Ernährer-Familienmodell bleibt vielerorts dominant, die Einkommens- und Absicherungsschere zwischen den Geschlechtern nimmt zu, wie auch die diffamierende und chauvinistische Note im Sozialstaatsdiskurs.

Mehr Selbstbewusstsein in Bezug auf die Stärken des Sozialstaates wäre angesichts der Erfolge und des internationalen Vergleichs allemal angebracht. Und darauf wäre dann auch aufzubauen: In Form von Investitionen in Bildung, Arbeitsmarktintegration und Pflege, in einer laufenden Evaluierung der Effizienz, was Verwaltung und Strukturen betrifft, und in einer Sicherstellung der Finanzierung des Sozialstaates. Eine radikale Senkung der Abgabenquote ist mit einer guten sozialen Absicherung für alle Menschen per definitionem nicht vereinbar. Statt dumpfem Wohlstandschauvinismus wäre schließlich eine engere Zusammenarbeit mit den erfolgreichen nordischen Wohlfahrtsstaaten angebracht.

Pensionen in Österreich und Deutschland – Politik für eine breite Mitte?

TEXT: FLORIAN BLANK

In Deutschland wird lebhaft über Pensionen, dort Renten genannt, gestritten. Zuletzt wurde über die Wiederkehr von Altersarmut diskutiert und endlich wieder auch über das allgemeine Rentenniveau – also über den Wert der Leistungen der öffentlichen Rentenversicherung. In den deutschen Debatten taucht das Beispiel Österreich immer wieder auf, sorgt für Irritationen und provoziert Fragen. Warum?

In Deutschland wurde zu Beginn des Jahrtausends das Alterssicherungssystem in mehreren Schritten umgebaut. Das Ergebnis ist die Absenkung des Rentenniveaus. Dieses beschreibt das Verhältnis von Renten und Löhnen. Das betrifft Rentnerinnen und Rentner wie auch Beschäftigte aller Einkommensgruppen. Die Lebensstandardsicherung im Alter soll seither aus der öffentlichen Rentenversicherung sowie privater oder betrieblicher Vorsorge erfolgen. Hintergrund war angesichts des demografischen Wandels die Furcht vor zu stark steigenden Beitragssätzen, die als Lohnnebenkosten Arbeit verteuern und den Standort Deutschland belasten würden. Hinzu kam die Hoffnung, Alterssicherung teilweise über kapitalgedeckte Sicherungswege abwickeln zu können.

Das österreichische Beispiel ist aus deutscher Sicht faszinierend, weil mit dem gleichen „Rohmaterial“, der Sozialversicherung, anders verfahren wurde. Auch in Österreich gab es eine Vielzahl von Änderungen, auch Einschnitte und damit Verlierer von Reformen. Zugleich wurde in einem langen Prozess die Pensionsversicherung verallgemeinert (was in Deutschland als „Erwerbstätigenversicherung“ immer wieder diskutiert wird). Und: Der Teilersatz der öffentlichen Versicherung durch private Vorsorge wurde zwar versucht, aber letzten Endes wieder zurückgenommen.

Die Grundaussage, dass das öffentliche Rentensystem allein für alle Einkommensgruppen den Lebensstandard im Alter sichern soll und kann, hat Bestand. Auch das niedrigere Pensionsantrittsalter und die Ausgleichszulagen überraschen aus deutscher Perspektive, Letztere, da – auf den ersten Blick systemwidrig – einkommensgeprüfte Mindestsicherungsleistungen durch die Rentenversicherung administriert werden. Aus deutscher Sicht profitieren Beschäftigte damit zweifach: Durch ein höheres Leistungsniveau, das insbesondere für Bezieherinnen und Bezieher mittlerer Einkommen wichtig ist, und durch die Mindestsicherung, die Menschen mit geringen Einkommen nutzt, aber auch das Versprechen für andere Gruppen beinhaltet, bei Wechselfällen des Lebens ausreichend versorgt zu sein.

Im Vergleich fahren Pensionsbezieherinnen und -bezieher in Österreich deutlich besser als die Nachbarn. Dies belegen Pro-

Dieser Ländervergleich ist immer reizvoll. Im Fußball verlieren wir gewohnheitsmäßig, aber wie sieht es bei den Pensionen aus?



Gerhard Schröders Rentenreform führte zu deutlich niedrigeren Pensionen

jektionen der OECD, die für standardisierte Lebensverläufe die zukünftigen Pensionen errechnen. Hier schneidet der Durchschnittsverdiener in Österreich mit einer künftigen Bruttoersatzquote von 78,1 Prozent deutlich besser ab als in Deutschland mit in der Zukunft 37,5 Prozent (die Bruttoersatzquote bezeichnet das Verhältnis der individuellen Bruttopension zum individuellen Bruttodurchschnittseinkommen bei diesem standardisierten Lebensverlauf). Bei Einbezug der privaten Vorsorge erhöht sich die Bruttoersatzquote für Deutschland auf 50 Prozent.

Dem Staunen darüber, dass eine Sozialversicherung so hohe Leistungen ermöglicht, folgt die Frage, wie das möglich ist. Mit dem höheren Sicherungsziel sind höhere Kosten verbunden. Der Beitragssatz beträgt in Österreich 22,8 Prozent, wovon die Arbeitgeber sogar mehr als die Hälfte tragen. In Deutschland liegt er bei 18,7 Prozent, hälftig getragen von Arbeitgebern und Beschäftigten. Hinzu kommt für Beschäftigte noch die private Vorsorge, in die sie vier Prozent ihres Verdienstes investieren sollen.

In Deutschland wurde nun argumentiert, dass hohe Beitragssätze zur Rentenversicherung ökonomische Probleme zur Folge hätten. Ein Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklungen seit Beginn des Jahrtausends zeigt jedoch, dass Österreich nicht schlechter gefahren ist als Deutschland. Ein höherer Beitragssatz setzt die Wirtschaft nicht unter übermäßigen Druck und schadet auch der Konkurrenzfähigkeit nicht.

Sollte sich Deutschland Österreich also zum Vorbild nehmen? Grundsätzlich hilft ein Ländervergleich, alte Gewissheiten infrage zu stellen und Alternativen aufzuzeigen. Offensichtlich ist ein starkes öffentliches Sicherungssystem umsetzbar und auch finanzierbar – wenn es einen gesellschaftlichen und politischen Konsens darüber gibt, dass das System und seine Leistungen auch das Geld wert sind. Eine Stärkung der deutschen Rentenversicherung wie auch



Das österreichische Beispiel ist aus deutscher Sicht faszinierend, weil mit dem gleichen „Rohmaterial“, der Sozialversicherung, anders verfahren wurde

die Stabilität des österreichischen Systems sind damit davon abhängig, wie sich gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse entwickeln. Denn auch das ist eine Lehre aus dem Vergleich: Zu den Rahmenbedingungen der Alterssicherung gehören nicht nur der demografische Wandel, der Arbeitsmarkt und Ereignisse wie die deutsche Wiedervereinigung, sondern politische Mehrheiten, das System der Kollektivverträge und die politische Kultur. Die unterschiedlichen Wege in Deutschland und Österreich zeigen: Das sozialpolitisch Mögliche ist nicht ökonomisch determiniert.

Mit Blick auf die Details der Sicherungssysteme bietet Österreich eine Vielzahl von Anregungen. Aber auch Positives im deutschen System ist durch den Vergleich besser zu sehen. Die Ausgleichszulagen sind ein ernsthaft zu diskutierendes Beispiel, wie Mindestsicherung und beitragsbezogene Leistungen der Sozialversicherung kombiniert werden können. Die allgemeine Vorversicherungszeit von 15 Versicherungsjahren (Deutschland: fünf Jahre) bietet den Vorteil, dass sehr niedrige Renten weniger wahrscheinlich sind als in Deutschland, spricht aber gegen das Prinzip, dass aus (allen) Beiträgen auch Leistungen folgen sollen. Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug sind in Österreich höher als in Deutschland, jedoch bei einer niedrigeren Regelaltersgrenze.

Die Anpassung der laufenden Pensionen erfolgt in Österreich entsprechend der Inflationsrate – ist das sinnvoller als eine Anpassung an die Lohnentwicklung? Dabei bleibt aber aus deutscher Perspektive klar, dass es zwar im österreichischen Pensionssystem Dinge gibt, die vielleicht besser sein könnten. Angesichts der gravierenden Unterschiede beim Rentenniveau bleiben aber der positive Gesamteindruck und die Überraschung, was machbar ist, bestehen.

Die österreichische Pensionsversicherung stellt sich nach zahlreichen Reformen und Debatten aus der Binnensicht sicher nicht so dar, wie sich das manche wünschen. Von jenseits der Grenze aus betrachtet ist sie ein wertvolles Beispiel dafür, was das Instrument Sozialversicherung leisten kann, wenn es denn darf. **F**



In Deutschland wurde zu Beginn des Jahrtausends das Alterssicherungssystem in mehreren Schritten umgebaut. Das Ergebnis ist die Absenkung des Rentenniveaus

Für ein neues magisches Viereck

Ein besseres Leben für (fast) alle. Wohlstand und Wohlergehen der vielen haben sich vom wirtschaftlichen Wachstum zum Teil entkoppelt. Politik und Medien bleiben trotzdem **auf Wachstum fokussiert**

Wie geht es Österreich?“ Diese Frage stellt die Statistik Austria seit rund fünf Jahren regelmäßig. In Zeiten, in denen eine diffuse Unzufriedenheit und Abstiegsängste in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet zu sein scheinen, bekommt dieses Thema stärkere Relevanz. Auch wenn es keine einfache Antwort gibt, so ist mit dem Stellen der Frage selbst bereits ein wichtiger Schritt erfolgt: Nachhaltiger Wohlstand, gesellschaftlicher Fortschritt und individuelles Wohlergehen werden damit wieder in die Mitte der öffentlichen Debatte gerückt.

Wohlstand = Wachstum?

In den letzten Jahrzehnten waren diese Ziele in der Wirtschaftspolitik bestenfalls indirekt präsent. Vorrangig ging es um Wirtschaftswachstum, mit dessen Hilfe ein besseres Leben für eine breite gesellschaftliche Mehrheit quasi automatisch erreicht werden sollte. In Zeiten von sehr hohem Wachstum in der industriellen Produktion, war der Zusammenhang ein gros tatsächlich gegeben. Mittels kräftiger realer Lohnsteigerungen bei Vollbeschäftigung und gleichzeitig expandierendem Wohlfahrtsstaat konnten auch rasch die Konsummöglichkeiten für die breite gesellschaftliche Mehrheit ausgeweitet werden. Mit der zunehmenden Belastung von Umwelt und steigendem Druck auf die Beschäftigten, der stärkeren Konzentration der Einkommenszuwächse auf einige wenige, steigender Arbeitslosigkeit sowie wichtiger werdenden nichtmateriellen Ansprüchen wurde jedoch wieder offensichtlicher, dass das Wirtschaftswachstum eigentlich kein Wohlstandsindikator ist.

Trotzdem hält sich der gesellschaftliche Wachstumsfokus. Einer der Gründe ist die leichtere Kommunizierbarkeit einer etablierten Zahl. Ein anderer die institutionelle Verankerung der Wachstumsorientierung: So ist beispielsweise auf europäischer Ebene der „Jahreswachstumsbericht“ – trotz festgeschriebenem obersten Ziel „Wohlergehen“ in den Verträgen – die Grundlage für die wirtschaftspolitische Ausrichtung. Für die Einschätzung über die Entwicklung der Lebensverhältnisse – und Empfehlungen zu deren Gestaltung – greift die ökonomische Wissenschaft nach wie vor in erster Linie auf das prognostizierte Wachstum zurück.

Wahrscheinlich der wichtigste Grund dafür sind jedoch wirtschaftliche Interessen. „Mehr Wachstum“ wird als Sachzwang etabliert, um eine Reihe von Reformen zu legitimieren, auch wenn diese nicht im allgemeinen Interesse sind. Besonders gut funktioniert das in Kombination mit dem Sachzwang Globalisierung: Um mehr zu wachsen als die anderen, müsse man wettbewerbsfähiger werden – etwa durch Lohnzurückhaltung oder Steuerenkungen für Unternehmen, die à la longue Kürzungen öffentlicher Leistungen nach sich ziehen. Im Ergebnis führt das in erster Linie zu höheren Gewinnen für wenige und zu Druck auf die Lebensbedingungen breiter Gesellschaftsschichten – sowohl im Inland wie auch im Ausland, weil die dortigen Standards verstärkt unter Druck

POLITISCHER ANSTOSS:
GEORG FEIGL



Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen erarbeiteten 2009 die wissenschaftlichen Grundlagen für allgemeinen Wohlstand

Zur Infografik

Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliche Parität bilden das magische Viereck, das im deutschen Grundgesetz und auch in den EU-Verträgen verankert ist. Nun ginge es darum, Wachstum durch faire Verteilung von Wohlstand, Lebensqualität und intakte Umwelt zu ersetzen

geraten. Wohlstand, Wohlergehen und gesellschaftlicher Fortschritt geraten zum Luxus, den „wir“ uns nicht mehr leisten können. Und damit die Politik „wachstumsfreundlich“ bleibt, wächst um sie herum ein dichter werdendes Netzwerk gut finanzierter Thinktanks, Lobbygruppen und gesponserter politischer Bewegungen.

Gesellschaftliche Debatte

Im Frühjahr erreichte die Debatte über gesellschaftliche Ziele in Österreich einen skurrilen Höhepunkt: Um den Umweltschutz zu schwächen, wollte u.a. der damalige Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit als Staatszielbestimmung in die Bundesverfassung aufnehmen. Dagegen regte sich vielfältiger Widerstand, der den ambivalenten Koalitionspartner dazu brachte, diese Änderung auf die Zeit nach den Nationalratswahlen zu verschieben. Es bleibt zu hoffen, dass diese Debatte dann tatsächlich breit geführt wird.

Im Mittelpunkt sollte die Frage stehen, was ein besseres Leben eher ermöglicht. Nachdem die Meinungen darüber so vielfältig wie die Gesellschaft selbst sind, wird sich eine eindeutige Antwort nicht finden lassen. Die Lösung, keine Antwort zu geben und sie an das Individuum zu delegieren, ist jedoch ebenso unzureichend. Zu sehr ist die Suche nach einem besseren Leben der Einzelperson verstrickt mit ihrem persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld, zu sehr hängen deren Möglichkeiten von der gemeinsamen Gestaltung ab. Gefragt sind somit gesellschaftliche Auseinandersetzungen um gemeinsame Ziele – und erst im zweiten Schritt divergierende politische Antworten mit unterschiedlicher Gewichtung der Ziele und unterschiedlichen Maßnahmen.

Evidenzbasierte Grundlage

Die Gefahr einer solchen Debatte ist, dass sie von kurzfristiger politischer Taktik, gut organisierten Partikularinteressen oder tagessaktuellen Einzelfällen – wie dem Bau der dritten Flughafenpiste, der Auslöser für die Staatszieldebatte im Frühjahr war – überlagert wird. Vordringliche Aufgabe wäre es deshalb, einen weitgehenden allgemeinen Konsens über die Faktoren für ein besseres Leben für eine breite gesellschaftliche Mehrheit bzw. Wohlstand und Wohlergehen zu finden. 2009 lieferte die internationale „Kommission zur Messung ökonomischer Performance und gesellschaftlichem

Fortschritt“ um die Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen dafür eine wissenschaftliche Grundlage. Demnach müssten materieller Wohlstand und Lebensqualität – unter Berücksichtigung ökologischer Grenzen – näher betrachtet werden.

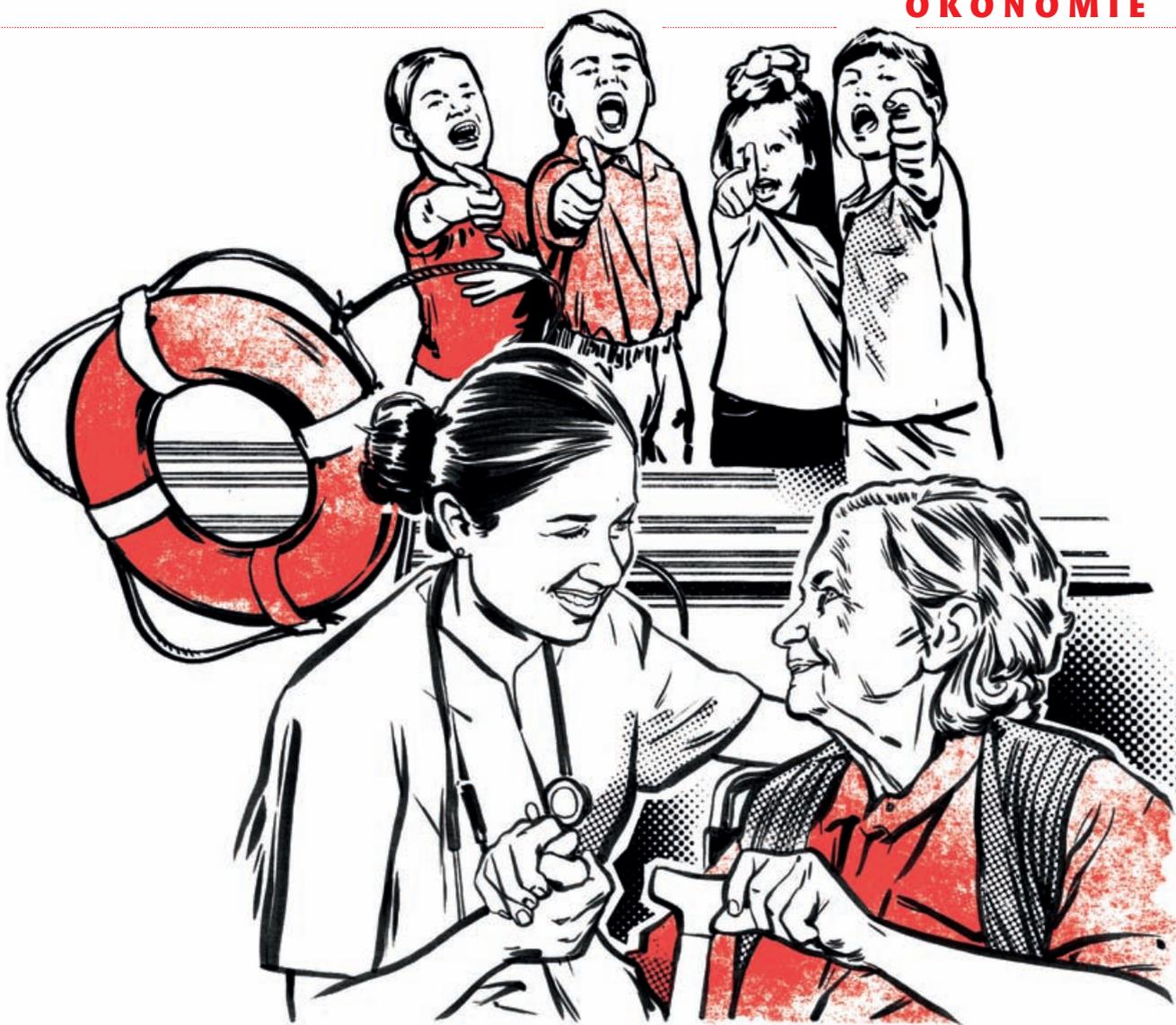
Für die erste Säule, den materiellen Wohlstand, wäre relevant, wie viel wie produziert wird, welche Einkommen daraus erlöst werden und wie diese verteilt werden. Auch die sich aus dem Vermögen und eben den Einkommen ergebenden Konsummöglichkeiten seien ebenso zu berücksichtigen wie die nicht entlohnten Tätigkeiten in den Haushalten. Für die zweite Säule, die Lebensqualität bzw. das Wohlbefinden, spielten vor allem Gesundheit, Wohnsituation, Bildung, soziale Beziehungen oder Sicherheit eine wichtige Rolle. Für die Nachhaltigkeitssäule relevant wären Umweltaspekte, aber auch ökonomische Stabilität, also die Vermeidung neuerlicher Finanz- und Wirtschaftskrisen. Nachhaltiger gesellschaftlicher Fortschritt ist also dann gegeben, wenn für breite gesellschaftliche Gruppen Verbesserungen in all diesen Teilbereichen zu beobachten sind.

Eine solche Zieldefinition dürfte breite Zustimmung finden. Spannend wird es bei der Frage, wo wir als Gesellschaft diesbezüglich stehen – und damit bei jener, welche politischen Vorschläge zur Verbesserung der Situation besonders gefragt sind. Vielen Meinungen und gefühlten Fakten stehen wenige belastbare Indikatoren zur Verfügung, die eine evidenzbasierte Ausgangslage schaffen. Der eingangs bereits erwähnte „Wie geht's Österreich?“-Bericht der Statistik Austria versucht diese Lücke zu schließen.

Der letztjährige Bericht zeigte folgendes Bild für Österreich: Die subjektive Einschätzung der Lebenszufriedenheit bleibt trotz negativer Entwicklungen bei Einkommen und Konsum hoch, und im Umweltbereich stehen Emissionsrückgänge seit 2005 einem insgesamt nach wie vor hohen Energie- und Ressourcenverbrauch gegenüber. Der Überblick über die kurzfristigen Trends (d.h. die letzten drei verfügbaren Jahre) zeigt auf der – von einem wissenschaftlichen Beirat bewerteten – fünfstufigen Wetter-Skala lediglich einen Indikator im Sonnenlicht, nämlich die Arbeitsproduktivität pro geleistete Arbeitsstunde. Für den Großteil der Indikatoren war die Lage lediglich wolkig bis regnerisch – beispielsweise für das BIP pro Kopf, für Einkommen und Konsum privater Haushalte, für die Entwicklung beim Gender Pay Gap, die Arbeitslosenquote oder den subjektiven Gesundheitszustand.

Bislang bleibt die öffentliche Relevanz von „Wie geht's Österreich?“ – gerade im Vergleich zum Wirtschaftswachstum – überschaubar. Das liegt zum einen an der Maßgabe der Regierung, er dürfe keine zusätzlichen Kosten verursachen. Das bringt Einschränkungen bei Indikatorenauswahl, Datenqualität und Möglichkeiten zielgruppengerechter Aufbereitung der Information mit sich. Zum anderen ist ein Set aus unterschiedlichen Indikatoren, die – ohne implizite Wertung und gemeinsamer Maßeinheit – nicht sinnvoll zu einer Zahl zusam-





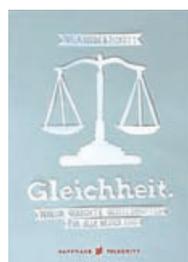
mengefasst werden können, sehr viel unpraktischer in der Handhabung. So lässt sich nicht einmal sagen, ob es insgesamt mehr oder weniger Wohlstand und Wohlbefinden gibt als in der Vergangenheit, geschweige denn eine Prognose wagen, wie es in der Zukunft für unterschiedliche Gruppen sein wird.

Glück – mehr als a Vogelr

Ansätze zur Gewichtung sind in der Glücksforschung vorhanden, die versucht, Unterschiede in der Lebenszufriedenheit auf objektive Faktoren zurückzuführen. So ist der Gesundheitszustand besonders wichtig. Arbeitslose oder unfreiwillig Teilzeit arbeitende Menschen sind eben weniger glücklich, obwohl mehr Freizeit für sich genommen ein positiver Faktor wäre – aber man muss nicht nur sie beachten, sondern auch ihr Umfeld. Bildung ist ambivalent: Zwar ist höhere Bildung Voraussetzung für bessere Lebensumstände sowie persönliche Entfaltung, aber höher Gebildete sind im Vergleich mit Personen in ähnlichen Lebensumständen tendenziell unglücklicher. Wer weniger verdient, ist tendenziell weniger zufrieden – wobei der Zusammenhang nicht allzu stark ist und das relative Einkommen zu anderen relevanter ist als der absolute Verdienst. Wie Richard Wilkinson und Kate Pickett in ihrem Buch „Gleichheit ist Glück“ gezeigt haben, gilt der starke Zusammenhang zwischen Verteilung und Glück (sowie soziale und gesundheitliche Probleme) auch für die Gesellschaft insgesamt.

Diese Ergebnisse liefern zumindest einige Hinweise für die Frage, ob gewisse politische Maßnahmenbündel ein besseres Leben für eine breite gesellschaftliche Mehrheit eher ermöglichen oder erschweren. Führen etwa allgemeine Einkommenssteuersen-

ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN



Standardwerk in neuer Ausgabe. Richard Wilkinson, Kate Pickett: Gleichheit. Haffmanns & Tolkemitt, 5. Auflage, 373 S., € 13,40

kungen (die obere Einkommen strukturell stärker entlasten) zu allgemeinen Kürzungen der Gesundheitsleistungen, wird das gesellschaftliche Wohlergehen sinken. Ähnliches gilt für eine Budgetpolitik, die zwar Überschüsse ermöglicht, nicht aber den Abbau der Arbeitslosigkeit.

Institutionelle Verankerung

Es geht also nicht nur um neue Indikatoren, sondern auch um das Austarieren politischer Schwerpunkte im Rahmen allgemeiner Ziele. Die Kunst oder auch „Magie“ besteht darin, möglichst alle zumindest ein Stück weit zu erreichen. Historisch diente das magische Vieleck der Wirtschaftspolitik als solch ein Zielsystem. Wachstum, Vollbeschäftigung Preisstabilität und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht sollten möglichst gleichzeitig erreicht werden. In Deutschland ist das magische Vieleck sogar im Grundgesetz verankert. Etwas abgewandelt findet es sich auch in den Europäischen Verträgen (dort geleitet vom Oberziel „Wohlergehen“) sowie im österreichischen Haushaltsrecht als Herzstück der Wirtschaftspolitik.

In einem neuen magischen Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik sollte heute allerdings Wachstum durch die drei Oberziele fair verteilter materieller Wohlstand, Lebensqualität und intakte Umwelt ersetzt werden, auch wenn es oftmals heute noch ein zweckdienliches Mittel für mehr Wohlstand darstellen wird. Zudem ist das alte Ziel „Vollbeschäftigung“ aufzuwerten und um den Aspekt gute Arbeit zu ergänzen. In den vier Dimensionen sind Gender-Aspekte jeweils explizit zu berücksichtigen (ähnlich wie bereits im Haushaltsrecht und im Indikatorenset der Statistik Austria). Darüber hinaus sollten die für die öko-

nomische Stabilität notwendigen Ziele um „stabile Finanzmärkte“ und „stabile Staats-tätigkeit“ – also stabile materielle Möglichkeiten zur Finanzierung öffentlicher Leistungen – erweitert werden.

Europäische Koordination

In Zeiten transnationaler wirtschaftlicher Kooperation, ist eine wohlstandsorientierte Politik in einem Land nur eingeschränkt möglich. Mehr als 80 % der in der EU erzeugten Waren und Dienstleistungen werden jedoch innerhalb der Europäischen Union auch abgesetzt. Zudem werden die wirtschaftsrelevanten Regelungen prinzipiell auf dieser Ebene entschieden. Das heißt, dass die europäische Ebene bei Fragen des gesellschaftlichen Wohlstands besonders zentral ist.

Die Angst vor der Niederlage im ökonomischen Wettbewerb, die oft gegen eine wohlstandsorientierte Politik ins Treffen gebracht wird, ist auf Ebene der Europäischen Union unbegründet. Der relativ geschlossene Wirtschaftsraum mit der größten Konsumnachfrage der Welt ist weit davon entfernt, dem verstärkten internationalen Wettbewerbsdruck machtlos ausgeliefert zu sein. Im Gegenteil, die EU könnte der wichtigste Akteur bei der progressiven Gestaltung der Globalisierung werden: Als Einstiegsprojekte würden sich etwa der internationale Kampf zur Sicherstellung einer angemessenen Steuerleistung von multinationalen Konzernen und Superreichen ebenso anbieten wie Handelsabkommen, die hohe Sozial- und Umweltstandards verbreitern statt sie zu unterlaufen. Oder eine bessere Verankerung von Wohlstand und Wohlbefinden in der europäischen Politik, um ein gutes Leben für eine breite gesellschaftliche Mehrheit zu ermöglichen.

Ein Artikel zum Genderaspekt beim Thema Mittelschicht könnte ein kurzer Beitrag sein: Man entscheidet sich für eine Definition, welche Einkommen als Mittelschicht gelten, errechnet den Frauenanteil und schon ist die Sache erledigt. Doch so leicht ist es nicht. Denn, wie viele Frauen aus schmerzvoller Erfahrung wissen, ist es bisweilen ein kurzer Weg vom Leben in einer Partnerschaft als Mittelschichtsfamilie zum Dasein in Armut nach einer Trennung. Die Wechselwirkungen zwischen Geschlecht und sozialer Schicht sind eben vielfältig.

Zusammenhaushalten

Bevor man sich dem Genderaspekt der Mittelschicht widmet, stellt sich eine grundlegende Frage: Kann ein Individuum überhaupt einer sozialen Schicht zugeordnet werden? Das mag auf den ersten Blick irritieren, denn natürlich besteht jede gesellschaftliche Gruppe letzten Endes aus Einzelpersonen. Aber diese leben nur bedingt als solche. Menschen ziehen gemeinsam in Wohnungen und Häuser und bilden dort – folgerichtig – Haushalte. Sie teilen häufig das Einkommen und möglicherweise auch vorhandenes Vermögen auf die eine oder andere Weise. Und auf einmal ist es ganz schön schwierig, verfügbares Geld einem Mann oder einer Frau zuzuordnen.

Mit anderen Menschen zusammenzuleben ist trotz Singletrend noch immer die Regel. Von den 8,6 Millionen Österreicherinnen und Österreichern leben nur 1,4 Millionen alleine. Die restlichen sieben Millionen bilden Haushalte, die im Schnitt 2,22 Personen umfassen. Die Bandbreite reicht dabei vom Paarhaushalt über die Wohngemeinschaften bis hin zur Großfamilie. Die meisten Frauen und Männer leben also in einem Verband.

Gemeinsame Wirtschaft

Im Recht wird oft nicht von Haushalten, sondern von Wirtschaftsgemeinschaften gesprochen. Das ist sehr treffend, denn tatsächlich wird ja in den meisten Haushalten gemeinschaftlich gewirtschaftet: Ausgaben wie Miete und Strom werden gemeinsam beglichen, Lebensmittel gemeinsam eingekauft, kleinere und größere Anschaffung gemeinsam finanziert. Nicht wenige werfen die Einnahmen in einen gemeinsamen Topf, aus dem alles bezahlt wird. Mehr als die Hälfte von Paar-Haushalten gibt an, dass sie über das erzielte Einkommen gemeinsam verfügen, ein weiteres Viertel macht das zumindest teilweise.

Was hat das alles mit dem Genderaspekt zu tun? Mehrerelei. Frauen verdienen ja bekanntlich weniger als Männer. Sie als Einzelpersonen einer sozialen Schicht zuzuordnen ist aber nur bedingt sinnvoll (gilt für Männer natürlich ebenso). Nehmen wir zum Beispiel die Ehefrau eines Topmanagers, die selbst nicht erwerbstätig ist. Als Individuum wäre sie mittelloses Prekariat. Allerdings eines, das in einer 200-Quadratmeter-Wohnung lebt und möglicherweise mehr Geld für ein Kleidungsstück ausgibt, als einige ihrer Geschlechtsgenossinnen im Monat verdienen.

Das Umkehrbeispiel könnte eine Bankangestellte sein. Trennt sie sich von ihrem Partner, kann das relativ hohe Einkommen schnell knapp werden, wenn sie als Alleinerziehende für ihre drei Kinder aufkommen muss. Die Beispiele zeigen: Erst im Zusammenhang von Haushalt (und Unterhalt) kann man vernünftigerweise von einer sozialen Schicht sprechen.

Inwieweit kann man dann also überhaupt etwas über das individuelle Merkmal Geschlecht in Zusammenhang mit der Mittelschicht sagen? Sicherlich bei der Frage, woher die Einnahmen eines Haushalts kommen, sprich also, wie viele Frauen jeweils zum Einkommen beitragen bzw. beitragen können. Denn ob Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen und wie viel sie dabei verdienen, hat deutliche Auswirkung auf die soziale Situation, in der sich ein Haushalt befindet.

Isolierschicht zur Armutsgrenze

Reden wir einmal von der Abgrenzung der Mittelschicht nach unten. Darunter befinden sich – grob gesprochen – die Armutsgefährdeten. Ob man sich als Familie über oder unterhalb dieser Grenze findet, wird extrem stark von der Erwerbstätigkeit der Frau mitbestimmt. Erst recht, wenn Kinder da sind. Arbeitet nur einer von zwei Elternteilen, liegt die Wahrscheinlichkeit, unter die Armutsgrenze zu rutschen, doppelt so hoch, als wenn beide einem bezahlten Job nachgehen. Aus einer politischen Perspektive ist die Steigerung der Frauenerwerbsquote daher ein gutes Mittel zur Schaffung einer breiten Mittelschicht.

Man sollte dabei nicht vergessen, dass die Frage, ob Mittelschicht ja oder nein, auch darüber entscheidet, ob Kinder unter relativ gesicherten materiellen Bedingungen aufwachsen oder nicht. In Österreich sind 380.000 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren von Armut und Ausgrenzung betroffen. Wenn Frauenerwerbstätigkeit also Familienarmut deutlich reduziert, stimmt auch Folgendes: Eine Steigerung der Frauenerwerbsquote ist ein gutes Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Allerdings verdienen Frauen bekanntlich im Schnitt deutlich weniger als Männer. Laut aktuellster Verdienststrukturerhebung beträgt dieser Nachteil 37 Prozent. Das sind fast 900 Euro brutto pro Monat. Das ist an sich schon nicht wenig Geld, aber über einen längeren Zeitraum läppert sich das zu anschaulichen Summen. Rechnet man den durchschnittlichen Nachteil auf ein Lebenseinkommen von 40 Jahren hoch, sind das mehr als eine halbe Million Euro. Damit ließe sich eine sehr präsentable Immobilie im Wiener Stadtgebiet mit Garten oder großer Dachterrasse finanzieren. Selbst wenn man das Einkommen auf Netto umrechnet, bleibt immer noch ein hübsches Häuschen übrig.

Es liegt einem an dieser Stelle die Polemik auf der Zunge: Der Gender Pay Gap bringt die Familien um das Häuschen im Grünen. Also weg mit der Einkommensschere und her mit der Immobilie? Wenn es so einfach wäre! Denn was geschehen muss, um den so beharrlichen Einkommensnachteil zu eliminieren, ist ein facettenreiches Thema.

Da ist man dann sofort bei der Teilzeit. Ein schier unvermeidliches Thema, wenn es um weibliche Einkommen geht. Kein Wunder, betrifft es ja mit 48 Prozent mittlerweile fast die Hälfte der unselbstständig erwerbstätigen Frauen. Der Hauptgrund dafür sind die Betreuungspflichten – zumeist für Kinder, immer öfter aber auch für pflegebedürftige Erwachsene. Die probaten Mittel für mehr Gerechtigkeit in diesem Bereich sind hinreichend bekannt: gut ausgebaute und qualitätsvolle Kinderbetreuung bzw. Pflegedienste sowie mehr partnerschaftliche Teilung bei der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern.

Aber halt! Wenn die Männer jetzt anfangen, in Karenz zu gehen oder Teilzeit zu arbeiten, dann verdienen sie ja weniger. Und dann mag es wohl sein, dass der Gender Pay Gap schrumpft, aber das Haushaltseinkommen nicht größer wird – es verteilt sich nur gleicher. Das ist aus der Gerechtigkeitsperspektive natürlich auch kein Schaden. Aber dennoch ist es richtig, dass ein Sinken des Einkommensunterschieds nicht notwendigerweise zu mehr Einkommen in der Familie führt.

Männer, und die



ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN

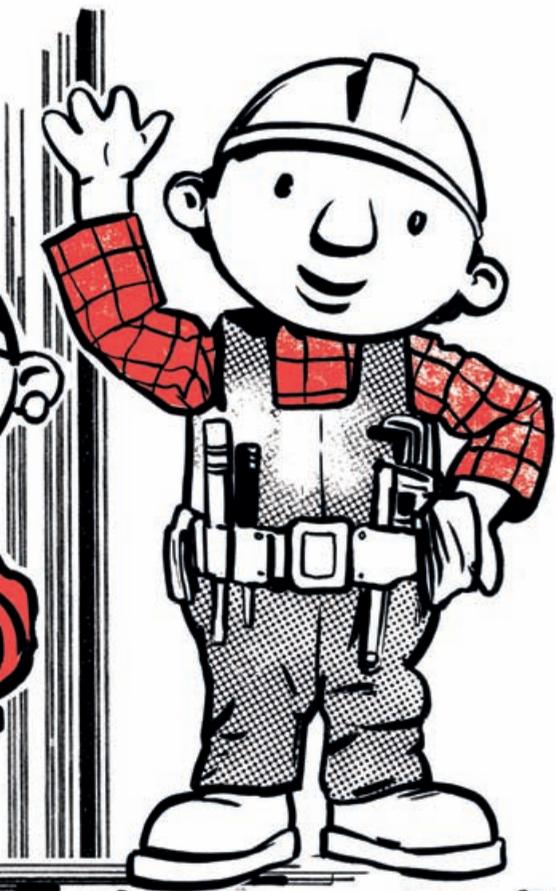


Frauenerwerbstätigkeit kann zur Mittelschicht erhalten. gerade einmal nicht so gut

Frauen Mittelschicht

Leider haut das Leben oft die schönsten Zukunftspläne über den Haufen. Dann sind Paare keine mehr, was gemeinsam gereicht hat, reicht für zwei Einzelne nicht mehr. Über den **Genderaspekt des Mitte-Themas**

DIAGNOSE: SYBILLE PIRKLBAUER



erdienstnachteil
37%

Mittelschicht zu allen Zeiten

Also ist der Gender Pay Gap doch kein Mittelschichtsthema? Doch! Denn das Leben haut manchmal die schönsten Zukunftspläne ohne Skrupel über den Haufen. Manchmal lässt sich das sogar messen. Die Antwort lautet dann: 40,5 Prozent. Die Frage dazu: Wie wahrscheinlich wird eine Ehe geschieden? Das ist meist recht unerfreulich – emotional und finanziell. Denn oft hat das Einkommen für einen gemeinsamen Haushalt ausgereicht. Für zwei Mal Miete, Strom und Heizung wird es aber mitunter eng.

Diese Situation verschärft sich in der Regel, wenn einer der beiden Paarhälften wenig oder gar nicht gearbeitet hat. Stichwort: männliches Ernährermodell. Dann droht der Streit um Alimente in besonderer Intensität, und am Ende reicht es womöglich für keinen der beiden so richtig. Was in aufrechter Partnerschaft eine solide Mittelschichtsfamilie war, wird zu zwei getrennten Haushalten an oder unter der Armutsschwelle.

Ähnliche Abstiegszenarien drohen, wenn der Hauptverdienende in der Beziehung aus anderen Gründen ausfällt – sei es durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Bei Alleinverdienenden ist das für die gesamte Familie eine Katastrophe. Je mehr aber der andere Partner oder die andere Partnerin verdient, umso glimpflicher ist der Einkommensentfall. Merke: Frauenerwerbstätigkeit kann die Zugehörigkeit zur Mittelschicht erhalten. Auch dann, wenn es das Leben gerade einmal nicht so gut meint.

Die Einkommensschwäche bewirkt allerdings, dass der Verlust des Einkommens vom Mann in der Regel deutlich spürbarer ist als jenes der Frau. Wiederum veranschaulicht das die Armutsstatistik: Das Armutsrisiko von Haushalten liegt mit einer weiblichen Hauptverdienerin bei 22 Prozent und damit doppelt so hoch als mit einem männlichen. Man wird den Pay Gap also nie so richtig los – und sollte deshalb dafür sorgen, dass wir ihn in der Realität loswerden.

Was dafür notwendig ist, ist bekannt, soll hier aber trotzdem noch einmal stichwortartig angeführt werden: Transparenz bei Einkommen; Stellenbesetzungen und Beförderungen; gute und umfassende Kinderbetreuung und Elementarbildung; ein Steuer- und Sozialsystem, das partnerschaftliche Teilung fördert; jegliche Förderung für junge Menschen, die sich für einen für ihr Geschlecht untypischen Beruf interessieren; und nicht zuletzt eine Arbeitszeitpolitik, die zuallererst die überlangen Arbeitszeiten ins Visier nimmt, aber auch über eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit nachdenkt. Kurz: eine umfassende, vielfältige Strategie.

Abgrenzung nach oben

Einkommen sind aber nur ein Aspekt in Bezug auf die Frage, was Mittelschicht ausmacht. Vermögen spielt genauso eine Rolle. Ein Auto, eine Eigentumswohnung oder ein Einfamilienhaus, ein bisschen was Erspartes und eine Lebensversicherung – diese Art von Sicherheiten wird gerne als zur Mittelschicht gehörig assoziiert.

Will man das in Zahlen fassen, tun sich statistische Lücken auf. Gibt es für Einkommen eine behördliche Erfassung durch Sozialversicherung und Steuer, gilt das nicht für Vermögen. Deswegen ist man auf Befragungen angewiesen, bei denen allerdings weder sehr arme noch sehr reiche Menschen gerne Auskunft über ihre Situation geben. Dennoch wurde mit dem Household Finance and Consumption Survey der EZB der Versuch gemacht, etwas mehr Licht ins Vermögensdunkel zu bringen. Dabei wurden auch Singlehaushalte nach Frauen und Männern getrennt ausgewertet.

Wenig überraschend setzt sich der Einkommensnachteil der Frauen beim Vermögen fort. Denn während das durchschnittliche Vermögen von Männern im Durchschnitt bei 194.000 Euro liegt, beträgt das von Frauen „nur“ 110.000 Euro. Der Grund für den großen Unterschied liegt bei den Superreichen.

Die Verteilung von Vermögen geht nämlich am oberen Ende der Skala extrem steil hinauf. Das bedeutet, dass der Unterschied zwischen den sehr Wohlhabenden und den Steinreichen ein riesiger ist. Ungefähr jener, der zwischen dem Eigentum einer Villa und dem Besitz von mehreren Wohn- und Bürotürmen liegt. Diese Diskrepanz hat auch einen Genderaspekt. Die Top-fünf-Prozent der männlichen Singlehaushalte verfügen über mehr als doppelt so viel Vermögen wie die weiblichen. Wenn es um wirklich viel Geld geht, werden die Frauen von den Männern völlig abgehängt.

Was das mit der Mittelschicht zu tun hat? Ganz einfach: die Abgrenzung nach oben. Frauen befinden sich sehr viel seltener über der Mittelschicht als Männer. Politisch lässt sich daraus ableiten, dass Maßnahmen zu einer gerechteren Verteilung von (sehr großen) Vermögen auch gleichstellungspolitisch ein richtiger Ansatz sind.

Zu guter Letzt noch ein Thema, das auch nicht vernachlässigt werden sollte. Wer im Haushalt darf sagen, wofür das vorhandene Geld ausgegeben wird? Eine Analyse der Statistik Austria in Kooperation mit der WU zeigt, dass solche Entscheidungen darüber keineswegs frictionsfrei ablaufen. Nur 57 Prozent der Paare berichten, dass sie wichtige finanzielle Entscheidungen gemeinsam treffen. Generell sinkt mit dem höheren Einkommen des Mannes der Anteil an einer gemeinsamen Entscheidungsfindung. Wenn die Frau alleinige Verdienerin im Haushalt ist, wird hingegen öfter gemeinsam entschieden.

Frauen sind also deutlich demokratischer, wenn es darum geht, über das von ihnen verdiente Geld zu entscheiden. Das kann man als zusätzliches Argument für die Förderung von Frauenerwerbstätigkeit und Einkommensgerechtigkeit anführen. Denn was nützt Geld, wenn man keinen Einfluss auf die Verwendung hat? **F**

**nn die Zugehörigkeit
Auch dann, wenn es das Leben
mit einer meint**

Leistbarer Wohnraum in der Großstadt – ein Luxus?

Mit seiner Tradition öffentlichen Wohnbaus ist **Wien** durch das Wachstum der Bevölkerung und steigende Bodenpreise gefordert

ANALYSE: KATHARINA HAMMER
UND WALTER ROSIFKA

Der weltweite Trend zur Urbanisierung ist ungebrochen, rasant wachsende Städte stellen Bevölkerung und Politik vor große Aufgaben. Vor allem der Zugang zu leistbaren und qualitativ guten Wohnungen ist eines der wichtigsten Merkmale einer lebenswerten Stadt. Historisch hat sich gezeigt, dass die Wohnungsfrage eine zentrale Verteilungsfrage ist.

Im 19. Jahrhundert hat sich die extreme soziale Schieflage der Gesellschaft mitunter in abscheulichen Wohnbedingungen niedergeschlagen. Auch in europäischen Städten wird die Wohnungsfrage wieder zunehmend aktuell. Dramatische Auswirkungen der marktwirtschaftlichen Entwertung des Wohnens zeigen sich zum Beispiel in Berlin. Nach dem Verkauf öffentlicher Wohnbestände und dem Bevölkerungswachstum fehlt heute eine Vielzahl an leistbaren Wohnungen.

Die Nachfrage nach günstigen Wohnungen ist massiv vorhanden, geschaffen werden sie jedoch nicht. Auch Städten wie München oder London fehlt es an leistbarem Wohnraum für die Mittelschicht. In London müssen bis zu zwei Drittel des Einkommens für Wohnen aufgewendet werden. Es kommt zu Prozessen der Verdrängung aus der Stadt, im schlimmsten Fall können sich Kindergartenpädagogen, Polizisten und Krankenpfleger das Leben im Zentrum und in zentrumsnahen Stadtteilen nicht mehr leisten.

Wien ist anders. Und die Stadt Wien wächst, ebenso wie andere Ballungsgebiete in Österreich. Zwischen 2008 und 2016 stiegen die Bruttomieten (inklusive Betriebskosten und USt) in Wien im Durchschnitt um 30 Prozent, während sich die Verbraucherpreise um lediglich 14 Prozent verändert haben. Rechnet man die Betriebskosten heraus, dann ergibt sich eine Nettoerhöhung der Mieteinnahmen in diesem Zeitraum um sogar 38 Prozent. Markant ist die Entwicklung im Segment der privaten Miet-

wohnungen, wo die Erträge (Hauptmieteinnahmen) um nominell über 53 Prozent gestiegen sind. Die enormen Steigerungen durch Mietpreiserhöhungen werden beim Abschluss von neuen oder bei der Erneuerung befristeter Verträge lukriert.

Im selben Zeitraum, also innerhalb von acht Jahren, stiegen auch die Preise für gebrauchte und neue Eigentumswohnungen eklatant an, je nach Bezirk zwischen 50 und 100 Prozent. Besonders seit der Finanzkrise stehen Menschen, die Wohnungen zur Deckung des persönlichen Wohnbedarfs kaufen möchten, in ganz massiver Konkurrenz mit privaten und institutionellen Immobilienanlegern. Selbst für gutverdienende Haushalte sind Durchschnittspreise von 3800 bis 7000 €/m² nicht erschwinglich.

Wien kann auf eine lange Tradition des kommunalen Wohnbaus zurückblicken, im internationalen Vergleich ist der Bestand an Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen sehr hoch. Jedoch gibt es zwei Herausforderungen, einerseits die anwachsende Wiener Bevölkerung und andererseits die steigenden Bodenpreise. Diese bewegen sich mittlerweile zwischen 600 und 2000 Euro pro Quadratmeter, die Limits für den sozialen Wohnbau liegen jedoch bei 235 bis 300 Euro. Damit wird die Finanzierung für den sozialen Wohnbau nahezu unmöglich. Um den geförderten Wohnbau in der Stadt sicherzustellen, braucht es daher neue leistbare Flächen, und eine Reform der Bauordnung muss sicherstellen, dass gemeinnütziger Wohnbau weiterhin möglich ist.

Geförderter Neubau allein reicht jedoch nicht aus. Ausschließlich mehr Angebot an gefördertem Mietwohnungsneubau kann das Problem nicht lösen. In Wien werden pro Jahr etwa 55.000 neue Mietverträge abgeschlossen, selbst die Wiederholung der geförderten jährlichen Rekordneubauleistung zwischen 1995 und 2000 wäre nicht einmal 20 Prozent dieses Wertes und bei weitem nicht ausreichend. Die Möglichkeiten zur Preisdämpfung muss man daher auch und vor allem im Wohnungsbestand suchen.

Ein Trend ist eindeutig: 70 Prozent der in Wien pro Jahr etwa 55.000 neuen Mietverträge werden im privaten Mietwohnungssegment abgeschlossen, in dem die Hauptmieten in den letzten Jahren um ein Vielfaches der Inflation stiegen. Vermietende verlangen bei Neuvermietungen oder bei

Verlängerungen befristeter Verträge einfach die am freien Markt erzielbaren Mieten. Diese sind bereits für Durchschnittshaushalte eine enorme finanzielle Belastung. Es braucht wirksame Regelungen, die zu Preissenkungen führen, das sind die Abschaffung des Lagezuschlags, die Eindämmung befristeter Mietverhältnisse und klare Mietzinsobergrenzen.

Was sagen die Privaten dazu? Die hohen Mieten oder die Forderung nach Abschaffung jeglicher Mietenbegrenzung werden von der privaten Immobilienwirtschaft gerne damit gerechtfertigt, dass „die Privaten“ keine Steuervorteile hätten und keine Förderungen bekämen. Das ist falsch. Viele Sanierungs- und Neubauprojekte privater Eigentümer oder Bauträger wurden und werden direkt aus den Mitteln der Wohnbauförderung unterstützt.

Seit Beginn der sanften Stadterneuerung wurden etwa in Wien mehr als 2,5 Milliarden Euro Sanierungsförderung an private Vermietende gewährt, oft handelte es sich dabei sogar um nicht rückzahlbare Zuschüsse. Dazu kommt die indirekte Förderung der Immobilieneigentümer durch die öffentliche Hand und damit letztlich durch alle, die Steuer zahlen.

Der Wert von Immobilien und ihre Wertsteigerungen resultieren nämlich oft nicht aus der eigenen Leistung derer, denen sie gehören, sondern aus den Investitionen und Entscheidungen der Allgemeinheit. Wohnungen können zumeist nur dort lukrativ vermietet werden, wo die öffentliche Hand für die Infrastruktur wie gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, qualitativ hochwertige öffentliche Räume, Bildungseinrichtungen, die Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen und den sozialen Frieden sorgt.

Wien steht im internationalen Vergleich zwar noch relativ gut da. Trotzdem sind Prozesse der Aushöhlung des leistbaren Wohnens in der Stadt sichtbar. Wenn Mieten stärker als das allgemeine Preisniveau steigen, hat dies zudem negative Effekte auf den Konsum – und somit auf Wachstum und Beschäftigung. Überproportionale Steigerungen der Mieten bedeuten auch verstärkte Ausgaben für die Wohnbeihilfen, also Belastungen für die öffentliche Hand zum Nachteil des Gemeinwohls. Diese Steuereinnahmen fehlen der Allgemeinheit dann an anderer Stelle, etwa für den Bau von Schulen und Spitälern sowie die Finanzierung des Pflegesystems.

In Österreich sind Mietrecht, Wohnbauförderung und der gemeinnützige Sektor Instrumente aktiver Wohnungspolitik. Die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Wohnraum zu leistbaren Preisen kann nicht über den privaten Markt erreicht werden, das kann nur eine sozialstaatliche Wohnpolitik.

Daher müssen öffentliche und gemeinnützige Bautätigkeit gestärkt werden, gleichzeitig braucht das Mietrechtsgesetz deutliche Regeln zur Begrenzung der Auswüchse des Marktes. Wohnen muss, im Kontext von Leistung, hoher Lebensqualität, Gemeinnützigkeit und sozialer Durchmischung, Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Dieses Prinzip gilt es zu erhalten und international zu etablieren.

2,5

Milliarden.

Seit etwa 40 Jahren wurden in Wien mehr als 2,5 Mrd. Euro an Sanierungszuschüssen an die Privatwirtschaft vergeben

55.000

neue Mietverträge

werden pro Jahr in Wien abgeschlossen

70

Prozent

dieser jährlich neu abgeschlossenen Mietverträge werden im privaten Segment abgeschlossen



Im privaten Segment stiegen die Mietpreise zwischen 2006 und 2016 um 30 Prozent; die Verbraucherpreise aber nur um 14 Prozent

Franz Schuh ist wieder einmal auf Kur. Aber das Thema interessiert ihn, also macht sich der Gesprächspartner auf nach Schärding. Auf einer Terrasse über dem Inn rücken beide dem amorphen Begriff der Mitte zu Leibe. Es wäre nicht Franz Schuh, wenn nicht nur Politik, sondern auch Literatur, Philosophie und TV eine Rolle spielen würden.

Falter: *Niemand weiß genau, was die Mitte ist. Ich habe den Eindruck, jeder definiert sie so, wie er will. Sie ist riesengroß und jeder fühlt sich ihr zugehörig. Sie sicher. Ich auch. Was also ist die Mitte der Gesellschaft?*

Franz Schuh: Zunächst einmal ist sie – und das ist absolut nicht meine Stärke – im Ernst ein historischer Begriff. In verschiedenen Gesellschaften ist immer etwas anderes die Mitte. Die Vorstellung einer gleichbleibenden Mitte würde eine Starrheit simulieren, die historische Veränderung gar nicht möglich machen würde. Wenn man sehr abstrakt an die Sache geht, ist die Mitte ein Ort zwischen Extremen. Diese Definition bedeutet einfach, dass, was man unter extrem versteht, immer von dem abhängig ist, was sich als Mitte geriert. Und umgekehrt: Was sich als Mitte geriert, wird immer von den Extremen in gewisser Weise sogar bedient. Soziologen haben das herausgefunden, Historiker erst recht: Es gibt eine Gesellschaft ohne Mitte. Das ist die Weimarer Republik gewesen. Eine Gesellschaft – das hat Herfried Münkler sehr schön herausgearbeitet –, in der die Extreme unmittelbar gegeneinanderstanden und in der es, nicht zu vergessen, auch von der ästhetischen Avantgarde her eine permanente Kritik an der Mitte gab. Alles, was sich als Mitte hätte einfügen wollen, ist stigmatisiert und tabuisiert worden. Nicht nur von den Extremisten, sondern auch von den ästhetischen Avantgarden.

Gemeint waren die sogenannten Kleinbürger. Der kleine Mann. Die Kritik, die von Wilhelm Reich bis Kurt Tucholsky an dem Spießertum der Mitte, an diesem unauffälligen Durchschnitt, geübt wurde, aus dem dann doch das Böse kam.

Schuh: Die These vom Bösen, das aus der Mitte kommt, ist meiner Meinung nach keine Ideologie, die man relativieren könnte. Es gibt in der Tat einen Extremismus der Mitte. Der sogenannte Extremismus der Mitte bezeugt wiederum, wie schwierig dieser Begriff eigentlich handhabbar ist. Es besteht die Möglichkeit, dass Gesellschaften, die von einer Mitte zusammengehalten werden, plötzlich von der Mitte her extremistisch werden. Es gibt eine Regel in der Gruppendynamik, die lautet, dass die Mitte einer Gruppe immer in die Richtung der – sagen wir mal – propagandistisch schmerzhaften Radikalen geht.

Dieser Grat ist ja dann oft schmal. Wenn man etwa daran denkt, wie knapp es beim New Deal war, dass Amerika nicht in den Faschismus gekippt ist. Ich habe es als faszinierend gefunden, an welchen kleinen historischen Zufälligkeiten es hängt, dass dann plötzlich wieder eine Mitte da ist, die groß wird, wie in der Sozialdemokratisierung durch den New Deal.

Schuh: Die Utopie von sogenannten Demokratien besteht ja darin, dass sie sowohl Partizipation als auch Wohlfahrt erzeugen und erregen können. Und es gibt, was die Demokratie betrifft, gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen, die nur in der Demokra-

„Perverse Halbidioten wie wir“

Ein Gespräch mit dem Essayisten **Franz Schuh** über die Mitte in der Weimarer Republik, bei Angela Merkel, Thomas Bernhard, im Gemeindebau und im Fernsehen

FRAGEN:
ARMIN THURNHER



Franz Schuh erforscht die Facetten des Begriffs der Mitte auf skeptische und immer überraschende Art und Weise

tie möglich sind. Diese wirtschaftlichen Voraussetzungen produzieren einen Liberalismus, und wenn dieser Liberalismus gelingt, hat er, zumindest in der Rückschau betrachtet, die größte Möglichkeit, eine Mitte zu erzeugen. Das seltsame Problem der DDR war, dass es eigentlich eine sehr starke gesellschaftliche Mitte gab, die aber auf der Grundlage des Gründungsmythos dieses Staates revolutionär hat sein müssen. Man musste etablierten Spießern einreden, dass sie die Avantgarde der Revolution seien, und gleichzeitig durfte man sie nur zum Schein partizipieren lassen; sie mussten als revolutionäre Avantgarde auftreten, damit sie dazugehören, von den öffentlichen Stellen als dazugehörig eingestuft werden können. Das hat komische Effekte geschaffen, nicht zuletzt bei den Führern. Wenn man die Führer des New Deal und jene der kommunistischen Epoche ansieht, sieht man Formatunterschiede, die beachtlich sind.

Sie haben zuvor Demokratie und Liberalismus mit der Fähigkeit verknüpft, einen gewissen Wohlstand und damit die Bedingungen für Freiheit zu schaffen.

In China haben wir Kapitalismus ohne Liberalismus und ohne Freiheiten und trotzdem wird dort Wohlstand geschaffen und auch eine Mitte der Gesellschaft, die offensichtlich wächst. Ich verstehe nicht viel von China, aber der Unterschied ist offensichtlich.

Schuh: Dieser Frage sitz ich achselzuckend gegenüber, denn wir kennen nicht den ungeheuren Preis dieser Wohlfahrt. Auch im „Kapitalismus“. Das ist ein viel komplexeres System, als es das bloße Wort Kapitalismus besagt – auch im Kapitalismus wird die Natur geschändet. Beim Streit um den Klimawandel, den wir jetzt sichtlich haben, sagt ein Führer des sogenannten Westens einfach, Klimawandel ist eine Ideologie von Leuten, die uns einerseits politisch korrekt das Gendern beibringen und auf der anderen Seite unsere industriellen Stärken verhindern wollen. Aber in China darf man diese Diskussion nicht einmal führen, da ist man unmittelbar von dieser „Wohlfahrt“ betroffen. Die wunderbaren Bilder von Peking im Smog ...

Die Diskussion darf man nicht führen, aber wenn die Partei zur Einsicht kommt, dass doch Umweltprobleme bestehen, dann wird Umweltschutz verordnet und bald wird Peking saubere Luft haben.

Schuh: Meine sinologischen Kenntnisse beschränken sich auf Canettis Roman „Die Blendung“, wo ein Sinologe die Hauptrolle spielt. Aber ich würde sagen, man kann es gar nicht vergleichen, weil der sogenannte Westen oder das Amerika des New Deal gesellschaftlich ausdifferenziert ist. Also da gibt es unendlich viele Interessen, die institutionell verankert sind und die auf eine Weise ausgeglichen werden, damit nichts in die Extreme umkippt. Gesellschaften, die eine Neigung zum Kollektiv haben und die das Kollektiv fördern, die also auch als Einparteiensystem gut überleben können, sind mit diesem Übel der vielen Parteilichkeiten nicht in demselben Maße vertraut. Der berühmte Herr Hitler hat eine Rede gehalten, die man immer wieder sieht – als ob bei den Fernsehleuten eine Lust genau am Zeigen dessen bestünde – und wo er sagt: Wir sind nicht tolerant, wir wollen alle Parteien hinausjagen. Der Liberalismus ist natürlich ein Resultat dieser vielen Fraktionen, in der die Gesellschaft sich zeigt und mit deren Hilfe etwas steuerbar ist. Dieses Steuerungssystem heißt Parlamentarismus, und die politische Rechte hat den Parlamentarismus gehasst. Warum? Weil bei ihm eben diese Ausgleichsprozesse wesentlich sind.

Sie haben eingangs gesagt, der Weimarer Republik hat die Mitte gefehlt und die Klasseninteressen, organisiert wie immer, sind da direkt aufeinandergeprallt. Das hat man ja nach 1945 zu vermeiden versucht, das hat auch die Sozialdemokratie in gewisser Weise zu vermeiden versucht. In Ihrem Buch „Fortuna“ schreiben Sie über den Wiener Gemeindebau, und beschreiben genau, wie Elemente der Liberalisierung die solidarische Gemeinschaft im Gemeindebau auflösen, die aber offensichtlich ihrerseits wiederum eine Reaktion auf die totalitäre Gesellschaft davor war. Ich fand sehr schön, wie Sie das beschreiben, und auch, wie das Privateigentum, nicht

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 45

an Produktionsmitteln, sondern an Gegenständen, diese Gemeinschaft auflöst. Ist also der Liberalismus an die Stelle dessen getreten, was da war? Und konnte man unter Mitte so eine solidarische Gesellschaft oder Teilgesellschaft verstehen, wie es sie in Wien im Gemeindebau gab?

Schuh: Ja, ich glaube an etwas, was die Soziologen als feststehend bezeichnen: Es ist eine Differenz zwischen der politischen Mitte und zwischen dem, was man etwa in der aristotelischen Tugendlehre als Mitte bezeichnet. In der Tugendlehre ist es relativ klar. Tapferkeit ist eine Tugend. Aber wenn du nicht klug genug bist, wird dir die Tapferkeit ständig auf den Kopf fallen oder zu Kopf steigen. Bei Shakespeare gibt es eine Figur namens Hotspur. Dieser Hitzkopf ist zwar tapfer, aber er hat keine Klugheit. Und die politische Mitte ist sozusagen etwas, was sich einpendelt im Ausgleich der ökonomischen und der politischen Partizipationsinteressen, aber man muss wohl auch sagen: der Desinteressen. Also des freiwilligen Verzichts auf die Partizipationsangebote – und das ist das Phänomen des Wutbürgers. Der Wutbürger begeht den Verzicht und dann beschwert er sich, dass er nicht partizipieren kann. Aber zu partizipieren ist eine Anstrengung. Da muss er sozusagen die Utopie der Mitte, nämlich die absolute Geborgenheit, durch Praxis verlassen.

Sie beschreiben auch, wie im Gemeindebau das zusammenhaltende Gefühl weniger eine politische Geborgenheit als die Geborgenheit vor der Arbeitslosigkeit und vor der Angst des Abstiegs und des Ausgesetztseins war.

Schuh: Auch vor den Reminiszenzen der Arbeitslosigkeit. Ich zitiere immer wieder Kreisky, bei dem ich in einem Interview den Eindruck hatte, dass er einen absoluten Horror vor Arbeitslosigkeit hatte. Das war keine Attitüde. Arbeitslosigkeit war seine zentrale Vorstellung vom Ende aller Humanität, aller gesellschaftlichen Humanität. Wenn Leute ausgegrenzt sind oder, wie das früher hieß, „ausgesteuert“ sind, dann ist eine Gesellschaft höchst gefährdet, was alle liberalen Werte und Möglichkeiten betrifft. Und was diese Entwicklungen betrifft, etwa in den Gemeindebauten, liegt hier ein klassisches Problem vor: Nämlich, dass man einerseits etwas gewinnt durch die Entwicklung, also – sagen wir es ironisch – den Besitz an Gegenständen, der einem etwas bedeutet, Konsumerismus, und andererseits etwas verliert. Man verliert etwas, das man irgendwann einmal als Verlust gar nicht mehr kennt oder erkennt. Man verliert eine Art von Solidarität, die dann auch – und das ist meine etwas idealisierende Perspektive – wertlos wird. Sie wird dann auch für die Zukunft wertlos. Und jetzt habe ich ohne Absicht, aber unwillkürlich die Geschichte der Entwicklung der Sozialdemokratie in einfachen, märchenhaften Zügen erzählt.

Die Sozialdemokratie lebt ja in einer mehrfachen Scheinwelt, ganz offenbar, weil sie sich ja dauernd auf Dinge bezieht, die ihren Wert verloren haben, andererseits aber Dinge materiell vertritt – ich denke an die Wiener Gemeindebauten, die ja in öffentlichem Besitz sind –, die sie nicht argumentiert. Bei denen sie den Leuten, die darin wohnen, gar nicht erklären kann, was sie bedeuten und wie sie davon profitieren. Fantastisch, oder?



Amerikanische TV-Serie „The Middle“: Der Witz ist ausgetrieben, es herrscht die totale Mediokratie

Schuh: Es gibt Gruppen, aber auch Insassen von Gemeindebauten, die davon schwärmen, die Wohnungen kaufen zu können.

Geht es uns zu gut für eine solidarische Gesellschaft? Geht es den Leuten zu gut?

Schuh: Nein, ich glaube, das Potenzial an Solidarität ist unter Menschen immer das selbe, Gesellschaft hin oder her. Oder fast immer. Die Unterschiede sind nur: Kann man mit Solidarität etwas erreichen oder kann man mehr erreichen, wenn man sich unsolidarisch verhält. Diese Auseinandersetzungen existieren ja spürbar, und die soziologische Formel dafür ist der Streit zwischen Gesinnungsethik und sogenannter Verantwortungsethik. Wobei man sagen muss: Max Weber hat die Gesinnungsethik verachtet, auch wenn das in seinem Text so nicht drinsteht.

Außerdem hat er ja bestritten, dass eine davon in unvermischter Form vorkommt.

Schuh: Stimmt schon, in reiner Form gibt es nur in der Rhetorik der Konflikte so etwas wie Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Aber diese Rhetorik der Konflikte gibt es. Man muss sich mal Frau Merkel anhören, wenn sie 2015 erklärt. Und dann muss man dazu die Leserbriefe der *Kronen Zeitung* lesen, dass eben Frau Merkel gegen jede Verantwortung uns mit einer Flutwelle aus der Fremde eingetunkt hat. Da hat man diese Gegensätze in Reinkultur. Wobei, natürlich, wenn man Verantwortungsethik genau betrachtet, der Leserbriefschreiber in der *Kronen Zeitung* Leser schlechthin unethisch ist, aber das ist die Behauptung eines Gesinnungsethikers! Das kann man denen nicht klarmachen!

Ganz abgesehen davon, dass Angela Merkel für sich natürlich auch Verantwortungsethik in Anspruch nimmt, indem sie sagt, wir verhalten uns nicht nur humanitär, sondern wir lösen auch Probleme.

Schuh: Ja, das ist wirklich ein komplexes Verhalten. Wer Gesinnungsethik pflegte,

war Helmut Kohl, als er sagte, ich sage nicht, von wem die Parteispenden kommen, denn ich habe mein Wort gegeben. Da hat man einen klassischen Fall der Perversion einer Gesinnungsethik. Alle Ethiken können sich pervertieren. Hier sind wir wieder beim Begriff der Mitte. Man muss eine Mitte finden, will man nicht auf einer extremen Seite die ganze Chose pervertieren.

Außerdem ist die Mitte vielleicht leichter zu finden, als eine abstrakte Verhaltensregel zu definieren, wie es Kant versucht hat. Bei Aristoteles geht die Mitte auch nicht immer auf. Es gibt Tugenden, zu denen es keinen richtigen Gegensatz gibt.

Schuh: Bei der aristotelischen Vermittlung spielt ja die Glücksfrage eine Rolle, das Glück liegt sozusagen in der Mitte. Mein Hauptargument dagegen ist, dass das den Exzess ausgrenzt und der Exzess nun einmal eine Glücksquelle ist. Und zwar so sehr, dass der dem Exzess Hingeebene sich gar nicht darum kümmert, was die Folgen des Exzesses sind. Das heißt, der exzessiv Lebende hat einen Moment, wo er nicht von der Sorge diskriminiert wird. Während es sich bei diesen mittigen Verhalten immer auch um eine Reflexion, also um eine Spiegelung von Sorge handeln. Das kann, wenn es extrem wird, irgendwie schlecht ausgehen.

Mich wundert nicht, dass Sie die Tugendlehre verteidigen, denn die höchste Glückseligkeit ist Aristoteles zufolge die Theorie, die Anschauung, also Ihr Beruf. Insofern ist eine gewisse Sympathie nicht unwahrscheinlich, obwohl Sie sich nicht als Aristoteliker definieren würden, nehme ich an.

Schuh: Was die Ethik betrifft, bin ich ein Kantianer. Obwohl es völlig irrelevant ist, was ich bin. Ich finde den Kategorischen Imperativ rein sprachlich genial. Das ist eine geniale Denkkoperation und es ist auch eine Operation, die den Anderen als grund-



In seinem Buch „Fortuna. Aus dem Magazin des Glücks“ setzt sich Franz Schuh auch mit der Utopie des Gemeindebaus auseinander



Amerikanische TV-Serie „Roseanne“: Hier herrschte noch Skepsis, dem Dargestellten gegenüber

sätzlichen Teilhaber des eigenen ethischen Verhaltens definiert. Das ist, glaube ich, eine ganz gewichtige Sache, dass in allen Maximen, die man so aufstellt, die Interaktionen mitberücksichtigt werden müssen. Weil sonst stehst mit deiner Ideologie allein da. Das willst du zwar, aber das ist praktisch nicht durchsetzbar! (Lacht.) Gelingt nicht einmal Trump!

Die vorher beschriebene Liberalisierung hat auch Klassen aufgelöst, zumindest hat man das eine Zeit lang gedacht. Aber mittlerweile gibt es Soziologen wie Oliver Nachtwey, die – mit gutem Recht, meine ich – wieder von einer Rückkehr des Klassenbegriffs sprechen, davon, dass so etwas wie eine reaktionäre Modernisierung denkbar ist, sichtbar in den Wutbürgern, die wir vorher auch besprochen haben. Halten Sie das für denkbar? Oder ist die Mitte noch immer so groß und so mächtig, dass sie die Extreme kleinhält?

Schuh: Dass es so schwierig ist, die Mitte zu definieren, hängt damit zusammen, dass es ein Begriff ist, der einerseits deskriptiv verwendet wird und andererseits aber normativ-wertend eingesetzt wird. Das macht es verdammt schwer, den Begriff irgendwie aufrechtzuerhalten. Und ich glaube, dass der Begriff der Mitte eine Utopie ist. Ich habe ein bisschen ein pessimistisches Weltbild im Sinne Schopenhauers und ich sehe, dass das Leben eigentlich ein sich selbst aufzehrender Existenzkampf ist. Und in so einem sich selbst aufzehrenden Existenzkampf muss man sich irgendwo halten. Wenn links die Stromschnellen toben und rechts die Stromschnellen toben, kann man vielleicht in der Mitte schwimmen. Da ist ein anderer Begriff der Mitte relevant, und zwar jener der Mediokrität. Die Stromschnellen haben etwas Dramatisches. Mitte ist auch immer eine Utopie, und es ist eine liberale Utopie, nämlich: Wenn du dich anständig verhältst in diesen Systemen und nicht auf die Schnellen schaut und Leis-



Mitte ist immer auch eine Utopie, und zwar eine liberale Utopie. Wenn du dich anständig verhältst und Leistung bringst, kommst du durch

tung bringst, kommst du durch. Im *Kurier* gibt es eine eigene angestellte Redakteurin, die Leistung und den Abfall vom Leistungsgedanken bespricht, weil man sich davon eine Mitte erhofft. Ebenso erhofft sich der Steuerstaat nicht nur eine Mitte, sondern er beutet sie gnadenlos aus. Ich rede von mir. Denn, damit die Welt das erfährt: Ich bin als Unternehmer eingestuft und bin bei der SVA versichert, egal, wo ich sonst noch versichert bin. Bei der SVA bin ich extra versichert. Also die Mitte ist ein einerseits etwas unendlich Auspressbares, auf der anderen Seite auch ein Zufluchtsort, wo sozusagen der Mainstream im Existenzkampf durchschwimmen will.

Alexander Kluge zitiert dazu Friedrich von Logaus berühmten Spruch „In Gefahr und großer Not bringt der Mittelweg den Tod“.

Schuh: Ja, das ist eines der berühmtesten Zitate. Nach meiner Interpretation richtet es sich nicht gegen die Mitte, sondern ist skeptisch gegenüber der Mitte-Ideologie. Logau hat das in Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg geschrieben, wo du in die Scheißlage kommen konntest – Brecht hat sich auch mit dieser Frage herumgespielt –, zwischen den Fronten einen Mittelweg zu suchen.

Dann schon lieber Partei!

Schuh: Sozusagen. Die Mutter Courage versucht, durch Liberalismus der Parteilichkeit auszuweichen. Ich mach meine Geschäfte, sagt die Mutter Courage und verliert auf diesem Weg alles, aber sie geht weiter ihren Weg. Das spricht die Zerstörungskräfte des Liberalismus an. Es ist ja die Aufgabe des Marxismus, den Liberalismus zu düpieren.

Leider düpiert der Liberalismus uns! Die Marxistin Nancy Fraser sagt, dass durch die Zugewinne an individueller Freiheit in der 68er-Bewegung, Frauenbewegung, Schwulenbewegung usw. eine

Individualisierung mitbefördert wurde, die in diesem schönen Individualismus gleich alle Interessen von Gruppen oder der Linken aufgelöst hat.

Schuh: Das ist im Grunde das, was ich vorher abstrakt, maximenhaft behauptet habe. Alles, was gewonnen wird, ist gleichzeitig ein Verlust. Und es kann Entwicklungen geben, wo der Gewinn gänzlich neben dem Verlust verblasst. Aber diese Individualisierungen können auch Lebensmöglichkeiten, Selbstreflexionen und Selbstbestimmungsmöglichkeiten ergeben, die etwa im Sinne der Glücksmöglichkeiten einem religiösen Weltbild bei weitem überlegen sind. Obwohl natürlich der Verlust sehr groß ist. Wenn ich nämlich immer alles selber tue und nicht den Herrgott walten lassen kann, fällt vieles auf mich zurück.

Anstrengend.

Schuh: Ja, es ist anstrengend. Ein Existenzkampf. Und es gibt in unseren Gesellschaften Vorstellungen, diesen Existenzkampf aufzuheben in sowohl eine religiöse Vorstellung davon als auch eine politische, die Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft, wo das Privateigentum ebenso verschwindet wie der Staat. Das ist aber im Augenblick eine raue, eine ziemlich unbehauene Utopie, denn derzeit haben wir die Wiederkehr des Nationalismus, also eines Eigensinns, der Leuten – ob sie es wissen oder nicht – unendlich viel Kraft kosten wird.

Aber auf der anderen Seite gibt es doch wieder Momente – Bernie Sanders in den USA –, wo ein linker Populismus – wie plump auch immer – eine unverhoffte Resonanz auch bei Gruppen hat, wo man nicht damit gerechnet hätte. Auch bei Jungen. Ist so etwas noch einmal möglich?

Schuh: Das kann niemand beurteilen, und zwar deshalb, weil niemand wissen kann, ob mit solchen Versuchen nicht bloß kompensiert wird, was an – sagen wir mal – Extremismus der Mitte droht oder schon vorhanden ist. Oder ob das tatsächlich praktische Folgen haben kann; ob politisch praktisch werden kann. Die amerikanischen Verhältnisse sind natürlich schon entmutigend. Denn wenn Leute, um das Establishment zu bestrafen, einen der radikalsten Führer dieses Establishments – der ist so radikal, dass er es jetzt parodiert – für ihre Zukunft halten, dann scheint so etwas wie Bernie Sanders eher unwahrscheinlich, aber es bleibt ihm eben die Möglichkeit, kompensatorisch Verhältnisse zu simulieren, dass man die Realität besser aushält. Es gibt ja immer noch den Bernie Sanders. Aber man weiß es nicht. Es kann durchaus sein, dass die Leute wieder einmal so sauer sind von sich selbst, dass sie dann umschwenken, und dann führt der linke Populismus vor dem rechten. Aber das ist noch lange nicht so weit.

Das hängt offenbar auch von personellen Zufälligkeiten ab. Das sozialdemokratische Personal von Drittem Weg, New Labour und wie sie alle heißen, hat sich ja ganz ordentlich diskreditiert und ist vom bürgerlichen Personal oft nur durch etwas weniger Moral zu unterscheiden; Bernie Sanders gehört zu den Ausnahmeerscheinungen, die aufgrund ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit dann doch etwas reißen.

Schuh: Das ist die alte Geschichte vom Buddha bei Nietzsche. Der Buddha hat

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 46

die Höhle längst schon verlassen, aber der Schatten des Buddhas ist noch in der Höhle. Das Edle an der Sozialdemokratie trägt heute die Uniform Doskozils und ist damit eher anderswo als in dieser Welt. Es ist von uns gegangen, irgendwie. Aber es einzufordern halte ich für absolut sinnlos, weil – und das ist der große Triumph auch des Politroboters im Burgenland – die Leute wollen das gar nicht. Während ich einer bin, der, als sie in der DDR geschrien haben, wir sind das Volk, schon gehört hat, wie sie das wieder schreien werden und es wird eine ganz andere Bedeutung haben als den Aufstand vor Herrscherthronen. So ist auch hier wiederum eine bekräftigende Tatsache für die neue Sozialdemokratie da. Die Leute wollen uns, und das ist die FPÖ, und das sind wir. Und in Oberösterreich sind es die Schwarzen, die es aber leichter haben, weil sie da an unterschwellige Traditionen ihrer selbst anschließen können, wenn sie mit der FPÖ koalieren. Den Ausdruck koalieren müsste man psychoanalytisch verstehen. Da gibt es ja Lust- und Sterbedürfnisse, die mit diesen Koalitionen zusammenhängen. Das wird natürlich alles verleugnet und pragmatisch hingestellt, aber in Wahrheit ist Österreich schon auch das Bernhard'sche Punschkrapferl: Außen rot, innen braun und immer irgendwie betrunken. Das ist eine polemische Maxime über das, was man beobachten kann und auch muss. Das Interessante an so jemandem wie Thomas Bernhard ist, dass er selbst nicht frei von dem war, was er kritisiert hat. Das ist eine große Kraft, wenn man mit dem, was man hasst, identifizierbar ist, und gleichzeitig das in sich hat, wogegen man auftrumpft. Man sieht, die Mitte ist eine wirklich schwierige Errungenschaft.

Fallen Ihnen noch andere künstlerische Beispiele der Mitte ein?

Schuh: Es gibt eine amerikanische Fernsehserie, die heißt „The Middle“. Als ich „The Middle“ zum ersten Mal gesehen

„Barbara Karlich-Show“: Außenseiter, denen immer bescheinigt wird, sie gehören zur Mitte



Als sie in der DDR „Wir sind das Volk“ schrien, habe ich schon gehört, dass sie das bald wieder schreien werden und es eine andere Bedeutung haben wird als den Aufstand vor Herrscherthronen

habe, dachte ich, das ist ja tausend Jahre alt. Das kommt aus der TV-Steinzeit. Allerdings, ein bisschen kannte ich die Actors und dachte, die sehen aber ziemlich alt und ramponiert aus. Es stellte sich heraus: Es ist tatsächlich eine gegenwärtige Serie, und für die Frage der Mitte ist sie höchst interessant. Nicht nur des Titels wegen. Fernsehstücke funktionieren wie Werbung. Das heißt, sie steuern Verhalten, nachdem sie Verhalten studiert haben. Das haben uns ja die österreichischen Soziologen von anno dazumal eingebrockt, mit ihrer Einstellungsforschung. „The Middle“ ist, wenn man nicht kulinarisch fernsieht, sondern soziologisch fernsieht, eine geniale Selbstfeier und zugleich eine Offenbarung des Existenzkampfes von Menschen, die die Mitte beanspruchen.

Worum geht es da genau?

Schuh: Es geht logischerweise wie in jeder ordentlichen Fernsehserie um Familie. Sogar in den ironischen Serien geht es um Familie, denken wir an „Eine schrecklich nette Familie“, die hat das Fernsehformat total verarscht. In der Familie „The Middle“ geht es um Existenzkampf. Es geht um ein mittleres Einkommen und mittlere Denkweisen, aber ständig in der Antizipation, wie schwierig das ist, das aufrecht zu erhalten. Das ist wahnsinnig geschickt gemacht, wenn man es soziologisch sieht. Rein künstlerisch ist es wirklich Mist. Die Familie hat drei Kinder. Der Kleine ist irgendwie ein Genie, aber ein kommunikativer Idiot. Die Tochter ist von einer geradezu aufdringlichen Hässlichkeit, hat Zahnspangenprobleme, das ist sehr amerikanisch, und hängt ihre Zahnspange in die Kamera, sodass die eigentlich die Hauptrolle an ihrem Körper spielt. Und das dritte Kind ist ein Sohn, ist auf Laissez-faire gestellt. Die Mutter arbeitet, der Vater arbeitet. Was bei „Malcom“ eine Hetz war, wird hier im vollen Ernst präsentiert: Wie hart das ist, sich durchzubringen, und wie

man dabei immer emotionale Schwierigkeiten hat. Die hässliche Tochter ist zum Glück auch etwas dumm, sie kann all ihre Niederlagen, obwohl sie oft heult, wie nichts verdauen. Das ist die wesentliche Lehre der Mitte: Uns kann man einihauen, aber irgendwie stehen wir wieder auf.

Aber wir müssen uns immer ein bisschen mehr bemühen.

Schuh: Und wir müssen Leistung bringen. Man kann auch sehr schön sehen, was Familien ausmacht. Historiker haben ja schon früh festgestellt, Familien sind gleichzeitig eine Arbeits- und eine Emotionalitätsgemeinschaft. Liebe und Arbeit sollen in der Familie irgendwie zusammengehen.

Geht sich aber nicht aus.

Schuh: Na, das kann sich nicht ausgeben. Aber das wird nicht gezeigt. Sondern das kommt unmittelbar zum Ausdruck. In einer Folge arbeitet der Kleine irgendwie missverständlich damit, dass die Eltern ihn gehaut haben. Jetzt sitzen die Eltern verzweifelt vor dem Jugendamt und werden von diesem kleinen Idioten erpresst, es geht um alle Kinder und hauptsächlich um die Existenz. Der innerfamiliäre Wahnsinn. Das Leben als eine einzige Lebensaufgabe, die man Tag für Tag meistert. Das ist der Alltag und das ist „The Middle“.

Wie verhält sich „The Middle“

gegenüber früheren Familienserien?

Schuh: Die Entwicklung der Fernsehästhetik ist interessant. Von „Roseanne“ angefangen bis zur „Schrecklich netten Familie“ herrschte eine tiefe Skepsis dem Dargestellten gegenüber. „Roseanne“ ist der unterste Mittelstand, und dann war da dieser grandiose Schauspieler John Goodman. Wie der den Proll hinlegt mit seiner Sprachlosigkeit und mit seiner Unfähigkeit, das Leben glänzend zu bestehen! Das ist so, wie wenn einer mit dem Auto fährt, ständig irgendwo anstreift und mit Müh und Not dann doch nach Hause kommt. Reden über das, was er so macht, kann er auch nicht. Aber er hat ein sogenanntes gutes Herz. Und in der Serie „The Middle“ sind all diese Motive, die es in den anderen Serien auch gibt, mediokrisiert. Hier haben wir die totale Mediokratie.

Ist „The Middle“ witzig?

Schuh: Nein. Es mag Leute geben, die über das eine oder andere lachen. Aber im Wesentlichen geht es darum, eine Mitte zu zeigen, und dass man in der Mitte tatsächlich leben kann. Diese Mediokrität ist ja auch das Interessante an der „Barbara-Karlich-Show“. Genauso arbeitet die. Das ist für den Begriff der Mitte nicht uninteressant. In der „Barbara Karlich Show“ werden immer Leute gezeigt, die irgendwie Außenseiter sind. Entweder haben sie furchtbare Tabus oder sexuelle Vorlieben oder sonst etwas Abweichendes – aber all dieses Außenseitertum wird gezeigt, voller Dankbarkeit, dass die Leute da sind, und es wird ihnen bescheinigt, sie gehören zur Mitte. Sie gehören dazu. In der Serie „The Middle“ feiert natürlich das geheime Wissen fröhliche Urstände, dass die in der Mitte alle perverse Halbidioten sind ...

Also wie wir alle!

Schuh: Genau! Wie wir alle! Und dass sie zwar zur Mitte zählen, aber alles andere sind als eine stoisch ausgeglichene Partie.

Um ein Wort von dir zu zitieren:

Die Mitte n'existe pas.

Schuh: Ja!

Köpfe

Auskunft über die Mitte erhält man zum Beispiel bei der berühmten Sozialpsychologin Marie Jahoda, deren Untersuchung über die Arbeitslosen von Marienthal zum soziologischen Kanon gehört. Pierre Bourdieu verteidigt den Sozialstaat als das Beste, was es bisher unter Menschen gab. Wilhelm Heitmeyer hat durch das deutsche Wahlergebnis traurige Aktualität erlangt; er erforscht systematisch seit Jahr-

IV

zehnten die Radikalisierung der Gesellschaft. Die Philosophin Martha Nussbaum untersucht, welche Voraussetzungen wir benötigen, um ein gutes Leben führen zu können. Alle vier Denker und Denkerinnen und einige mehr werden von Autorinnen und Autoren vorgestellt, die mit dem Werk der Vorgestellten bestens vertraut sind. Ein Panorama zum Thema Mitte beendet das Heft auf leichtere Weise.

Pierre Bourdieu: Die Linken sind zwei, drei Revolutionen hintennach

Für Pierre Bourdieu gab es nichts Provokanteres als Wissenschaft, als Autonomie und öffentliche Wahrheitsfindung. Immer geht es ihm um Menschen in Zwangssituationen, unten, oben, mittendrin. Den Sozialstaat erachtete er als Erzeugnis der Evolution, sozusagen als das Beste, was es bisher unter Menschen gab. Entstanden durchaus aus Zufällen, Glücksfällen, zugleich aber das Ergebnis unglaublicher, schrecklicher Kämpfe. Daher dürfe der Sozialstaat ja nicht von neuem dem Zufall preisgegeben werden. Ja nicht diesen furchtbaren Preis von neuem zahlen müssen, nämlich das Insgesamt der menschlichen Qual, seit es uns gibt.

Kleine soziale Wunder, Kostbarkeiten – Bourdieu nannte die Menschengruppen, die für den Sozialstaat kämpfen, so, die Bewegungen, Hilfseinrichtungen, NGOs. Er meinte, gegenwärtig sei eine rechte Revolution nach der anderen im Gange – eine permanente neoliberale Revolution, durch die der Staat mittels des Staates außer Kraft gesetzt werde. Die Linken und Alternativen seien aber immer zwei, drei, vier Revolutionen hintennach.

Unter anderem auf autonomie- und verantwortungsbewusste Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler, Künstlerinnen, Künstler und auf aufbegehrende Jugendliche hoffte Bourdieu nichtsdestotrotz, ebenso auf eine ältere, illusionslos betriebserfahrene Arbeitnehmerschaft. Vor allem freilich auf die Ausübenden der helfenden Berufe, die in Ausübung ihrer Berufspflicht von Rechts wegen sich durch nichts und niemanden von ihren Schutzbefohlenen trennen lassen und in der Folge Politikern und Wirtschaftsherren rechtzeitig, wirklich und gemeinsam Paroli bieten. Statt „Paroli bieten“ hat er „Gegenfeuer“ gesagt. Und statt „helfende Berufe“ in etwa „die linke Hand des Staates“. „Wirklich“, „rechtzeitig“ und „gemeinsam“ waren Bourdieus Lieblingsadverbien. Statt „Sozialstaat“ sagte er auch „mitfühlender Staat“. Er war überzeugt, dass der Neoliberalismus blühende europäische Regionen und Länder in Ghettos und in Gebiete nahezu wie nach einem Krieg verwandeln werde. Zeitbombenartig.

Die Demokratie-, Solidaritäts-, Friedensmethode des Konflikt- und Dissensetheoretikers Bourdieu ist praktiziert in der großen soziologischen Studie „Das Elend der Welt“ (1993). Da respektive durch es erzählen angeblich banale alltägliche Menschen wie – pardon – du und ich einander ihre angeblich mehr oder weniger unwichtigen Leben, Wegwerfleben, und was sie fürchten, was sie sich wünschen, was ihnen wehtut. Hier erzählen Menschen, die einander ansonsten unbekannt, gleichgültig oder gar widerwärtig sind, einander ihr Leben. Indem sie einander angeblich Banales erzählen, das in Wahrheit lebenswichtig ist, entmachten sie

Pierre Bourdieu Der französische Soziologe betrachtet den Sozialstaat als das Beste, was es bisher unter Menschen gab

PORTRÄT:
EGON CHRISTIAN
LEITNER

ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN

Zur Person

Pierre Félix Bourdieu (1930–2002)

wuchs in kleinbäuerlichen Verhältnissen auf, der Vater, auch Postbeamter, half Flüchtlingen aus Franco-Spanien. Studierte Philosophie, arbeitete kurz als Gymnasiallehrer. 1955 bis 1958 Militärdienst in Algerien. Mehrjährige Forschungsstelle an der Universität Algier. An der Sorbonne Assistent des konservativen Soziologen Raymond Aron. Von diesem gefördert, Bruch spätestens ab 1968. Ab 1981 Gewerkschaftsberater. Ab 1982 am Collège de France leitend zuständig für Kultur- und Erziehungssoziologie. War auch Berater des Staatspräsidenten Mitterrand in Bildungsfragen

Stück für Stück diejenigen Wirtschaftsherren und politischen Machthaber, von denen sie beruflich und alltäglich in ihre jeweiligen Lebenssituationen, Konflikte und Kämpfe, ins Ohne- und Gegeneinander gezwungen werden. In Bourdieus Augen ist das Berufsgeheimnis das größte Problem. Für Bourdieu war Schicksal jedenfalls nur Gewalt und Willkür und der Sozialstaat gedacht als das Gegenteil davon. Dass man sich weder ein- noch aussperren lassen darf, sagte er auch. Und dass man öffentlich eben ja über das reden solle, worüber üblicherweise nicht geredet wird. Und immer mehr, immer mehr Menschen sollten das so machen. Und immer mehr reden. Über ihre wirklichen Probleme. Die Menschen in „Das Elend der Welt“ reden übrigens – man schaue bitte selber nach – sehr wohl auch genau davon, was ihnen hilft und das Leben leichter macht. Was das ist und wäre.

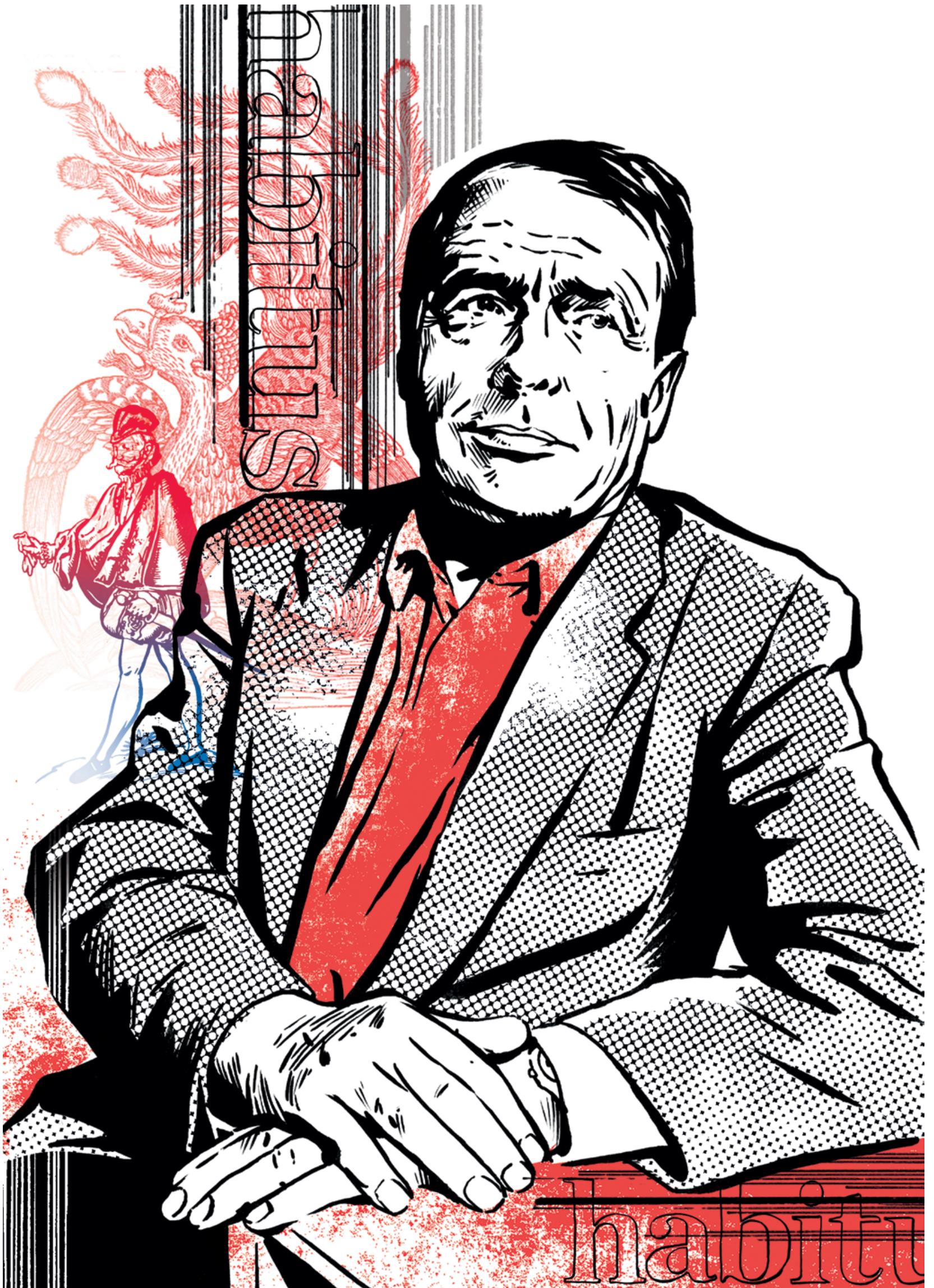
Der Linke Bourdieu hat sich als Kantianer verstanden: Kant frage nach der Bedingung der Möglichkeit, er als Soziologe hingegen nach den sozialen Bedingungen. Also danach, was wann wo wie warum möglich war, ist, wird. Ausdrücklich versuchte Bourdieu Machiavelli und Kant zusammenzudenken. In puncto Frieden zum Beispiel oder Demokratie oder Wissenschaft. Ausdrücklich auch verstand just der Linke Bourdieu seine eigene wissenschaftliche Arbeit als der Max Webers zutiefst verpflichtet und engst verbunden, sowohl in der Empirie als auch im Engagement. Bourdieus eigener Grundsatz verstehender Soziologie lautete: „Nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen.“

Bourdieu gilt als der weltweit am häufigsten zitierte Menschen- und Wirklichkeitswissenschaftler. Weitgehend ungenutzt sind jedoch nach wie vor seine Studien zu Algerien in den 1950ern und -60ern, die aber in jeder Hinsicht als grundlegend für sein Gesamtwerk gelten und sich mit dem Krieg, den gigantischen Zwangsvertreibungen, dem uns fremd gewordenen vorkapitalistischen Verständnis von Geld, Zeit, Arbeit, Ehre, Gegenseitigkeit und Gemeinschaft auseinandersetzen; mit dem Kastensystem der Europäer und mit deren Kolonialismus. Auch hat Bourdieu sich bereits jahrzehntelang vor dem 11. September für die Lebens- und Machtverhältnisse in Afghanistan kontinuierlich interessiert. Für seine Stellungnahme zu den terroristischen und extremistischen Entwicklungen wurde er heftig kritisiert, ohne dass man sich mit seinen sozial- und kolonialpsychologischen Überlegungen auch nur im Entferntesten auseinandergesetzt hätte. Prinzipiell reicht überhaupt die Kritik an Bourdieus Werken und Wirken insgesamt vom Vorwurf, er sei ein zweiter Lenin, bis dazu, er sei wie Popper. So verschieden also sind Gusto und Ohrfeigen.

Bourdieu war davon überzeugt, dass man die Folgekosten des neoliberalen Sozialabbaus rechnerisch einschätzen könne und diese ja rechtzeitig publik machen soll: das Ausmaß der bevorstehenden Katastrophe. In Bourdieus Verlagsreihe „Raisons d’agir“, die eine Art von alternativer, leicht zugänglicher Volkszyklopädie war, wurde zur rechtzeitigen Regulierung der Finanzmärkte, Einführung einer Börsenspekulations- bzw. Finanztransaktionssteuer sowie zum Schutz des Pensionssystems vor einem Bankencrash das Attac-Buch „Tobin or not Tobin“ (in Anspielung auf „to be or not to be“) herausgegeben. Ebenso eine Streitschrift gegen die von den Neoliberalen in hohem Maße erwünschte, weil angeblich dem Marktgleichgewicht dienende Arbeitslosigkeit.

Fast alltäglich gewordene Begriffe und Fügungen wie Habitus, soziales Kapital, kulturelles Kapital, Bildungskapital, Feld, feine Unterschiede stammen bekanntlich in hohem Maße von Bourdieu. Verharmlosend wie der inzwischen übliche Gebrauch sind sie bei ihm nicht. Habitus etwa sind Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, quasi unsere Hirngrenzen, in die wir eingesperrt sind. An unserem Habitus erkennt man also akkurat all das, was uns unmöglich ist und wovon wir ausgeschlossen sind. In „Die feinen Unterschiede“ (1979), welche glänzenden Eingang in die Management- und Reüisierungsratgeber gefunden haben, geht es eigentlich um den Geschmack, den Menschen aber als Frage von wahr und falsch, Leben und Tod empfinden. Der Geschmack der anderen erregt nämlich Ekel, Widerwillen, Widerstreben, Abscheu bis zum Erbrechen, werde als widernatürlich empfunden, sodass man bereit sei, zur Gewalt zu greifen, um den anderen niederzuhalten und niederzumachen. Wie im Kastensystem. Und im Terror.

Soziales Kapital ist genauso wenig Humanismus wie der neoliberale Begriff Humankapital, vielmehr laut Bourdieu eben nicht allein „Beziehungsarbeit“ und „Vertrauenkapital“, sondern „Kreditwürdigkeit“ und „Institutionalisierungsritual“. Das Feld bleibt ein Kampffeld, auch wenn es ein Gravitations- oder Magnetfeld ist oder dem Spiel (z.B. mit dem Fußball) dient. Über unsere Freiheit hat Bourdieu gesagt, dass wir Menschen fliegen können, weil wir die Gesetze der Schwerkraft kennen. Und dass wir dazu neigen, unsere kollektiven Möglichkeiten zu unter-, unsere individuellen zu überschätzen. Oft auch sei das Beschwören von Individualismus nur ein Beschuldigen der Opfer. Man solle sich selber ja nicht mit den Augen der Herrschenden sehen, warnte er. Über die Liebe hat Bourdieu übrigens auch geschrieben und warum die eine glückt, erlaubt ist und zustande kommt und die andere nie und nimmer. 



Die Wissenschaft ist kein Selbstzweck

Von Sozialwissenschaftlern geschriebene Bücher werden selten verfilmt. In jungen Jahren verfasste Werke machen in den Sozialwissenschaften kaum jemand berühmt. Nur in wenigen Lebensläufen deutschsprachiger Wissenschaftlerinnen findet man einen mehrmonatigen Gefängnisarrest als politischer Häftling verzeichnet. Wer vom österreichischen Ständestaat ausgebürgert wurde und sich der Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime entziehen konnte, trat in der Neuen Welt nach 1945 kaum kritisch gegen dortige soziale Ungerechtigkeit und politische Freiheitsbeschränkung hervor. Selten entschlossen sich emigrierte Sozialwissenschaftlerinnen, nur wenige Jahre nachdem sie sich in einer neuen Kultur zurechtgefunden haben, diese wieder zu verlassen, und sehr wenige, die das taten, konnten ihren beruflichen Erfolg in einem dritten Land wiederholen. Und wie oft gelingt es jemandem, über viele Jahrzehnte hinweg mit seinen Veröffentlichungen Anerkennung und Resonanz zu finden und die Diskussion zu beeinflussen? Und, schließlich, wie oft passiert das alles einer Frau?

Auf Marie Jahoda treffen alle diese Merkmale zu: Sie war 26 Jahre alt, als 1933 „Die Arbeitslosen von Marienthal“ erschien, und als 81-Jährige konnte sie sich den semidokumentarischen Spielfilm „Einstweilen wird es Mittag“ – der Titel von Karin Brandauers Film ist ein Zitat eines Marienthaler Arbeitslosen – in ihrem südenglischen Haus am Videorecorder ansehen. 29-jährig war ihr die österreichische Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Mit 43 Jahren wurde sie amerikanische Staatsbürgerin, und von 1958 an lebt sie bis zu ihrem Tod in England. Professuren an der New York University, am Brunel College (später: Brunel University) in London und schließlich an der neugegründeten University of Sussex markieren ihre akademische Karriere. Viele Jahre arbeitete sie als Sozialpsychologin, was ihre Anerkennung in anderen Sozialwissenschaften, vor allem der Soziologie, jedoch keineswegs schmälerte.

Lange Zeit war Jahoda politisch sehr aktiv. Zuerst in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, nach deren Verbot als Mitglied der Revolutionären Sozialisten und im Exil im Londoner Büro der österreichischen Sozialisten; in den USA kämpfte sie als Mitglied jüdischer Komitees gegen die Rassendiskriminierung und trat dem später in Verruf geratenen Congress for Cultural Freedom bei. Ende der 1960er-Jahre beriet sie das britische Innenministerium in Fragen der Rassenbeziehungen, 1982 trat sie auf einem Parteitag der SPD als Gastrednerin auf und sprach dort darüber, wie wichtig es für Menschen sei, Arbeit zu haben. Ein halbes Jahrhundert nach

Marie Jahoda war eine der bedeutendsten Sozialwissenschaftlerinnen des Landes. Gleichzeitig verstand sie sich aber immer auch als politische Aktivistin

PORTRÄT:
CHRISTIAN FLECK

ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN

Zur Person

Marie Jahoda (1907-2001) promovierte 1932 in Psychologie, macht 1933 mit ihrem damaligen Mann Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel die berühmte Studie über die Arbeitslosen von Marienthal. Emigrierte 1937 nach England und arbeitete in der Anti-Nazi-Propaganda. Nach 1945 in den USA Arbeit u.a. mit Max Horkheimer und Robert Merton; 1958 Rückkehr nach England, bis zur Emeritierung Professorin für Sozialpsychologie an der University of Sussex

der Massenarbeitslosigkeit der 1930er-Jahre war die Zahl der Arbeitslosen wieder angestiegen – und blieb, wie wir mittlerweile wissen, seither auf einem Niveau, das man in den 1960er-Jahren noch für systembedrohlich gehalten hätte.

In mehr als einem Dutzend Büchern und zahllosen Aufsätzen behandelt Jahoda so verschiedene Themen wie die Ausbildung von Technikern, junge Frauen in Fabriken und Studentinnen in einem angesehenen, Frauen vorbehaltenen College. Der Zusammenhang von ethnischen Beziehungen und geistiger Gesundheit, eine psychoanalytische Interpretation der Persönlichkeit antisemitischer Klienten, Probleme im Zusammenhang mit den in den 1970er-Jahren breit diskutierten Wachstumsprognosen und immer wieder Fragen der Arbeit und Arbeitslosigkeit beschäftigten sie. Einer der letzten von ihr verfassten Texte setzte sich in sehr origineller Weise mit dem in den 1990er-Jahren vielerorts wieder virulent werdenden Nationalismus auseinander, dessen Auftreten Jahoda damit zu erklären versuchte, dass in Zeiten zunehmender Verunsicherung eine der wenigen Gewissheiten die über den Ort der ersten Lebensjahre sei, was nationalistische Demagogen zu nutzen wüssten.

Trotz der beachtlichen Breite der von Jahoda behandelten Themen lassen sich ein paar Klammern nennen, die ihr Werk zusammenhalten. Vor allem anderen wird man hier anführen müssen, dass ihr Wissenschaft und Forschung nie zum Selbstzweck wurden. Mehr als einmal verzichtete sie darauf, die Ergebnisse ihrer Studien zu veröffentlichen, wenn sie den Eindruck bekam, damit vielleicht mehr Schaden anzurichten, als zu nutzen. Und das, obwohl sie auch in diesen Fällen der Meinung war, etwas herausgefunden zu haben, was bis dahin nicht sichtbar war. Sie war davon überzeugt, dass die Sozialwissenschaften dank systematischer Vorgangsweise durchaus in der Lage sind, Einsichten zu gewinnen, die man auch dann ernst zu nehmen habe, wenn sie den eigenen, fest verankerten Überzeugungen zuwiderliefen. Sozialisiert im intellektuellen Spannungsfeld von Austromarxismus, Neopositivismus, akademischer Psychologie und Psychoanalyse blieb ihr die Perspektive auf soziale Ungleichheit auch noch wichtig, als sie sich von einigen politischen Überzeugungen ihrer Jugend hatte verabschieden müssen. Diese Sichtweise findet ihren Niederschlag darin, dass Jahodas Werk zwischen Sozialpsychologie und Soziologie angesiedelt war. Die Sterilität der akademischen Psychologie war ihr ebenso fremd wie die Lebensferne mancher soziologischen Theoriegebäude. Obwohl sie die Autorin eines der ersten Methodenlehrbücher der empirischen Sozialforschung war, hing sie nie einem Methoden-Fetischismus an.

Mit dem Begriff der „Mitte“ hätte Jahoda wohl nicht viel anfangen können. Der Blick auf die Mitte wäre ihr sozialwissenschaftlich zu schwammig gewesen und politisch zu konturlos.

Die sozialen Gruppen, die Jahoda zeit ihres wissenschaftlichen Lebens untersuchte, waren nicht in repräsentative Stichproben der ganzen Bevölkerung zu gießen, sondern umfassten stets in bestimmte Lebensverhältnisse eingebundene Akteure, die ihr Leben zu bewältigen hatten. Dabei waren sie mit Schwierigkeiten konfrontiert, die ihnen andere bzw. „die Gesellschaft“, bereiteten. Dass die „99 Prozent“ zu irgendeinem politischem Handeln gemeinsam fähig sein könnten, hätte Jahoda wohl auch angesichts ihrer eigenen politischen Erfahrungen und als Sozialwissenschaftlerin, die sich der systematischen und vorurteilslosen Erfassung der Wirklichkeit verpflichtet fühlte, in Abrede gestellt: Meinungs- und Interessenkonflikte würden virulent, noch ehe sich die vielen zum gemeinsamen Marsch in Bewegung zu setzen vermocht hätten.

Jahodas Veröffentlichungen liefern Belege dafür, dass ähnliche Lebenslagen noch lange nicht zu gemeinschaftlichem Handeln führen. Wo findet man sie? Soeben erschien ihre 1932 an der Universität Wien eingereichte Dissertation als Buch. Die von Karl Bühler benotete, aber von dessen Frau Charlotte Bühler betreute Arbeit umfasst lebensgeschichtliche Interviews mit mehr als 50 älteren Wienerinnen und Wienern, deren Biografien bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Aus heutiger Sicht beeindruckend die erzählten Biografien mehr als die Deutung dieser Selbstauskünfte im Kontext der Psychologie Charlotte Bühlers. Viele Jahre bevor die Oral History die Bühne betrat, dokumentierte die angehende Psychologin Marie Jahoda die Leben derer, die für gewöhnlich nicht um Auskünfte über ihr Leben gebeten wurden und werden (Marie Jahoda: Lebensgeschichtliche Protokolle der arbeitenden Klassen 1850–1930: Dissertation 1932, hrsg. von Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster, Meinrad Ziegler, Innsbruck: Studien Verlag 2017).

Das Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich (AGSÖ) hat eine Marie Jahoda gewidmete Website: <http://agso.uni-graz.at/jahoda>, mit Lebensdokumenten, Fotografien und einer Bibliografie ihrer Veröffentlichungen.

Neben dem Klassiker „Die Arbeitslosen von Marienthal“ (edition suhrkamp 769) sind ein paar weitere Bücher auf Deutsch lieferbar. Jahodas ausgewählte Schriften, die unter dem Titel „Sozialpsychologie der Politik und Kultur“ (hrsg. von Christian Fleck, 1995) erschienen, sind nur noch antiquarisch erhältlich. 

Die Arbeitslosen von Marienthal.



Wieviel Arbeit braucht der Mensch?

Die Verrohung in der Mitte der Gesellschaft

Als in den letzten Jahren rechte und rechtspopulistische Gruppen – sei es als Parteien über Wahlen oder in Form von sozialen Bewegungen auf der Straße – in Europa vermehrt an Zulauf gewannen, wurde in der Wissenschaft und im Feuilleton viel über die Hintergründe dieses „Aufstiegs der Rechten“ diskutiert. Einer, der sich schon seit den 1980er-Jahren mit dem Phänomen des Rechtsextremismus und dem Ausmaß rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung auseinandergesetzt hat, ist der deutsche Soziologe Wilhelm Heitmeyer.

Heitmeyers frühe Studien zu rechtsextremen Einstellungsmustern bei deutschen Jugendlichen in den 1980er-Jahren sind ihm zufolge noch eher auf Ablehnung gestoßen. Frei nach dem Motto „Die Jugend habe die historische Lektion gelernt“ möge man sich doch jetzt nicht mehr mit diesem „alten Hut“ befassen.

Die Beharrlichkeit Heitmeyers, sich dennoch mit dem Themenkomplex Rechtsextremismus, ethnisch-kulturelle Konflikte, Gewalt und soziale Desintegration zu beschäftigen, hat sich über die Jahre hinweg ausgezahlt. Der Soziologe und sein Team am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld bekamen spätestens seit der zehnjährigen Trendstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ab Anfang der 2000er-Jahre vermehrt Aufmerksamkeit. Heitmeyer gilt mittlerweile auch als einer der angesehensten Sozialwissenschaftler der Gegenwart. 2012 wurde er mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet; 2014 erhielt er den Innovationspreis des Landes Nordrhein-Westfalen.

Von 2002 bis 2011 veröffentlichten er und sein Team jedes Jahr die neuesten Ergebnisse der Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in Form eines Buches bei Suhrkamp unter dem Titel „Deutsche Zustände“. Rund 2000 Deutsche wurden jeweils zu ihren Einstellungen gegenüber Minderheiten befragt. Der etwas sperrige Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ umfasst dabei mehr als die klassische „Fremdenfeindlichkeit“. Er bezieht die Abwertung gegenüber verschiedensten Bevölkerungsgruppen – Flüchtlingen wie Muslimen und Musliminnen, Obdachlosen, Juden und Jüdinnen, aber auch Homosexuellen – mit ein.

Der Soziologe nahm an, dass hinter der Abwertung dieser doch sehr verschiedenen Gruppen ein gemeinsames Syndrom stecke, eben das Syndrom der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Negative Einstellungen gegenüber einer dieser Gruppen würden – so die Annahme – daher vielfach auch mit negativen Einstellungen gegenüber anderen Gruppen einhergehen. Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang oft

Wilhelm Heitmeyer zeigt, dass menschenfeindliche Einstellungen kein Randphänomen darstellen, sondern weite Teile der Bevölkerung betreffen

PORTRÄT:
JULIA HOFMANN

ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN

Zur Person

Wilhelm Heitmeyer, geb. 1945, ist Soziologe und Gründungsdirektor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Uni Bielefeld; seit 2013 dort Forschungsprofessor. Er habilitierte sich 1988 als Soziologe, arbeitete auch kurz als Facharbeiter in einer Druckerei und als Lehrer. Er befasste sich seit 1982 mit Sozialisation, Gewalt, Rechtsextremismus, und sozialer Desintegration. Schon 1991/1992 konstatierte er als einer der ersten Forscher die Verschärfung von Fremdenfeindlichkeit und zunehmendes Verständnis für rechtsradikale Tendenzen in diesem Zusammenhang

auch von einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“, die dazu führe, dass bestimmten Gruppen der Anspruch auf gleiche Behandlung – trotz des formalen Gleichheitsanspruchs – diskursiv entzogen wird, in dem sie eben nicht als gleichwertiger Teil der Gesellschaft betrachtet werden.

In dem von der Volkswagenstiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt konnten das Team rund um Wilhelm Heitmeyer erstmals systematisch den Bedingungen und Dynamiken der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ in Deutschland nachgehen. Im Zeitverlauf zeigte sich, dass sich die Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen schrittweise in der deutschen Gesellschaft „normalisierte“.

Diese „Normalisierung“ abwertender Einstellungen ist laut Heitmeyer unter anderem deswegen bedenklich, weil sie als „Nährboden“ bzw. Legitimierung für radikalisierte Gruppen wirke. Dort, wo menschenfeindliche Einstellungsmuster besonders stark präsent sind, gäbe es auch höhere Tötungsraten rechtsextremer Gewalt.

Der Zeitvergleich der Studie von Wilhelm Heitmeyer förderte auch höchst unterschiedliche Muster der Abwertung, je nach betrachteter Bevölkerungsgruppe, zutage: So stiegen im Zehn-Jahres-Vergleich bestimmte negative Einstellungen – z.B. gegenüber Obdachlosen bzw. Langzeitarbeitslosen oder Migrantinnen und Migranten – in Deutschland eher an, während andere, etwa gegenüber Homosexuellen oder Juden und Jüdinnen, eher zurückgingen. Die Forscher führen diese einzelnen Dynamiken teils auf bestimmte „Signalereignisse“ wie den 11. September 2001, die Einführung von Hartz IV in Deutschland oder die Wirtschaftskrise der letzten Jahre zurück. Teilweise würden sich darin aber auch gesellschaftliche Wandlungsprozesse widerspiegeln.

Im Jahr 2012 wurden die letzten Ergebnisse der Studie von Wilhelm Heitmeyer auch einmalig mit österreichischen Daten verglichen. Dabei zeigte sich, dass das Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hierzulande noch um einiges größer ist als in Deutschland. Im Ländervergleich befindet sich Österreich, was die negativen Einstellungen gegenüber Muslimen betrifft, in der Gesellschaft von Ungarn oder Polen, während Länder wie Portugal oder die Niederlande hier deutlich toleranter eingestellt sind.

Oft werden Rassismus oder Rechtsextremismus in der öffentlichen bzw. politischen Debatte bestimmten Bevölkerungsgruppen, etwa männlichen Industriearbeitern, zugeschrieben, und die (bildungs-)bürgerliche Elite fühlt sich über alle Kritik erhaben. Wilhelm Heitmeyer und sein Team konnten jedoch zeigen, dass eine rechtsextreme

Gesinnung eben keine ausschließliche Frage der Ränder der Gesellschaft ist, sondern tief in der Mitte der deutschen Gesellschaft verwurzelt ist. Besonders stark war der Anstieg an „menschenfeindlichen“ Einstellungen in der erwähnten Studie bei den reichsten 20 Prozent im Land.

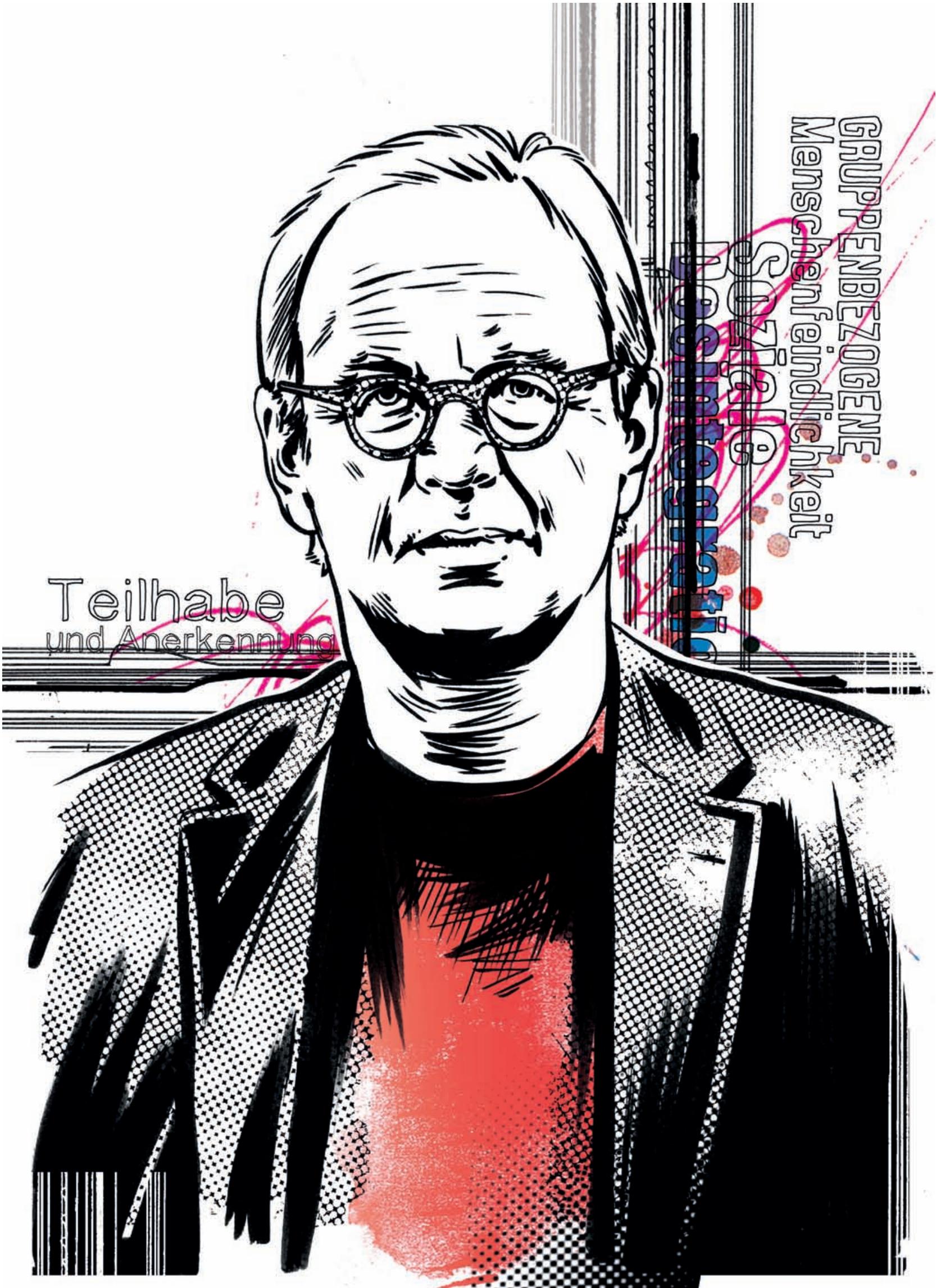
Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang von einem Anstieg „roher Bürgerlichkeit“. Insbesondere die abwertenden Einstellungen gegenüber Muslimen stiegen deutlich im sich politisch links verortenden Milieu und auch bei den höheren Einkommensgruppen. Wilhelm Heitmeyer versteht seine Forschung dementsprechend auch als Aufdeckung des „gesellschaftlichen Selbstbetrugs“: Die Dichotomie zwischen den „bösen“ Extremisten und der „guten“ Mitte ist, folgen wir den Ergebnissen seiner Forschungen, so nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Wieso sind nun manche Menschen „menschenfeindlicher“ eingestellt als andere? Als Soziologe hat Wilhelm Heitmeyer hierfür eine plausible Erklärung zur Hand: Seiner Ansicht nach benötigt eine funktionierende Gesellschaft eine umfassende Integration aller ihrer Mitglieder in die verschiedenen Teilbereiche wie Arbeit, Bildung oder Soziales.

In Zeiten zunehmender sozialer Unsicherheit nehmen die Desintegrationstendenzen jedoch stetig zu. Um eine (potenzielle) Desintegration in einem gesellschaftlichen Teilbereich zu kompensieren, tendieren Menschen laut Heitmeyer dazu, Überlegenheitsgefühle gegenüber schwächeren Gruppen zu übernehmen. Man versucht also die eigene soziale Position bzw. die eigenen Privilegien über die Abwertung und Ausgrenzung scheinbar „nutzloser“ Bevölkerungsgruppen zu legitimieren.

Ob diese beschriebene Entwicklung zwischen zunehmender gesellschaftlicher Desintegration und der Abwertung schwacher Gruppen als Automatismus zu verstehen ist, wird in der Forschung allerdings weiterhin stark diskutiert. Hier wird in der Forschung besonders die gezielte Verknüpfung der „sozialen“ mit der „nationalen“ Frage durch rechte Parteien und Bewegungen thematisiert.

Heute, gut sechs Jahre nach den letzten Ergebnissen des Forschungsprojektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, haben die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Wilhelm Heitmeyer eingeholt. Angesichts der Erfolge von Pegida und der AfD in Deutschland gelten viele seiner Forschungsergebnisse wieder als brandaktuell. Der umtriebige Soziologe ist zwar seit August 2013 offiziell in Pension, er hält aber dennoch weiterhin viele Vorträge und forscht im Rahmen einer Forschungsprofessur weiter zu Rechtsextremismus, Gewalt und sozialer Desintegration an der Universität Bielefeld.



GRUPPENBEZOGENE
Menschenfeindlichkeit

Sozialis
Doktrinar

Teilhabe
und Anerkennung

Martha Nussbaum: Das gute Leben als Maßstab globaler Gerechtigkeit

Martha Nussbaums philosophisches Werk ist von geradezu enzyklopädischer Breite. Ihre ethischen Analysen reichen von den schicksalsmächtigen Konflikten in den Dramen der Antike, einer gegen die Stoiker gerichteten Interpretation von Empfindungen und Gefühlen als Urteilen, der Sezierung sozialer Kälte und Grausamkeit in klassischen Werken der Literatur bis zu ihrer jüngsten Aufarbeitung von Zorn und Vergebung als moralische Reaktionen auf das, was Menschen einander anzutun vermögen.

In der politischen Philosophie geht Martha Nussbaum eigene, ja eigenwillige Wege. Denn Ausgangspunkt ihrer Arbeiten zu globaler Gerechtigkeit und Entwicklungsethik ist mit Aristoteles ein Philosoph, dem der Anspruch aller Bürger auf gleiche Freiheitsrechte fremd ist – vor allem jener von Bürgerinnen. Nussbaum sieht von diesen vor-modernen Aspekten ab und entwickelt eine Konzeption des Guten, die ihr als Standard der Gerechtigkeit global konsensfähig scheint.

Ausgehend von grundlegenden Tatsachen menschlichen Lebens, etwa unserer Verletzlichkeit und dem Angewiesensein auf die Unterstützung anderer, formuliert Nussbaum folgende Liste von Fähigkeiten (*capabilities*), die essenziell sind, damit ein menschliches Leben ein gutes Leben ist: die gewöhnliche Lebenszeit ausschöpfen zu können, körperliche Integrität und Bewegungsfreiheit, selbstbestimmtes Denken und Vorstellen, Bindungen zu anderen und zur Natur entwickeln zu können, Kontrolle über unsere soziale und natürliche Umwelt.

Bei diesem Kanon handelt es sich nicht um eine paternalistische Vorgabe der persönlichen Lebensgestaltung. Es geht um die Voraussetzungen dafür, dass Menschen so handeln können, wie sie es im Kontext eines individuellen Lebensplanes für angemessen halten. Ziel von Nussbaums Fähigkeiten-Ansatz ist es, wie sie in ihrem Aufsatz „Der aristotelische Sozialdemokratismus“ (in „Gerechtigkeit oder Das gute Leben“, Suhrkamp 1999) schreibt, alle Menschen „über eine bestimmte Schwelle hinaus auf eine Stufe zu heben, auf denen es ihnen möglich ist, ein gutes Leben zu wählen und zu führen“.

Welche philosophischen Überlegungen stehen hinter diesen etwas plakativen Thesen? Hier gilt es vor allem Nussbaums Kritik an der Gerechtigkeitskonzeption von John Rawls zu berücksichtigen. Für Rawls' Theorie der Gerechtigkeit ist folgendes Gedankenexperiment maßgeblich: Für welche Gerechtigkeitsprinzipien würden sich rationale Individuen entscheiden, wenn sie nicht wissen, in welcher konkreten gesellschaftlichen Position sie sein werden und über

Martha Nussbaum geht von Aristoteles aus und erweitert mit ihrer Liste des Guten das Gerechtigkeitskonzept von John Rawls

PORTRÄT:
HERLINDE
PAUER-STUDER

ILLUSTRATION:
P. M. HOFFMANN

Zur Person

Martha C. Nussbaum (geb. 1947), ursprünglich Alphilologin, ist Philosophin und Professorin für Rechtswissenschaft und Ethik an der Universität von Chicago. 2009 erhielt sie mit dem vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) verliehenen A.SK Social Science Award einen der weltweit höchstdotierten Preise für Sozialwissenschaftler. Zuletzt erschienen auf Deutsch: „Die Grenzen der Gerechtigkeit“ (2010), „Politische Emotionen“ (2014), „Zorn und Vergebung“ (2017)

welche konkreten Talente sie verfügen? Die Antwort lautet, dass an ihrer bestmöglichen Positionierung und sozialen Absicherung interessierte Subjekte Grundsätze wählen würden, die neben gleichen Freiheitsrechten und Chancengleichheit auch ein Verteilungsprinzip (Rawls nennt es „Differenzprinzip“) umfassen, nach dem soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten als zulässig gelten, sofern diese auch zum Vorteil der schlechtestgestellten Gesellschaftsmitglieder sind. Der „Schleier der Unwissenheit“ zwingt diese rationalen Nutzenmaximierer zu berücksichtigen, dass sie selbst in eine Position am unteren Rand der Gesellschaft geraten können.

Nussbaum distanziert sich gleich auf mehreren Ebenen von Rawls' Ansatz. Zum einen hinterfragt sie den Rawls'schen Personenbegriff, der sich auf Subjekte beschränkt, die rational denken und an Vereinbarungen mit anderen nur so weit interessiert sind, wie diese ihrer Positionsverbesserung dienen. Was ist mit jenen, so Nussbaum, die infolge körperlicher oder geistiger Behinderung oder extremer Marginalisierung und Armut gar nicht über die Möglichkeiten verfügen, sich an diesem Kooperationspiel strategisch kalkulierender Kontraktualisten zu beteiligen?

Zum anderen lehnt sie die der Rawls'schen Theorie zugrunde liegende Güterkonzeption ab, in der maßgeblich ist, dass Personen nach größtmöglichem Einkommen und Wohlstand streben. In diesen Annahmen reflektiert sich nach Nussbaum das Selbstverständnis jener, die im Wettlauf um Einfluss, Macht, Geld und Ansehen den Sinn des Lebens sehen. Wie sollen sich in einer solchen Sozialordnung jene wiederfinden, die Betreuungsaufgaben für Kinder, für behinderte Menschen und für gebrechliche Angehörige übernehmen? Abgesehen vom Gender-Problem (meistens sind Caring-Aufgaben Frauen übertragen) verkenne eine solche Konzeption, wie Nussbaum moniert, die einem Ideal der Humanität verbundenen tieferen Werte menschlicher Existenz.

Man sollte jedoch Nussbaums Kritik an Rawls' Theorie der Gerechtigkeit nicht überschätzen. Denn sie greift auf genau jene Parameter zurück, die für Rawls zentral sind. So verzichtet sie weder auf politische Rechte noch auf den Standard der Selbstachtung. Die von ihr erwähnte Fähigkeit, Bindungen zu anderen zu entwickeln, beinhaltet das Recht auf Würde und Nicht-Diskriminierung infolge ethnischer und nationaler Zugehörigkeit, Religion und sexueller Orientierung. Und die Fähigkeit zur Kontrolle unserer sozialen und natürlichen Umwelt umfasst die Möglichkeit zu politischer Partizipation, zur Teilnahme an freien Wahlen, das Recht auf Privateigentum und auf gleiche Chancen des Gütererwerbs so wie die

Möglichkeit, sich ins Arbeits- und Erwerbsleben einbringen zu können.

Nussbaums Liste des Guten ist also mehr als Erweiterungsvorschlag zu Rawls'schen Überlegungen denn als radikale Alternative zu lesen. Denn eine Theorie der Gerechtigkeit kann schlicht nicht an Fragen der Verteilung von Einkommen und Wohlstand vorbeigehen. Zudem ist Rawls' Akzentsetzung sozialer, als Nussbaums Einwände glauben machen. Außerdem steht hinter Rawls' Differenzprinzip die soziale Idee, dass niemand eine natürliche Ausstattung mit Talenten und Begabungen verdient hat und dass jene, die von der „Loterie des Schicksals“ diesbezüglich bevorzugt wurden, die Verpflichtung haben, durch ihre Leistung so zum gesellschaftlichen Wohlstand beizutragen, dass jene auf der untersten Ebene der Einkommen davon profitieren. Da Rawls keine Einschränkung dieses Prinzips macht, wurde selbst vonseiten linksliberaler Denker der Vorwurf der „Verklavung der Talentierten“ laut.

Doch selbst ein weitgefasstes Differenzprinzip scheint Nussbaum nicht geeignet, die Bedürfnisse von Menschen mit körperlichen und mentalen Behinderungen zu verbessern. Eine finanzielle Zuwendung an behinderte Menschen scheint ihr besonders im Kontext einer auf Optimierung zielenden Gesellschaftsordnung mehr ein notwendiges Zugeständnis denn eine gezielt gewählte Unterstützung, um es Personen zu ermöglichen, ihr Leben trotz Einschränkungen in Würde zu führen.

Rawls, für den Kooperation der Nicht-Kooperation wegen des damit erzielbaren Vorteils vorzuziehen ist, könne, wie Nussbaum in ihrem Buch „Die Grenzen der Gerechtigkeit“ (Suhrkamp 2010) schreibt, ohne gravierende Modifikation seiner unterschweligen Betonung von Effizienz nicht erklären, warum Menschen, die rein nach kontraktualistischen Rationalitätskriterien als nicht voll kooperationsfähig gelten, einen Anspruch „auf Gerechtigkeit und nicht lediglich nur auf Wohltätigkeit und Barmherzigkeit haben“. Ähnlich anschaulich und mit konkreten Beispielen diskutiert sie in ihrem Buch die Situation armer Frauen in Schwellen- und Entwicklungsländern, denen durch patriarchale Strukturen Chancen verwehrt werden.

In Zeiten von zunehmenden globalen Spannungen, Krisen und Konflikten, die neben ökonomischen und klimatischen auch religiös-weltanschauliche Ursachen haben, bringt Nussbaum mit ihrer Auslegung des Fähigkeiten-Ansatzes eine ethische Metrik ins Spiel, die möglicherweise mehr Potenzial zur Korrektur desaströser politischer Entwicklungen hat als ein einseitig an die Wertestrukturen maximierender Wettbewerbs- und Konkurrenzgesellschaften angelehntes Gerechtigkeitsverständnis. 

Women and Innovation Development



The Therapist
of Despair

Cultivating
Humanity

Guy Standing: Ein unermüdlicher Kämpfer im Interesse des Prekariats

PORTRÄT:
DENNIS TAMESBERGER

Guy Standing ist überall anzutreffen: auf wissenschaftlichen Konferenzen, Gewerkschaftsversammlungen, auf Demonstrationen von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten genauso wie auf Podiumsdiskussionen von NGOs. Er tritt kämpferisch auf, diagnostiziert messerscharf und hält stets ein flammendes Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Nach einer beeindruckenden Karriere bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wo er die Lebensrealitäten von Fabrikarbeitern untersuchte, wurde er Professor für Development Studies in London. Aktuell gilt sein ganzes Engagement einer „neuen Klasse“ – dem Prekariat. Diese Klasse wird vom politischen Establishment nicht vertreten und hat das Potenzial, zu einer politisch „für sich“ handelnden Klasse zu werden.

In seinen Büchern „Das Prekariat. Die neue gefährliche Klasse“ und „Eine Charta des Prekariats“ beschreibt er einen Teufelskreis von Globalisierung, technologischem Wandel, Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und dem Kollaps des Einkommensverteilungssystems. Die Globalisierung unter dem Mantra des Wettbe-

werbs führte in den „reichen“ Ländern zu einem Abbau der solidarischen Institutionen, zu einer Re-Kommodifizierung und zu geringeren Lohnsteigerungen. Die geringeren Lohnsteigerungen wurden jedoch nicht direkt durchgesetzt, sondern durch die Hintertür der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Dadurch entstand die neue Klasse des Prekariats, wo Millionen von Menschen weltweit in ständiger Unsicherheit leben.

Dem Prekariat fehlt es jedoch an einer berufsbezogenen Identität bzw. an einer Zugehörigkeit zu einem lang etablierten „sozialen Gedächtnis“. Gemeinsame Anliegen werden daher noch nicht artikuliert. Aber – und da unterscheidet Standing sich etwa von Pierre Bourdieu – er ist davon überzeugt, dass das Prekariat ein revolutionäres Potenzi-



Standing: für das Konzept von Klassen, gegen die Rede von der „Mittelschicht“

al hat. Diese neue Klasse sei insofern gefährlich, weil ihre Anliegen dem politischen Mainstream widersprechen. Besonders kritisiert Standing, dass sich die etablierten Parteien von einer Klassenanalyse und -politik verabschiedet haben und nur noch einer sogenannten „Mittelschicht“ das Wort reden.

Letztendlich plädiert er für ein Grundeinkommen als Bürgerrecht. Hierdurch will er Arbeit neu definieren, wobei es nicht nur um Lohnarbeit geht. Das Ziel des Grundeinkommens ist wirtschaftliche Sicherheit, um ein gelingendes Leben für alle zu ermöglichen. Ethisch begründet er das Grundeinkommen, da das Vermögen einer Gesellschaft meist das Ergebnis von Handlungen von Vorfahren ist, über die wir heute wenig wissen. Es sei daher gerechtfertigt, die überlieferten Vermögen im Sinne eines Grundeinkommens für alle unzuverteilen. **F**

Christa Schlager, eine feministische Ökonomin und fundierte Analytikerin

PORTRÄT:
CHRISTINE MAYRHUBER

Schon seit ihrem Studium an der WU-Wien verfolgt Christa Schlager einen umfassenden Ansatz der feministischen Ökonomie: Die Analyse der (Geschlechter-)Verhältnisse ist bei ihr auf der theoretischen wie auf der institutionellen und der diskursiven/kommunikativen Ebene angesiedelt. Über die Themen „Geld“ und „Macht“ bearbeitet sie jeden der drei Bereiche unerrät und stetig.

Zu Beginn der 2000er-Jahre initiierte sie den Arbeitskreis „Genderbudgeting“, um erstmals in Österreich die Budgetpolitik der feministischen Analyse zu unterziehen. Das daraus hervorgegangene Buch „Frauen



Schlager initiierte unter anderem den Arbeitskreis „Genderbudgeting“

Macht Budget“ war für Christa Schlager der Beginn einer Forschungsagenda und eines Aktivitätsfeldes, das sie seither forciert. Als Mitglied des „European Gender Budgeting Network“ vernetzt sie engagierte den österreichischen und internationalen Diskurs. Die Forderung nach einer geschlechtersensiblen Neugestaltung der Budgetpolitik brachte sie mit Verve im Fiskalrat – dem sie mehrere Jahre angehörte – ein und stellt sich damit gegen den herrschenden Zugang.

Sie zeigt mit ihren Analysen zur Regelgebundenheit der Finanz- und Wirtschaftspolitik der „Economic Governance“, dass Gleichstellungsfragen immer weniger Platz haben. Ganz in der Tradition von Käthe Leichter und als ihre Staatspreisträgerin von 2011 zeigt Christa Schlager in ihren Arbeiten, dass Frauen nicht nur stärker und

rascher Konjunkturschwankungen zu spüren bekommen, sondern auch stärker von den maskulin-autoritären Krisenbewältigungsmaßnahmen betroffen sind: Männerarbeitsplätze werden geschützt, etwa via Kurzarbeit, Frauen müssen gekürzte öffentliche Leistungen kompensieren und wieder stärker eine „Airbag-Funktion“ in der Gesellschaft übernehmen.

Christa Schlager forciert als AK-Abteilungsleiterin und als umtriebige Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Kurswechsel* den kritischen wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitischen Diskurs.

Auch an der Unterstützung und Einbindung zivilgesellschaftlicher Diskurse in die institutionalisierte Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen arbeitet sie kontinuierlich, mit Nachdruck und hohem persönlichen Einsatz. In ihren fundierten Analysen und Positionen zeigt Christa Schlager immer auch Ansatzpunkte und Schritte auf den Weg in eine emanzipatorische Gesellschaft auf. **F**

Jörg Flecker: Wissenschaft mit kritischem Blick auf die Gesellschaft

PORTRÄT:
URSULA FILIPIČ

Arbeits- und Industriebeziehungen. Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Folgen. Digitalisierung der Arbeit und Industrie 4.0. Gute Arbeit. Populistische Lücke. Transnationale Wertschöpfungsketten. Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit.

Es findet sich kein Thema im inhaltlich breiten Forschungsfeld des Handelswissenschaftlers und habilitierten Soziologen Jörg Flecker, das nicht höchste Aktualität und gleichzeitig gesellschafts-, arbeits- und sozialpolitische Brisanz hätte.

All diese Themen bearbeitet er fern jeglicher Elfenbeinturmmentalität, egal ob als Mitbegründer und wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) oder – seit 2013 – als Professor für allgemeine Soziologie an der Universität Wien. Dies findet seinen Niederschlag in der erkenntnisgeleiteten, kritischen Positionierung: dass die Arbeitslosigkeit bekämpft werden müsse und nicht die davon betroffenen Menschen, dass ein längerer Verbleib im Erwerbsleben v.a. einer Verbesserung der Qualität der Arbeit



Flecker: Netzwerker und Teamplayer ersten Ranges, auch international

bedürfe (*Standard*, 28.5.2015); dass die Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden verkürzt werden müsse und die öffentliche Diskussion über die Verteilung der Arbeit nicht dem „Killerargument der Wettbewerbsfähigkeit“ geopfert werden dürfe (*Kurier*, 10.2.2014) und vieles mehr.

Dabei ist Flecker ein Teamplayer und Netzwerker ersten Ranges: Seine Forschungsprojekte übergreifen Disziplinen und nationalstaatliche Grenzen. Der internationale Vergleich ist ein wesentlicher Bestandteil seiner Arbeiten. So etwa – exemplarisch – eine Studie, die Anfang der 2000er-Jahre Zusammenhänge zwischen Umbrüchen in der Arbeitswelt und dem Aufstieg der (extremen) Rechten in mehreren europäischen Ländern untersuchte. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob und wie sich die individuelle Wahrnehmung dieser Umbrüche in Affinitäten gegenüber dem Rechtspopulismus umsetzt. Eine Frage, die bis dahin kaum thematisiert worden war und die auch heute aktuell und brennend ist. Ergo läuft das Folgeprojekt „Solidarität in Zeiten der Krise. Sozio-ökonomischer Wandel und politische Orientierungen“ bereits. Österreich und Ungarn stehen diesmal im Zentrum des Vergleichs. **F**



Arlt war eine Pionierin der Wohlfahrtspflege. Nun wird sie wiederentdeckt

Ilse Arlt: Denkerin, Praktikerin, Pionierin

PORTRÄT:
ROMANA BRAIT

Was braucht es für ein „gutes Leben“? In Anlehnung an Aristoteles ging Arlt davon aus, dass die Gemeinschaft die Verantwortung hat, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Menschen ihre individuellen Fähigkeiten und Interessen möglichst weit entfalten können.

Im Gegensatz zu vielen Zeitgenossen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die die Ursachen von Armut zumeist bei den Betroffenen selbst verorteten, begriff Arlt das Phänomen als einen – durch unterschiedliche Ursachen begründeten – Mangelzustand. Ilse Arlt war eine systematische Denkerin. Sie leitete daraus die Erkenntnis ab, dass die Volkspflege oder Fürsorge, wie der heute als „Soziale Arbeit“ bekannte Beruf damals genannt wurde, nicht nur die Leiden der Entbehrung lindern sollte, sondern sich gleichzeitig um die Bedingungen für menschliches Gedeihen kümmern muss.

Artl sah jedoch nicht nur bei den Betroffenen genau hin, sondern auch bei den Helfern und Helferinnen: Sie erkannte, dass aufgrund des Fehlens einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Fragen der Fürsorge Hilfsvereine oftmals ineffektiv arbeiteten. So hatte sie selbst begonnen, die theoretischen und empirischen Grundlagen zu erforschen. Zeit ihres Lebens setzte sich Arlt für eine Professionalisierung der Fürsorgearbeit ein: Sie gründete 1912 „Die vereinigten Fachkurse für Volkspflege“, die erste Fürsorgeschule der Österreich-Ungarischen Monarchie und verfasste erste fürsorgetheoretische Lehrbücher.

In jüngerer Vergangenheit findet eine verstärkte Rezeption der einstigen Pionierin der Wohlfahrtspflege statt. 2007 wurde an der Fachhochschule St. Pölten das Ilse-Artl-Institut für Soziale Inklusionsforschung gegründet; dort wird Arlts Denken weiter aufgearbeitet: 2009 erschien ein Sammelband zur „Aktualität des Denkens von Ilse Arlt“, ein Jahr später wurden Arlts Hauptwerke „Die Grundlagen der Fürsorge“ (1921) und „Wege zu einer Fürsorgewissenschaft“ (1958) neu editiert. **F**

Hilde Weiss: Soziologie als Intervention in die herrschende Ungleichheit

PORTRÄT:
CHRISTOPH REINPRECHT

Die Soziologin Hilde Weiss nimmt in der österreichischen Forschungslandschaft eine besondere Stellung ein. Ihre Forschungsthemen umfassen soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit, Vorurteile und Toleranz, Antisemitismus und Nationalismus, Migration und Integration. Forschen ist für Weiss, allein schon durch die aufgeworfenen Fragen, niemals Selbstzweck, sondern stets eine Form von Intervention. Weiss steht in der Tradition der österreichischen empirischen Sozialforschung, in der sich theoretische Reflexion mit anspruchsvoller Methodik verbinden. Soziologische Praxis folgt hier dem Anspruch auf eine auf höchstem akademischen Niveau durchzuführende Auseinandersetzung mit den brennenden Fragen unserer Zeit.

Hilde Weiss hat sich intensiv mit den Barrieren und Hürden im Integrationsverlauf von Migrantinnen, Migranten und ihrer Nachkommen beschäftigt. Ihre Analysen zu nationalen Identitäten und den Traditionen von Antisemitismus und Xenophobie in Österreich und deren Auswirkungen



Weiss steht in der Tradition der österreichischen empirischen Sozialforschung

auf die nationalen Identifikationen der Bevölkerungen haben zum Verständnis der Entstehung von Stereotypen und Vorurteilen beigetragen. Weitere Studien sind den demokratischen Prozessen in Mittel- und Osteuropa, der Bildungsmobilität von Jugendlichen, und der wachsenden Armut und Ungleichheit gewidmet.

Für Hilde Weiss ist Soziologie immer auch politische Soziologie, ein besonderes Anliegen ist ihr die empirische Analyse des normativen Gerüsts der bestehenden kapitalistischen Ungleichheitsordnung. In aktuellen Arbeiten befasst sich Weiss mit dem Einfluss von Klassenlagen, etwa in Hinblick auf den Wert der Wohlfahrt, Einstellungen zu Gerechtigkeitsnormen und Vermögensverteilung, Ausländerfeindlichkeit und Neoliberalismus.

Weiss hatte mehrere Jahrzehnte an der Universität Wien eine Position als außerordentliche Universitätsprofessorin inne. Auch nach ihrer Pensionierung 2013 sorgt sie aktiv dafür, dass ihre Themen, die angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen nichts an Relevanz eingebüßt haben, weiterhin im Blickpunkt soziologischer Forschung bleiben. **F**

Ein wichtiger Beitrag zur Deutung des Rechtsrucks

Mit dem autobiografischen Rückblick auf seine Kindheit erweckte der Soziologe **Didier Eribon** Interesse in ganz Europa

REZENSION:
EMMERICH TÁLOS

Der autobiografische Rückblick des Autors auf seine eigene soziale, politische und intellektuelle Entwicklung fokussiert zum einen auf seine Flucht aus dem Herkunftsmilieu, dem Arbeitermilieu, zum anderen auf die Brüche mit linken politischen Traditionen in diesem Milieu.

Eribon stammt aus einer armen Arbeiterfamilie in Reims. Die Geschichte seiner Großeltern und Eltern ließe sich mit „wenig Bildung, sehr viel harte Arbeit“ umschreiben. Im Unterschied zu seinen Geschwistern besuchte er Gymnasium und Universität. Zwischen seiner intellektuellen, glorifizierenden Sicht der Arbeiterklasse und den realen Erfahrungen seiner Eltern bestand eine deutliche Diskrepanz. Er floh von der Familie mit ihren permanenten Streitigkeiten und aus diesem Milieu in die Großstadt Paris, um allein und selbstbestimmt (als Homosexueller) zu leben. Ungeachtet seiner Bildungskarriere prägte das Herkunftsmilieu seinen weiteren sozialen Aufstieg und die sozialen Beziehungen. Sein Lebensweg war damit durch die Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen Welten gekennzeichnet. Er empfand soziale „Herkunftsscham“, wenn er Menschen aus einem ganz ande-

ren sozialen Milieu kennenlernte. Seinen Vater, der für ihn all das verkörperte, womit Eribon brechen wollte, mochte er nicht, mit ihm verband ihn nichts. Die eingefleischte Homophobie seines Vaters und des familiären Umfeldes hatte Eribon als Homosexuellen schwer getroffen und bildete einen Grund für seine Flucht und Distanz zum Herkunftsmilieu. Erst nach dem Tod seines Vaters kehrte er zurück, indem er wieder Kontakt zu seiner Mutter aufnahm. Die Aussöhnung mit ihr bildete die Ausgangsbasis für seine autobiografische Rückbesinnung.

Eribons Werk erweckt vor allem aufgrund einschneidender Änderungen traditioneller politischer Einstellungen bei Teilen der französischen Arbeiterschaft großes Interesse. Der feststellbare Rechtsruck ist kein ausschließlich französisches Phänomen. Allerdings zeichnet sich hier der Wechsel von linken Parteien zu einer rechtsextremen Partei, dem Front national, in besonders drastischer Weise ab.

War in seiner Kindheit noch die ganze Familie kommunistisch orientiert, so fand der politische Wandel auch dort Eingang: Seine beiden jüngeren Brüder wählen rechts und werden Anhänger des Front national. Vor diesem Hintergrund stellt sich der Autor die Frage, wie es dazu kommen konnte und wel-

chen Anteil an dieser Entwicklung die offizielle Linke hatte. Nach Eribon wurde dem rechten Denken mit dem Versuch Vorschub geleistet, das Wesens- und Gründungsmerkmal der Linken vergessen zu machen, das seit dem 19. Jahrhundert darin bestehe, soziale Antagonismen und Unterdrückungsmechanismen zu thematisieren und den Beherrschten eine Stimme zu geben. Nach dem Sieg der Linken und angesichts der Regierungsbeteiligung der Kommunisten fühlten sich Arbeiter von den Gewählten vernachlässigt, nicht länger repräsentiert oder sogar verraten. Die sozialistische Linke habe sich einem radikalen Wandel unterzogen und sich auf neokonservative Intellektuelle eingelassen. Die Idee der Unterdrückung der Beherrschten sei aus dem Diskurs der offiziellen Linken verschwunden, die Grenze zwischen rechts und links für aufgehoben erklärt und der Rückbau des Wohlfahrtsstaates legitimiert worden. Die linken Parteien hätten nicht mehr die Sprache der Regierten, sondern jene der Regierenden gesprochen.

Große Teile der Unterprivilegierten hätten sich daher jener Partei zugewandt, die einen Diskurs anbot, der ihrer Lebensrealität wieder einen Sinn zu verleihen schien, und die sich nunmehr als Einzige um sie zu kümmern schien.

Was heißt das für die Linke? Wenn sie ihren eigenen Niedergang verstehen

und aufhalten will, muss sie sich nach Eribon nicht nur von ihren neoliberalen Auswüchsen lösen. Es bedarf vermittelnder Theorien, mit denen Parteien und soziale Bewegungen eine bestimmte Sichtweise auf die Welt anbieten. „Jene, die keine Stimme haben, können nur sprechen, wenn sie von jemandem vertreten werden, wenn jemand für sie, in ihrem Namen und in ihrem Interesse spricht“ (S. 145).

Auch wenn die Länge vieler Sätze den Nachvollzug der Argumentation nicht erleichtert und eher nur angedeutet wird, inwiefern es dem Front national besser gelingt, der Lebensrealität von Arbeitern Sinn zu verleihen: Mit der Reflexion seiner persönlichen Erfahrungen leistet der Autor einen wichtigen Beitrag zur Deutung des Rechtsrucks bei Teilen der Arbeiterschaft. Sein Buch ist daher auch für Entwicklungen in anderen Ländern von Interesse.



Didier Eribon:
Rückkehr nach Reims.
Edition Suhrkamp,
Berlin 2017,
238 S., € 18,50

Verschwindet die europäische Mittelschicht?

Eine Untersuchung der **Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** bleibt in Bezug auf den Sozialstaat etwas unterbelichtet

REZENSION:
MIRIAM REHM

Die Frage „Schrumpft die Mitte tatsächlich?“ ist gerade jetzt gesellschafts- und wirtschaftspolitisch so relevant, weil die Mittelschicht erklärter „Sehnsuchtsort“ in europäischen, leistungsorientierten Wirtschaften ist. Und weil sich aus dem wahrgenommenen Abstand zwischen Wunsch und Wirklichkeit politische Verschiebungen ergeben – in Kerneuropa derzeit hin zu rechtspopulistischen Parteien. Ohne ein glaubwürdiges Versprechen einer stabilen Mittelschicht ist die Legitimierung von Leistungsgesellschaften infrage gestellt. Unsicherheit und Angst vor sozialem Abstieg und sozialem Ausschluss haben in vielen Gesellschaften die Mittelklasse erreicht, wie auch die OECD feststellte. Die ökonomische Verteilungsfrage hat somit eine politische Dimension und Dringlichkeit bekommen. Aber ist diese überhaupt berechtigt?

Das Buch „Europe’s Disappearing Middle Class? Evidence from the World of Work“ versucht diese Frage zu beantworten. Es entstand aus einem Projekt der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und besteht aus 13 Länderberichten und einem Überblickskapitel. In äußerst detail-

lierten Länderkapiteln beschreiben die fast 30 Autorinnen und Autoren, wie sich die Mittelschicht entwickelt hat und welche Faktoren aus der Arbeitswelt dabei eine Rolle spielten.

„Mittelschicht“ heißt für die ILO, dass das Einkommen zwischen 60 und 200 Prozent des Medians liegt – also von der (ungefähren) Armutsgrenze bis zum Zweifachen des Einkommens genau in der Mitte. Mit dieser – unvermeidlich willkürlichen – Definition kommen die Beiträge zu dem Ergebnis, dass die Entwicklungen der Mittelschicht in Europa vor und nach der Krise zwar sehr unterschiedlich waren, es aber auch Gemeinsamkeiten gab:

Erstens schrumpfte die Mittelschicht nach der Krise tendenziell sowohl als Anteil an allen Haushalten als auch gemessen an deren Anteil am gesamten Einkommen. Und zweitens gab es einen Zusammenhang zwischen einer schrumpfenden Mittelschicht und steigender Ungleichheit an den äußeren Rändern der Einkommen. Höhere Ungleichheit ist also auch schlecht, wenn man nur auf die Mittelschicht zielt. Die Abstiegsangst der Mittelschicht ist aus dieser Perspektive nicht ganz von der Hand zu weisen.

Wie kam es dazu? Die Expertinnen und Experten der ILO liefern eine detail-

reiche vergleichende Analyse der politischen Arbeitsmarktfaktoren in den einzelnen Ländern. Sie machen als Veränderungen, die die Mittelschicht betreffen, fest: die Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse (befristete Arbeitsverträge, oft unfreiwillige Teilzeitarbeit, Leiharbeit, unklare Arbeitsverhältnisse und „neue selbstständige“ Arbeit), den Abbau von Gewerkschaftsmacht und den rückläufigen Abdeckungsgrad von Kollektivverträgen.

Überraschend, aber nicht unplausibel ist die Argumentation, dass Nulllohnstunden und Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst die Mittelschicht ebenfalls hart trafen, da dieser hauptsächlich Mittelschichtjobs etwa für Lehrende, Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegeberufe im öffentlichen Gesundheitssystem oder für beamtetes Personal bereitstellt.

Etwas unterbelichtet bleiben im Buch die Fragen nach den Auswirkungen einer reduzierten Versicherungsfunktion des Sozialstaats. Das trifft Angehörige der Mittelschicht nicht nur als arbeitnehmende, sondern auch als öffentliche Leistungen beanspruchende. Ist doch der Sozialstaat in vielen Ländern die Versicherung der Mittelschicht für die Mittelschicht, die das Abgleiten in untere

re Schichten durch unkontrollierbare Ereignisse wie Krankheit, Kündigung oder kurzfristige Arbeitsunfähigkeit verhindert. Es ist somit zu erwarten, dass ein so fundamentaler Angriff auf den Sozialstaat, wie er in vielen Ländern im Gefolge der Krise stattfand, auch längerfristig nachhaltigen Einfluss auf die Größe und Stabilität der Mittelschicht hat.

Trotz eines sehr politischen Vorworts aus Zitaten europäischer Politik greift das Buch dieses heiße Eisen lieber nicht auf. Es überlässt es dem Publikum, aus den Veränderungen der Mittelschicht und den dokumentierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es wird kein Präjudiz in die eine oder andere Richtung geübt, der Ton bleibt technisch-neutral und wissenschaftlich-abwägend – wie es einer internationalen Organisation geziemt.



Daniel Vaughan-Whitehead (Hg.):
Europe’s Disappearing Middle Class? Evidence from the World of Work. Elgar Books,
2016, ca. € 130,-

Die Mitte – ein Mythos?

Ulf Kadritzke betrachtet die **Rede von der Mitte** als Entsorgung der Klassenfrage

REZENSION:
STEFAN EDERER

Die zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft und die sich ausbreitende Verunsicherung haben den Blick der Sozialwissenschaft in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Mittelschicht gelenkt.

Die Sorge wegen ihrer Erosion und der Folgen für die Stabilität des gegenwärtigen Systems bestimmt aber auch die öffentliche Diskussion. Für den deutschen Soziologen Ulf Kadritzke ist diese „Mitte“ allerdings ein Mythos und der auf sie fixierte Blick eine Folge der „Entsorgung der Klassenfrage“ – so auch der Untertitel seines 2017 erschienenen Buches.

Er unternimmt einen Rückblick auf die Weimarer Soziologie der Zwischenkriegszeit und versucht zu zeigen, dass die gegenwärtige Forschung dahinter zurückfällt.

Nach dem Ersten Weltkrieg nahm die Gruppe der Angestellten stark zu. Dieser „neue Mittelstand“ sah sich schon damals eher den Handwerkern, Händlern und Gewerbetreibenden nahe als dem Proletariat. Die Soziologen Theodor Geiger, Siegfried Kracauer und

Hans Speier stellten jedoch die Einheit dieser „Zwischenklasse“ infrage und unterstrichen die Lohnabhängigkeit der Angestellten.

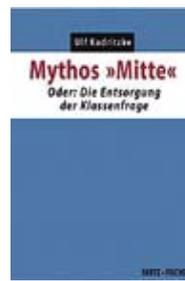
Sie betonten allerdings auch die innere Differenzierung der Arbeiterklasse, die aus der Vielfalt der Lohnarbeitsformen hervorging. Die Weimarer Soziologie bezog damit eine Position zwischen der marxistisch orientierten Sozialforschung und der von ihr kritisierten „neuen Mittelstandsideologie“.

Die gegenwärtige Sozialwissenschaft werfe nun mit ihrer Fixierung auf die Mittelschicht die Klassentheorie über Bord, so Kadritzke. Dies verdecke die Einkommensentstehung und damit die unterschiedlichen Interessen von Arbeit und Kapital.

Der „Mitte“ komme dabei eine ideologische Funktion zu: Sie gilt als leistungswillig und ist sowohl Stütze als auch Motor der Gesellschaft. (Ein gewisses Maß an) Ungleichheit werde dadurch legitimiert und die kapitalistische Produktionsweise als ihre Ursache ausgeblendet. Die bestehenden Verhältnisse werden somit nicht mehr infrage gestellt, und die politische Diskussion verschiebt sich hin

zur „sozialstaatlichen Einhegung“ von Ungleichheit. Kadritzke wirft der gegenwärtigen Soziologie damit vor, mittels „inszenierter Mittelschichtpanik“ zur Bewahrung des Systems beizutragen.

Ulf Kadritzke argumentiert daher für die Rückbesinnung auf die Klassentheorie, die im Unterschied zu Schichtungsmodellen von den Produktionsverhältnissen ausgeht. Diese müsse dann durch Differenzierungslinien innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen ergänzt werden. Eine solche Perspektive soll dazu beitragen, widersprüchliche Interessen zu beleuchten und den gemeinsamen Nenner – den Kampf um gerechten Lohn, gute Arbeit und soziale Absicherung – wieder stärker in den Vordergrund zu rücken.



Ulf Kadritzke:
Mythos Mitte.
Oder: Die
Entsorgung der
Klassenfrage.
Bert Fischer,
108 S., € 7,90

Licht ins Dunkel des Reichtums

REZENSION:
MARKUS MARTERBAUER

Thomas Pikettys bahnbrechendes Werk „Kapital im 21. Jahrhundert“ prägt weltweit die Forschung zu Umfang und Konzentration privaten Vermögens sowie den Gefahren für Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft. Das eben erschienene „Handbuch Reichtum“ macht diese Forschungstätigkeit auch für Österreich sichtbar. Die vier aus unterschiedlichen Disziplinen kommenden Herausgeberinnen und Herausgeber des voluminösen Bandes versammeln 36 Beiträge, die von international renommierten Köpfen wie Manuela Boatca, Michael Hartmann, Owen Jones und Gabriel Zucman sowie fast allen in Österreich mit dem Thema befassten Expertinnen und Experten stammen.

Zunächst geht es um die Messung von Höhe und Verteilung des Reichtums und dabei um den eklatanten Mangel an Transparenz: Nur selten existieren verlässliche Daten, nur langsam kommt Licht ins Dunkel. In Ländern mit Vermögens- und Erbschaftssteuern ist der Informationsstand besser, in Österreich sind freiwillige Erhebungen die einzige empirische Stütze.

Der Band zeigt ungleiche Verteilung in der Antike und im Frühkapitalismus ebenso wie in der Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts, doch heute steuern wir auf eine Konzentration des Vermögens zu wie selten zuvor. Was sind die Quellen des Reichtums? Stammt er aus Leistungseinkommen, und ist das Rechtfertigung genug etwa für die unanständig hohen Einkommen mancher Topmanager? Wie stark ist sein Ursprung leistungslos, weil Reichtum aus Erbschaften, organisierter Kriminalität, globaler Ausbeutung oder Finanzspekulation stammt?

Ein entscheidender Abschnitt des Buches befasst sich mit den Folgen der Reichtumskonzentration für die Demokratie. Wer sind die Reichtumseliten, in welchen Reichtumskulturen leben sie, und wie nehmen sie Einfluss auf Wirtschaft, Medien und Politik? Reicht es, wenn sie Mitleid zeigen und über gemeinnützige Stiftungen Bedürftigen helfen?

Damit stellt sich die Frage nach den politischen Instrumenten gegen die Reichtumskonzentration: strengere Regulierung der (Finanz-)Märkte, griffigere Steuern auf Spitzeneinkommen, Vermögen und Erbschaften sowie die Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates, der den gemeinsamen öffentlichen Reichtum der Nichtreichen bildet, stehen dabei im Mittelpunkt.

Nikolaus Dimmel, Julia Hofmann, Martin Schenk, Martin Schürz (Hg.): Handbuch Reichtum. Studienverlag, Innsbruck 2017

50 Jahre Sozialbericht

Er entwickelte sich von statistischen Informationen zu einer **Analyse gesellschaftlicher Fragen**

GRATULATION:
CHRISTIAN KLOPF

Im Jahr 1967 erschien auf Initiative der Bundesregierung der erste „Bericht über die soziale Lage“, und so wie heute wurde er auch damals dem Parlament zur Diskussion vorgelegt. Diese ersten Berichte vermittelten in erster Linie statistische Informationen über Entwicklungen in den Zuständigkeitsbereichen des früheren „Ministeriums für soziale Verwaltung“. Analytische Darstellungen wurden in den ersten Jahren weitgehend ausgespart.

Dass dieser Zugang im Laufe der Jahre eine Wandlung erfahren hat, zeigt in besonderer Weise die aktuelle Ausgabe des Sozialberichts: Erstmals wurde für den auf acht Beiträge ausweiteten Analyseteil eine inhaltliche Klammer mit dem Schwerpunkt „Verteilung“ gewählt. Im ersten Berichtsteil werden wiederum traditionell die aktuellen Aktivitäten und Maßnahmen des Sozialressorts dargestellt, welche diese Studien ergänzen.

Über die Hälfte des Sozialberichts konzentriert sich somit auf verteilungsbezogene Themen und berücksichtigt unterschiedliche Perspektiven, wie beispielsweise Vermögen und Einkommen in Österreich, aber auch Arbeitszeit, Lebensbedingungen und die

Verteilung sozialer Krisenfolgen. Ein Analysebeitrag zu „Arbeit 4.0“ thematisiert darüber hinaus die Auswirkungen technologischer Veränderungen auf die Arbeitswelt.

Zahlreiche brisante sozialpolitische Zukunftsfragen werden behandelt: Ist der Sozialstaat auch 2030 noch finanzierbar? Weshalb sinkt der Anteil der Lohneinkommen am gesamten Volkseinkommen?

Welche Einkommensgruppen haben in den letzten Jahren profitiert, und wer gehört zu den vermögenden Haushalten? Welche Bevölkerungsgruppen verlieren in der Wirtschafts- und Finanzkrise?

Die Antworten fallen vielschichtig aus und machen in Summe eines deutlich: Der Sozialstaat entschärft viele Ungerechtigkeiten – v.a. in Bezug auf die Verteilung der Markteinkommen –, wirkt stabilisierend in der Krise, muss sich aber auch laufend an neue Entwicklungen anpassen. Dieser Auftrag wird bei vielen im Sozialbericht publizierten Erkenntnissen deutlich:

- Mittlere Einkommen stagnieren seit dem Jahr 2000, während niedrige Einkommen sogar real verloren haben und Einkommen über dem Median weiter zulegen.
- Ohne einen starken Sozialstaat droht auch der vermögensärmeren Mitte ein „Abrutschen nach unten“.

- Die wöchentliche Erwerbsarbeitszeit ist vor allem geschlechtsspezifisch zunehmend ungleich verteilt: Beinahe jede zweite Frau ist teilzeitbeschäftigt, aber nur jeder zehnte Mann.

- Ein starkes soziales Netz federt mit seinen automatischen Stabilisatoren krisenbedingte soziale Verwerfungen ab. Darüber hinaus verhindert ein stabiles Fundament mindestsichernder Leistungen – wie z.B. die BMS oder Notstandshilfe – den Anstieg extremer Armutslagen und sichert sozialen Frieden.

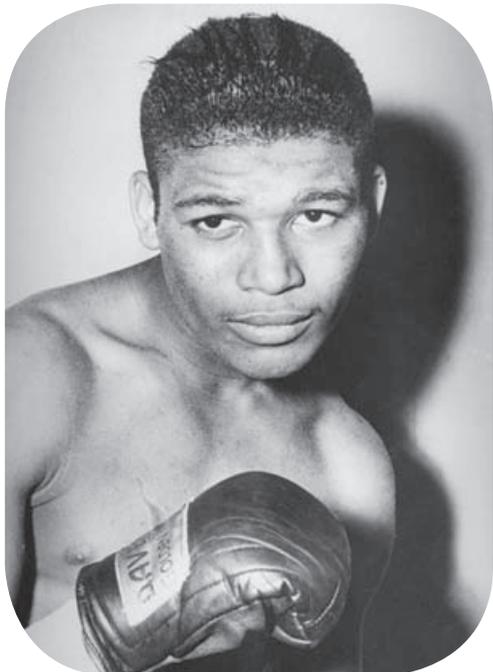
- Im Zusammenhang mit Digitalisierung und „Arbeit 4.0“ ist die Sozialpolitik u.a. gefordert, eine „humanzentrierte Technikentwicklung“ insbesondere in Bezug auf die Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

Zum 50. Geburtstag befindet sich der Sozialbericht am Puls der Zeit und fokussiert sozialpolitische Brennpunkte.



Eine Analyseteil-Kurzfassung ist auch als Falter-Beilage erschienen
sozialministerium.at >
Soziales/
KonsumentInnen >
Sozialpolitische
Analysen >
Sozialberichte

Mittelgewicht



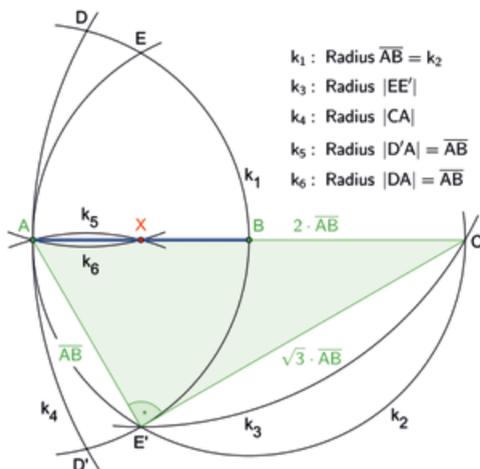
Beim olympischen Boxen liegt das Mittelgewicht zwischen 69 und 75 Kilogramm, beim Profiboxen ist die Obergrenze für Frauen und Männer 72,574 Kilogramm. Als der Beste in dieser Gewichtsklasse galt der US-Amerikaner Sugar Ray Robinson (1921–1989). Viele, auch sein Kollege Schwergewichtsboxer Muhammad Ali, bezeichneten ihn überhaupt als besten Boxer aller Zeiten.

M i t t e l w e g 3 6

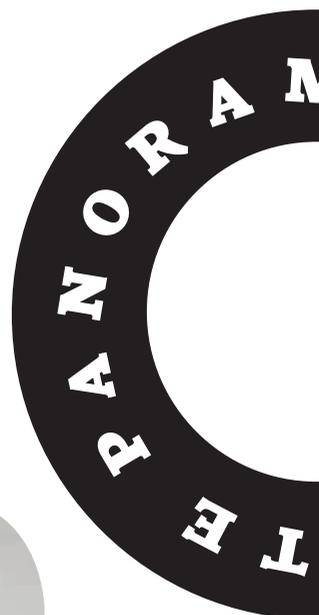
Die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, *Mittelweg 36*, präsentiert Forschungsprojekte und führt kultur- und zeitkritische Debatten. Besonders ist, dass neben Bildern und Grafiken Texte verschiedener Genres veröffentlicht werden. Den Namen führt die Zeitschrift nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern nach der Adresse des Instituts.



Der Satz von Mohr-Mascheroni

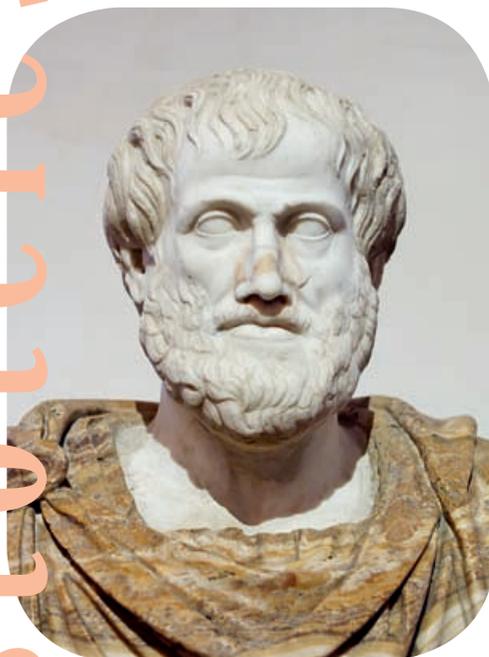


Der italienische Mathematiker Lorenzo Mascheroni (1750–1800) bewies, dass der Mittelpunkt eines Abstandes (hier abgebildet) sowie eines Kreises nur mit einem Zirkel, ohne Zuhilfenahme eines Lineals, ermittelt werden kann.



Der deutsche Barockdichter (1606–1655) ist für seinen Satz „In Gefahr und größter Not/ bringt der Mittelweg den Tod“ berühmt. Dieser stammt aus einem seiner mehr als 3000 „Sinn-gedichte“, die er unter dem Pseudonym Salomon von Golaw veröffentlichte. (Siehe auch S. 45, Gespräch mit Franz Schuh.)

Aristoteles



Im zweiten Buch seiner „Nikomachischen Ethik“ erläuterte der griechische Philosoph Aristoteles (384–322 v. Chr.) die Bedeutung der Mitte: „Daher ist die Tugend ihrem Wesen nach, das heißt nach der Definition, die angibt, was es heißt, dies zu sein, eine Mitte; im Hinblick darauf aber, was das Beste und das gute Handeln ist, ist sie ein Extrem“. (Siehe auch S. 56, Herlinde Pauer-Studer über Martha Nussbaum, und S. 45, Gespräch mit Franz Schuh.)

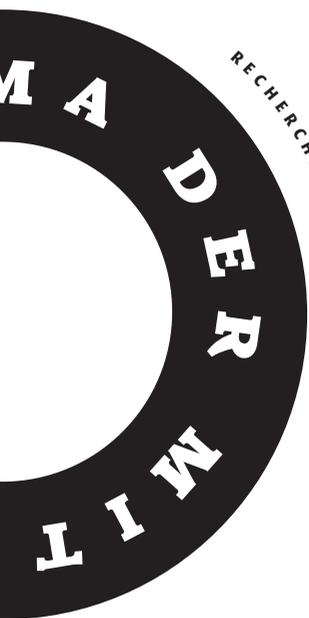
Friedrich von Logau

Der Mittelpunkt

Österreichs



Es gibt unterschiedliche Methoden, den Mittelpunkt eines Gebiets zu berechnen. In Österreich gelang es der steirischen Gemeinde Bad Aussee, sich diesen Status 1949 urkundlich beglaubigen zu lassen. Ein Gedenkstein weist auf diese Auszeichnung hin.



Berlin-Mitte



Einst das Zentrum der DDR, veränderte sich der Stadtteil Berlin-Mitte nach der Wende rasant. Es wurde debattiert, ob der Fernsehturm, 1969 eröffnet, als Symbol der totalitären Herrschaft abgerissen werden sollte. Letztlich blieb das höchste Bauwerk Deutschlands stehen – und wurde zu einer der beliebtesten Touristenattraktionen.

Mittelstandspreis

Seit 1994 vergibt die deutsche Oskar-Patzelt-Stiftung den großen Preis des Mittelstandes an mittelständische Unternehmen, die mehrere Wettbewerbskriterien erfüllen. Dazu gehören die Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Innovation und Engagement in der Region. Zudem werden die Kommune sowie die Bank des Jahres ausgezeichnet.



Mittelerde

Mittelerde ist der Schauplatz mehrerer Romane J.R.R. Tolkiens (1892–1973), darunter „Der Herr der Ringe“. Die Bezeichnung dachte sich der britische Schriftsteller allerdings nicht selbst aus, sondern übernahm sie aus einem Gedicht des altenglischen Dichters Cynewulf, der vermutlich im 9. Jahrhundert lebte und über „middangeard“ schrieb.

Bevor die
Argumente
ausgehen.



blog.arbeit-wirtschaft.at